grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte
frühjahr_2005
preis_euro_4.80



Inhaltsverzeichnis

Die offenen Redaktionstreffen der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen. Unser „Hauptquartier“ befindet sich bis auf Widerruf in der Martinstraße 46, 1180 Wien. Weitere Infos unter: www.grundrisse.net und unter grundrisse@gmx.net
Ein Abo kostet für 4 Nummern Euro 18,-. **Jetzt neu: Das 2-Jahres-Abo um 33,- Euro**!

Bestellungen bitte entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A - 1180 Wien. Bankverbindung: Österreich: (K. Reitter), BAWAG Konto Nr. 03010 324 172, Bankleitzahl 14000. Seit 1. 7. 03 kann aus allen Ländern mit EU Währung spesenfrei auf unser Konto überwiesen werden. Anzugeben sind: Betrag in Euro, BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter und der Zahlungszweck, z.B. Abo ab Nr...

Impressum: Medieninhaberin: Partei „grundrisse” Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion „grundrisse” (Wolfgang Bacher, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Marcus Gassner, Franz Naetar, Karl Reitter, Klaus Zoister),
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Gerhard Hanloser, LAAS, Bernd Maier, Michael Motal, Anton Pam, Nika Sommeregger, Darij Zadnikar,
Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien; Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei „grundrisse” ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse. Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten. Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck darf mit Einwilligung der Redaktion der „grundrisse” jederzeit erfolgen.

Editorial

Liebe LeserInnen,

vor euch liegt die 13. Ausgabe der grundrisse. Wenn auch diesmal kein ausgesprochener Themenschwerpunkt vorliegt, so findet sich doch in den meisten Artikeln eine Gemeinsamkeit, nämlich die Kritik an althergebrachten und unseres Erachtens veralteten Vorstellungen von Emanzipation - nebst einigen Hinweisen, in welche Richtung es dennoch gehen könnte…

Gerhard Hanloser analysiert den oft unterstellten und vermeintlich automatischen Zusammenhang von Globalisierungskritik und „strukturellem Antisemitismus“, unter anderem anhand der Debatte in und um Attac. Anton Pam widmet sich den Gemeinsamkeiten und Unterschieden des Kriegskommunismus russischer und chinesischer Ausprägung. Der zweite Teil von Karl Reitters Plädoyer für ein garantiertes Grundeinkommen (Teil Eins erschien in den vorherigen grundrissen) behandelt unter anderem historische Fragestellungen nachkapitalistischer Verteilung. Besonders ans Herz legen möchten wir euch den Text von Darij Zadnikar. Seine „Chronik des fröhlichen Widerstands“ erschien ursprünglich als Nachwort zur slowenischsprachigen Ausgabe von John Holloways „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ und wurde von Nika Sommeregger und Bernd Maier ins Deutsche übersetzt. Zadnikar beschreibt darin die Geschichte der neueren sozialen Bewegungen in Slowenien. Bernhard Dorfer, bekannt als Autor der längstbetitelten grundrisse-Artikel, macht sich „ein paar Gedanken“ über ökologische Fragestellungen im linksradikalen Kontext.

Außerdem möchten wir euch diesmal zu politischer Aktivität aufrufen: Nach dem Erfolg des euromayday 2004 - unter anderem in Barcelona und Milano - wird es heuer auch in Wien eine mayday-Parade geben. Der euromayday entstand 2001 in Milano als Antwort auf die Verknöchertheit der traditionellen ArbeiterInnenbewegung und ist angetreten, der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen einen kämpferischen politischen Ausdruck zu verleihen. Dabei handelt es sich nicht um einen weiteren „Aufmarsch“ am 1. Mai, vielmehr soll der Vielfalt der prekären Verhältnisse und den Bedürfnissen des "Prekariats" in einer bunten, lauten und aktionistischen Parade Ausdruck verliehen werden. Die Vorbereitungen dafür sind bereits am Laufen, nähere Informationen findet ihr unter www.euromayday.at. Für Veranstaltungen zum Thema Prekarisierung bzw. euromayday verweisen wir außerdem auf unsere Homepage www.grundrisse.net.

Die Veranstaltungsreihe *stop making capitalism* wird ebenfalls fortgesetzt, und zwar mit einem Vortrag unseres Autors Gerhard Hanloser zum Thema Antisemitismus am 20. April. Tags darauf werden wir uns in einem Seminar mit Gerhard Hanloser der kritischen Auseinandersetzung mit der Theorie John Holloways widmen. Für genauere Orts- und Zeitangaben verweisen wir auf www.stopmakingcapitalism.net und freuen uns auf euren Besuch, aber nicht ohne uns abschließend bei LAAS für seine wunderbaren Comics zu bedanken.

Die Redaktion



„MayDay! MayDay! We are the precariat. We are hireable on demand, available on call, exploitable at will and fireable at whim. We have become skilful jugglers of jobs and contortionists of flexibility. But beware, we are agitating with a common strategy to share our flexfights.“

Seit einigen Jahren wird in verschiedenen europäischen Städten der traditionelle ArbeiterInnenkampftag 1. Mai mit neuen Formen und Inhalten gefüllt. „Euro-Mayday“ nennt sich eine europaweite Kampagne, deren inhaltliche Klammer die gegenwärtige Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse ist. Die „Mayday“-Aktivitäten setzen sich mit bunten, lauten und kreativen Formen von den traditionellen 1.Mai-Demonstrationen ab.

Waren anfangs einige hundert AktivistInnen unterwegs, so waren im letzten Jahr fast 100.000 Menschen in Mailand auf der Straße. Auch in Barcelona und anderen europäischen Städten wurden Mayday-Paraden organisiert. So entstand die Idee des Euromayday - einer europäischen Vernetzung rund um die Mayday Aktivitäten sowie zum Thema der Prekarisierung.

Wir rufen alle hiermit auf, am 1. Mai 2005 gemeinsam die „Euro-Mayday-Parade“ in Wien mitzugestalten. Veranstaltungen und Aktionen im öffentlichen Raum sollen uns die Stadt erschließen und auf die Prekarisierung unterschiedlicher Arbeits- und Lebensformen hinweisen. Durch dezentrale Organisation und Vermeidung von hierarchischen Kundgebungsformaten werden inhaltliche Freiheit und größtmöglicher Handlungsspielraum gewährleistet, sodass alle sich entsprechend ihren Interessen und Bedürfnissen einbringen können.

Gerhard Hanloser

Attac, Globalisierungskritik und „struktureller Antisemitismus“

Ende der 90er Jahre entstand eine neue Bewegung, die die kapitalistische Globalisierung ins Fadenkreuz der Kritik nahm und die Orte der Treffen der Mächtigen der Welt (G7, WEF, WTO, ...) aufsuchte und blockierte. Diese Bewegung war bunt, vielfältig und schwer auf ein politisches Programm zu fixieren. Von christlichen Vereinen und Umweltschützern über traditionskommunistische Parteien bis zu militanten anarchistischen Gruppen fanden sich unterschiedlichste GegnerInnen der kapitalistischen Globalisierung zusammen. Die in Frankreich gegründete Gruppe Attac war die organisierteste und medienwirksamste Gruppierung und versuchte der Bewegung ein Programm zu geben: der aktuelle Kapitalismus wurde als entfesselte Diktatur der Finanzmärkte begriffen, den man über Steuern auf Finanztransaktionen in geordnete Bahnen zu lenken habe. Diese Finanzkapitalkritik wurde in den deutschsprachigen Ländern recht schnell von KritikerInnen aus dem wertkritischen Spektrum (z.B. Krisis), aus dem publizistisch recht breiten und einflussreichen antideutschen Spektrum und auch von neoliberaler Seite in die Nähe des Antisemitismus gerückt. Denn auch die Nazis hätten ein Programm der Brechung der Zinsknechtschaft erhoben und im Antisemitismus käme ein „verkürzter Antikapitalismus“ zum Ausdruck, der sich am Finanzkapital, am Geld und dem „Unfassbaren“ festmacht. Jede Kritik am Finanzkapital komme demnach einem „strukturellen Antisemitismus“ gleich und es gäbe eine „strukturelle Ähnlichkeit verkürzter Kapitalismuskritik mit dem modernen Antisemitismus“ (Schmidinger 2001).

Zurück zu Postone

Am Anfang der Vorstellung vom „strukturellen Antisemitismus“ stand eine wirkliche Revolution in der Erklärung des Antisemitismus. Moishe Postone trat an, den Antisemitismus aus seinem inneren Zusammenhang mit den allgemeinen Erkenntnisstrukturen im Kapitalismus abzuleiten (Postone 1988).[1] Der Theoretiker der Neuen Linken bezog sich auf die Marxsche Kategorie des Fetischs, der seinen Grund in der realen Verkehrung der Gesellschaft hat. Auf Grund des eigentümlichen gesellschaftlichen Charakters der Arbeit entwickeln die produzierten Dinge ein Eigenleben, ihnen scheinen Natureigenschaften zu- zukommen, sie bilden Sachzwänge heraus. Der Fetischismus ist der Tanz um diese Dinge, der ihre Produziertheit vergessen macht.

Für Adorno und Horkheimer war das jahrhundertelange Eingesperrt-Sein der Jüdinnen und Juden in die Zirkulationssphäre ein entscheidender Grund für den Antisemitismus, aber sie stellten darauf ab, dass man zum Verständnis des Antisemitismus auch sozialpsychologische Erklärungen brauche. Postone wendet sich von der Zirkulationssphäre und psychologischen Prozessen ab und der Ware zu. Der gesellschaftliche Zusammenhang ist nach Postone im Fetischcharakter der Ware selbst versteckt, da diese

sich verdinglicht als Gegensatz von Konkretem und Abstraktem, Gebrauchs- und Tauschwert darstellt. Die fetischisierte Wahrnehmung spaltet das Kapitalverhältnis in eine stoffliche Natur von Arbeit und Produkten einerseits und dem als abstrakt empfundenen Geld und Zins andererseits auf. Der fetischisierte „verkürzte ‘Antikapitalismus’“ meint, im einseitigen Angriff auf das Abstrakte (Vernunft, Recht, Geld, Zins) den Kapitalismus bekämpfen und überwinden zu können.

Doch Postone selbst argumentiert hier verkürzt, unhistorisch und strukturalistisch. Er will über die kritisch-theoretische Analyse des Antisemitismus hinausgehen, die das jahrhundertelange Eingesperrt-Sein der Jüdinnen und Juden in die Zirkulationssphäre, die „Verkleidung der Herrschaft“ und falsche Projektion als Gründe des Antisemitismus angibt. Doch von ihm wird zu schnell eine historisch-genetische Erklärung des Antisemitismus zugunsten seines strukturellen Warenkritik-Marxismus gekippt. Auf der anderen Seite entzieht sich Postone seiner eigenen strukturalistischen Ableitungslogik mehrfach; er spricht lapidar von der Biologisierung des Abstrakten durch die Identifizierung mit „dem Juden“. Obwohl Postone vorgibt, allein mit dem Bezug auf den Fetischcharakter der Ware – also der allgemeinsten Bestimmung aller kapitalistischer Gesellschaften – den Antisemitismus ableiten zu können, muss er doch immer wieder auf Erklärungen wie die Biologisierung, den Rassismus, das Staatsbürgerverständnis zu sprechen kommen, um den nationalsozialistischen Antisemitismus sinnhaft erklären zu können.

Gerade die Untersuchung der Angriffe auf die mit der Zirkulationssphäre verbundenen oder assoziierten Gruppen würde die strukturellen Ähnlichkeiten zum klassischen Antisemitismus offen legen. In der Geschichte gab es immer wieder Beispiele, dass Gruppen in Gesellschaften angegriffen wurden, weil sie eine ähnliche Funktion wie Jüdinnen und Juden einnahmen, beispielsweise viele chinesische EinwandererInnen in Indonesien, die bereits vor Jahrhunderten nach Indonesien migrierten und die Position des Zwischenhandels zwischen kolonialem Großkapital und einheimischen ProduzentInnen und KonsumentInnen ausfüllten. Angriffe auf diese Gruppe – wie jüngst in der Asienkrise – weisen Ähnlichkeiten mit dem europäischen Antisemitismus auf, es macht jedoch schlichtweg keinen Sinn, die angegriffenen ChinesInnen als Opfer eines „strukturellen Antisemitismus“ zu bezeichnen (vgl.: Naetar 2003). Dabei wäre gerade die Personalisierung eines abgespaltenen Aspekts des Kapitalverhältnisses in „dem Juden“ als entscheidendes Moment zu untersuchen, wodurch aus der Möglichkeit des Antisemitismus tatsächlich Antisemitismus wird. Um von Antisemitismus in sinnhafter Weise sprechen zu können, muss eine Identifizierung und *Personalisierung* eines gesellschaftlichen Phänomens und Verhältnisses im „Juden“ vorliegen. Der Begriff des „strukturellen“ ignoriert diese entscheidende spezifische Personalisierung, die dem Antisemitismus inhärent ist.

Besonders ärgerlich ist die Tatsache, dass Postone den Antisemiten eine subjektiv ernst gemeinte Revolte gegen den Kapitalismus attestiert. Hier bietet Postones Text dann auch den Anschluss zum antideutschen Jargon, der mittlerweile jede in fetischisierten Bahnen verlaufende Revolte mittels der Gleichsetzungsformel „struktureller Antisemitismus“ des Antisemitismus beschuldigt. Damit wird aber auch im Kern der Prozesscharakter von Fetischisierung und Ent-Fetischisierung geleugnet. Der Rückschritt zur „Elementarform Ware“ erweist sich bei Postone als schlichte Ableitungstheorie, die von jeder sozialen Spannung gereinigt ist. Es gibt vielerlei Konstitutionsbedingungen des Antisemitismus: die Kollaboration mit der Herrschaft, die Affirmation der eigenen Existenz als Arbeitskraft, das Abspalten und moralische Verdammen eines Phänomens der kapitalistischen Totalität. Bereits die Etikettierung des NS-Antisemitismus als „verkürzter Antikapitalismus“ und als „Revolte“, wie es bei Postone geschieht, weist in die falsche Richtung: viel mehr als eine „Revolution“ oder „Revolte“ zu sein kam im Antisemitismus vieler Deutscher ihre Bereitschaft zur konterrevolutionären Komplizenschaft zum Ausdruck (vgl.: Enderwitz 1991).

Das Verschwinden der Ausbeutung

Postones Theorie hat darüber hinaus entscheidende Lücken: er geht zwar ideologiekritisch auf die Fetischformen des Kapitalismus ein, doch welches Verhältnis fetischisiert wird, erscheint in recht blasser Gestalt. Nach Marx würde es darum gehen, den Kapitalismus dahingehend zu durchschauen, dass die Aneignung fremder Arbeit in den Formen von Freiheit und Gleichheit und mittels „gerechter“ Bezahlung der Ware Arbeitskraft vonstatten geht, was den spezifischen Ausbeutungscharakter des Kapitals ausmacht. Dieses Wesen der kapitalistischen Gesellschaft tritt nicht offen zu Tage, sondern erfordert eine wissenschaftlich-ideologiekritische Anstrengung um den „realen Schein“ der Verhältnisse zu destruieren, der sich in allerlei fetischistischen Vorstellungen über die Gesellschaft manifestiert. In „Nationalsozialismus und Antisemitismus“ werden allerdings ganz unterschiedliche Fetischformen – der Waren- und der Kapitalfetisch – durcheinander geworfen. Bei Marx erscheinen diese Fetischformen auf unterschiedlichen Ebenen der Darstellung, erst die Analyse des Kapitalfetischs im

dritten Band des Kapitals hat alle Formen und Bestimmungen des Kapitalverhältnisses in sich aufgenommen. Hier findet sich auch nicht mehr das eine Subjekt, der eine „Warenhüter“ im Kapitalismus – wie es auf der Ebene der Konkurrenz und der Zirkulationssphäre erscheint, sondern die Subjekte sind Klassenpositionen zugeordnet, auch wenn der Fetischismus nach wie vor als „realer Schein“ dominant ist und die Individuen sich ideologische Vorstellungen von der Gesellschaft machen. Der Kapitalfetisch ist die unmittelbare Vertauschung von Subjekt und Objekt, das Kapital wird als Agens der Produktion vorgestellt. In G-G’ , dem zinstragenden Kapital, existiert die am meisten fetischisierte Form des Kapitalverhältnisses, in dem Subjekt und Objekt nicht bloß vertauscht sind, sondern das Subjekt – die Arbeit – ganz verschwunden zu sein scheint.

Gerade die Entstehung des Zinses ist nach Marx aus dem aus lebendiger Arbeit gewonnenen Mehrwert zu erklären. Der Geld und „Zinsherrschaft“ verdammende Antisemit sieht ähnlich wie die Vulgärökonomie diesen Zusammenhang nicht (Hanloser 2003). Um das falsche Bewusstsein aufzuklären, gilt es nach Marx vor allem, die Vorstellung der Eigenmächtigkeit von sozialen Verhältnissen zu kritisieren; die eigene Potenz erscheint als fremde, als ausbeuterische Macht. Für Postone ist jedoch der Begriff des Mehrwerts und der Ausbeutung – wie er in seinem Werk „Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft“ einräumt – lediglich eine abgeleitete Kategorie. Eine Interpretation, die durch die VertreterInnen der hiesigen Wertkritik (Krisis, Exit) noch überboten wird, die Mehrwert und Ausbeutung nicht als analytische Begriffe gelten lassen wollen, sondern als „moralisch“ abkanzeln. Bei Marx sind diese Begriffe aber kritisch-analytische, um die spezifische Aneignung fremder Arbeit im Kapitalismus unverschleiert in den Blick zu bekommen. Diese Möglichkeit verbaut sich die an Postone anschließende Wertkritik der Krisis-Gruppe. Er will von der spezifischen Vermittlung des kapitalistischen sozialen Verhältnisses nichts mehr hören, obwohl Marx recht deutlich beispielsweise in „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“ die entscheidende Rolle des Mehrwerts festgehalten hat.

Die neue deutsche Wertkritik spricht jedoch lieber vom „Selbstzweckcharakter“ des Kapitals und von Mehrwert und Klasse als „bloß abgeleitete Formen“, so als wären Mehrwert, Profit und Klasse keine entscheidenden Marxschen, – um im Krisis-Jargon zu bleiben – „basalen Kategorien“, sondern überholte ML-Begriffe. Robert Kurz schreibt beispielsweise: „Indem der Marxismus den „Mehrwert“ lediglich als „unbezahlte Arbeit“ begreift, die (so die implizite oder explizite Schlussfolgerung) von Rechts wegen bezahlt werden müsste, bleibt er ebenso wie Proudhon und die GesellianerInnen in der Vorstellung bloßer Verteilungsgerechtigkeit befangen und lässt die basalen Fetischformen des modernen warenproduzierenden Systems ganz unangetastet, die eigentlich die ‘Bedingung der Möglichkeit’ sind, dass die Reproduktion überhaupt die Form von Geldeinkommen annimmt.“ (Kurz 1995, S.204). Dem Marxschen Begriff des Mehrwerts geht es aber nicht um das Einklagen einer von Rechts wegen bezahlten Arbeit, sondern darum, dass dem Gebrauchswert der spezifischen Ware Arbeitskraft eigentümlich ist, mehr Wert zu schaffen, als diese zu ihrer eigenen Reproduktion benötigt – und das bei vollkommen gerechter Bezahlung. Kritisch wäre dagegen eine Untersuchung der verschleierten Formen der Mehrwertauspressung, die Darstellung des Zusammenhangs von G-G’ und der Ausbeutung der spezifischen Ware Arbeitskraft.

An diesem Punkt wird auch ersichtlich, dass sich VertreterInnen und die KritikerInnen des „verkürzten Antikapitalismus“ ähneln. Der (antideutschen wie nicht-antideutschen) Wertkritik ist es nicht mehr möglich, das Kapital in seiner Ausgestaltung als Produktionsprozess in den Blick zu bekommen, wo es ein „Instrument ist, fremde Arbeit zu fischen“ (Marx). Ähnlich ergeht es den KritikerInnen von Geldkapital und Finanzinstitutionen als scheinbar eigenständige Mächte; sie alle – von André Gorz über Michael Chossudovsky[2] bis zu Attac – ignorieren die Tatsache, dass sich produktives und spekulatives Kapital nicht fein säuberlich voneinander trennen lassen. Beide Varianten des Räsonierens über den Kapitalismus sind folglich nicht „verkürzte“, sondern – will man Marx folgen - falsche Kapitalismus-Kritik.

Robert Kurz hat bereits vor Jahren eine „Politische Ökonomie des Antisemitismus“ diagnostiziert (Kurz 1995). Über weite Strecken ist dieser Text eine Illustration der von Postone gelieferten Erkenntnisse über den modernen Antisemitismus und seiner Verdammung des spekulativen Kapitals. Doch Kurz zäumt das Pferd von hinten auf: Bei ihm ist die politische Ökonomie des Antisemitismus die vorgängige und nicht eine spezifische, aggressive Form vulgärökonomischen Räsonierens. Während Marx zwei Formen der Ideologie kritisiert – die Vulgärökonomie und die klassische politische Ökonomie, wobei vor allem erstere (von Marx nicht weiter verfolgte) Anschlussstellen zum Antisemitismus offeriert – ist bei Kurz die unmittelbar vorliegende, erste Form der Ideologie die antisemitische. Auch hier ist das wichtige Moment der antisemitischen Personalisierung suspendiert.

Wo Kurz einer ominösen „Subjektivierung und Soziologisierung des Fetischverhältnisses“ den Marsch blasen will, also auf die nicht unbedeutende Fragestellung des Verhältnisses von abstrakter Herrschaft und Subjekten kommen müsste, gerät auf einmal auch der klassische Marxismus in den Verdacht des Antisemitismus. Der Marxismus habe die politische Ökonomie des Antisemitismus „bloß“ von der „Dämonisierung des zinsnehmenden Geldkapitalisten“ auf die Figur des „Produktionskapitalisten“ „erweitert“, schreibt Kurz (1995, S.206). Man könnte dies als wertkritischen Antitotalitarismus und Antikommunismus abtun, aber dahinter steckt tatsächlich eine folgenschwere Verwechslung. Der Kapitalist ist nämlich die Personifizierung des Profits und der Profit ist nach Marx eine Form des Mehrwerts, „die einigermaßen an seinen Ursprung erinnert“, aber dennoch die wahren Zusammenhänge kaschiert. In der Tat ist die ArbeiterInnenbewegung mit ihren Vorstellungen vom „gerechten Lohn“, von der „Selbstverwaltung“ und der „Enteignung der Kapitalisten“, der Mehrwertfixierung aufgesessen, doch sie hat – anders als die antisemitische Bewegung – an den Ursprung von Herrschaft, Ausbeutung und Leiden immerhin, wenn auch falsch, erinnert.

Die wertkritische Fraktion rund um Krisis und ihre Folgeprojekte betreibt in ihrer eiligen Distanz zum „Arbeiterbewegungsmarxismus“ Form- und Fetischismuskritik ohne überhaupt noch vom Inhalt sprechen zu wollen oder zu können. Was aber nützt eine Fetischismuskritik, die nicht mehr angeben kann, was fetischisiert wird? Die ganze Kritik von Marx am Kapitalfetisch zielt darauf, den ausbeuterischen Kern des Kapitalismus zu entschleiern und die Subjekt-Objekt-Vertauschung zu kritisieren. In der fetischisierten Wahrnehmung erscheinen nach Marx die Nicht-ProduzentInnen, die sich den Mehrwert aneignen, als Produzenten, das Kapital schafft Arbeit, nicht die Arbeit Kapital. An die Marxsche Fetischismuskritik haben Adorno und Horkheimer auch vollkommen korrekt in ihrer Schrift „Elemente des Antisemitismus“ angeknüpft: Adorno und Horkheimer sprachen vom Kapitalisten, vom Fabrikanten als dem „wahren Shylock“. Im Gegensatz zu Handelsherr und Bankier „raffte er nicht bloß am Markt sondern an der Quelle ein: als Funktionär der Klasse sorgte er dafür, daß er bei der Arbeit seiner Leute nicht zu kurz kam.“ (...) „Er nannte sich den Produzenten, aber er wie jeder wußte insgeheim die Wahrheit“, drum musste von seiner ausbeuterischen Tätigkeit abgelenkt werden. „Der Jude“ ist „in der Tat der Sündenbock, nicht bloß für einzelne Manöver und Machinationen, sondern in dem umfassenden Sinn, daß ihm das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse aufgebürdet wird“ (Horkheimer/Adorno 1969, S.182/183). Nun mag man über die Formulierung vom „Unrecht“ stolpern, doch hier wird zumindest noch der Zusammenhang von Ausbeutung, Unterdrückung und Antisemitismus als beispiellose Verschiebungsleistung deutlich, mit deren Hilfe man „den Juden“ den „von Herrschaft Verstümmelten“ als *Quidproquo* des suspendierten Klassenkampfs anbot. Nach Kurz’ Definition hätten demnach Adorno/Horkheimer bloß die politische Ökonomie des Antisemitismus „erweitert“ – eine Bestimmung die blanker Unfug wäre. Adorno und Horkheimer wussten noch, dass es „Kapitalisten“ gibt, die Zeit des subjektlosen Marxismus-Luhmannismus a la Stefan Breuer („Ende der Revolutionstheorie“) war noch nicht angebrochen, schließlich ist es offensichtlich, dass ein soziales Verhältnis auch TrägerInnen aus Fleisch und Blut benötigt. Doch wie Marx wussten Adorno und Horkheimer auch, dass nicht „die Kapitalisten“ das Problem darstellen, sondern vielmehr die zur „zweiten Natur“ gewordenen Verhältnisse, die die Menschen – egal ob Kapitalist oder Arbeiterin – nicht selbstbewusst meistern. Vielmehr sind sie in den von den Verhältnissen produzierten „realen Schein“ verstrickt. Auf die irrsinnige Idee, jede Kritik an den Trägern unterschiedlicher Formen des Mehrwerts gleich in den Verdacht des Antisemitismus zu bringen, wären sie zu Recht nicht gekommen.

Politik der Verdächtigung

Die zum Jargon geronnene Kritik am „strukturellen Antisemitismus“ und am „verkürzten Antikapitalismus“ hält das schützende Händchen über die „Charaktermasken“ des Kapitalismus und ihre Institutionen – ohne dass diese danach verlangt hätten. Sie verharmlost Antisemitismus, wenn sie meint, ihn bereits bei jeder fetischisierten Unmutsäußerung am Kapitalismus vorliegen zu sehen. Ihre Vertreter selbst haben die antisemitischen Konnotationen soweit verinnerlicht, dass sie sie zuweilen lediglich auf den Gegenstand projizieren: Verdammung des A-Nationalen, Finanzkapitalkritik, moralisierende Geldkritik – das ist alles im Kern reaktio-



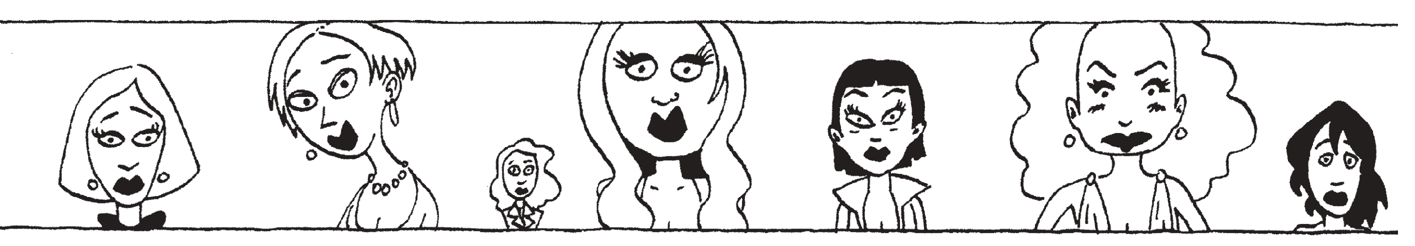
när und hat mit Kommunismus nichts zu tun, wer allerdings gleich meint, damit liege Antisemitismus vor und „eigentlich“ seien „die Juden“ gemeint, betreibt ein gefährliches Spiel: „Konsequent zu Ende gedacht müsste jene Antisemitismuskritik, die sich darin ergeht, einen verkürzten, ‚fetischisierten’ Kapitalbegriff als Beleg des strukturellen Antisemitismus nachzuweisen, der Vorwurf gemacht werden, die Personalisierung des Unverstandenen zu entskandalisieren, was nichts anderes bedeuten würde, als die den Juden zugeschriebenen Eigenschaften als ‚wahr’ anzuerkennen“ (Schatz 2004, S.203). Diese Theorie eröffnet einer Politik des Verdachts und der Unterstellungen Tür und Tor, eine stalinistische Politiktradition lebt in ihr wieder auf, die an der Behauptung eines „objektiven Antisemiten“ strickt (Naetar 2003). Wer als solcher erkannt wurde, kann erstmal schauen, wie er den Verdacht wieder los kriegt. So wurde die BürgerInnenbewegung Attac, die ihren Anfang in Frankreich nahm und auch in Deutschland und Österreich als organisierter Teil der Globalisierungskritik auftauchte, recht bald von verschiedener Seite mit dem Antisemitismus-Vorwurf belegt. Zum einen meldeten sich Stimmen zu Wort, die sich „linksradikal“ wähnten und der antideutschen political-correctness-Politik folgend, nicht nur den offensichtlichen Reformismus der Bewegung, der sich in ihren Re-Regulierungsversuchen mittels Tobin-Tax ausdrückt, kritisierten, sondern auch noch versuchten, die neue Bewegung über den Antisemitismusvorwurf moralisch zu diskreditieren. Zum anderen argumentieren pikanterweise interessierte IdeologInnen der kapitalistischen Globalisierung wie beispielsweise die Autoren der bundesrepublikanischen rechts-liberalen Zeitschrift „Merkur“ seit einigen Jahren ganz ähnlich.

Attac und die Kritik

Im letzten Jahr hat nun der wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland eine Broschüre herausgebracht, die sich den Vorwürfen stellt und die Diskussionen zum Antisemitismus in Attac öffentlich macht (Attac 2004). Peter Wahl erklärte, dass sich Attac einer „Erziehung nach Auschwitz“ in der Tradition Adornos verpflichtet sieht. Die einzelnen Beiträge arbeiten sich an den gegen Attac erhobenen Vorwürfen ab und lassen dabei ihre KritikerInnen sehr blass aussehen. Auch die schnell geschrieben Replik von Norbert Trenkle auf die Broschüre (Trenkle 2004) bleibt oberflächlich, wenn er die These vom „strukturellen Antisemitismus“ dadurch abermals erhärten will, indem er redundant von einem nicht näher explizierten „kollektiven Unterbewussten“ spricht, das aus Attac in ihrer Kritik der Finanzmärkte spreche.

In der Attac-Beirats-Broschüre wird plausibel herausgestellt, welchen Täuschungen, Syllogismen und eigenen Projektionen die Kritiker erliegen, bzw. wie die interessierte Demagogiestruktur des Vorwurfs angeordnet ist: „Wer den Begriffsjoker des ‚strukturellen Antisemitismus’ benutzt, geriert sich als Herr eines Verdachts, der keine Beweise braucht“ (W.F. Haug, in: Attac 2004, S.55) Auffallend ist nach der Lektüre der Broschüre, wie sehr sich neoliberale und antideutsche Argumente zuweilen ähneln und kompatibel sind.

Von einiger Wichtigkeit sind aber auch die Bemerkungen, die weit über den Antisemitismusvorwurf hinausgehen, für einen Terrainwechsel in der Antisemitismusdebatte plädieren und das Richtige der Kritik heraus zu destillieren versuchen. Öfters wird Attac nämlich der nostalgische Rückgriff auf den Keynesianismus vorgehalten. KritikerInnen rückwärtsgewandter Kapitalismuskritik stellen unter Bezugnahme auf Marx´ und Engels´ Kommunistischem Manifest die historisch fortschrittliche Rolle des Kapitalismus heraus und loben das Grenzen sprengende des Kapitals. Die kommunistische Position wird demzufolge als fortschrittlich-fortschreitende und nicht romantisch-antiprogressistisch definiert. Ausgerechnet Wolfgang Fritz Haug versucht sich der in Attac grassierenden Ignoranz solchen Positionen gegenüber zu stellen und macht darauf aufmerksam, dass „inmitten der barbarischen Züge (des Kapitalismus) gleichwohl seine ‚civilizing influence’ nicht erschöpft ist“. Gehe der Sinn hierfür verloren, entstünde eine offene Flanke zu allerlei reaktionären Verarbeitungen. Haug bezieht sich auf den Marx der Grundrisse, wo er von einer gesteigerten Intellektualisierung der Arbeit spricht und aufgrund der Technologisierung ein „Mehr“ an frei verfügbarer Zeit diagnostiziert. Diese Position könnte durchaus damit konfrontiert werden, dass ländliche Bewegungen im Trikont sich gegen die „new enclosures“, die nicht beendete „ursprüngliche Akkumulation“ und die damit einhergehenden Landenteignungen wehren. Marx selbst setzte sich gegen Ende seines Lebens mit den populistisch-sozialrevolutio-



nären Argumenten in Russland auseinander, wonach man nicht durch das Joch des Kapitalismus gehen müsse, um ein kommunistisches Gemeinwesen aufzubauen. (vgl.: Rubel 1972) Eine solche Position als „reaktionär" zu bezeichnen, käme einem ähnlichen Diskussionsverbot gleich wie es antideutsche Publizisten ausrufen.

Bei aller Genauigkeit und Inhaltsschärfe der Attac-Broschüre bleiben doch einige Bedenken. Die recht hierarchische Politikform von Attac, vor allem das grassierende SpezialistInnentum, das jeder libertär-kommunistischen Bewegung widerspricht, wird in Form der Auslagerung eines inhaltlichen Problems in wissenschaftliche Beiräte verlängert. Nicht nur wird so versucht, mit allen Mitteln wissenschaftlicher Autorität den moralisierenden Vorwürfen zu begegnen, es findet auch eine für klassische Politik übliche Problemauslagerung statt, die einzig dazu dient, weiterzumachen wie bislang. Die Broschüre selbst und die darin angestellten Überlegungen scheinen auch keinem internen Diskussionsprozess der Anti- oder Alterglobalistas entsprungen zu sein. Wenn Thomas Sablowski in einem der lesenswertesten Beiträge vollkommen richtig auf den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft aufmerksam macht und den Zusammenhang von Mehrwert und Zins herausstellt, dann stellt sich hier die Frage, in wieweit diese Erkenntnis auch zu Attac als Bewegung vorgedrungen ist. Hält Sablowski der antideutschen und wertkritischen Kritik vor, einen Standpunkt außerhalb der Bewegung einzunehmen, so bleibt zu befürchten, dass seine Marxschen Bestimmungen in ähnlicher Weise jenseits des Bewegungsbewusstseins angesiedelt sind. Die kapitalistische Spaltung in geistige und körperliche Arbeit – in Praxisgruppen und TheorieproduzentInnen – bleibt in Form dieser Broschüre aufrecht erhalten.

Alles in allem erscheint nach dem Lesen der Broschüre Attac als marxistischer als die BürgerInnenbewegung es tatsächlich ist, finden sich doch gerade auf der Ebene der Aktionsformen bei Attac Positionen und Alltagsideologien, die Marx als vorkritisch und einem „wahren Sozialismus" verpflichtet abgekanzelt hätte. Das moralisierend-(links)christliche Erbe bei Attac, das im „Tanz um das Goldene Kalb" und ähnlicher Symbolpolitik zum Ausdruck kommt, hätte auf seine offenen Flanken zum Antisemitismus untersucht werden müssen. Die schon früh kritisierte Begeisterung prominenter SprecherInnen von Attac für autoritär-keynesianische Politik – wie beispielsweise in Malaysia – ist dem wissenschaftlichen Beirat ebenso keine Erwähnung wert (vgl.: Hanloser 2001). Auch mit der Interpretation des Palästina-Konflikts, macht es sich die Broschüre zu leicht. Ein Zitat wie folgendes kann nicht einfach damit abgetan werden, indem man herausstellt, wer es warum sagt, sondern es sollte als solches zu denken geben: Die Altermondialistas, so wird Alain Finkelkraut zitiert, „akzeptieren einen Antisemitismus, von dem sie glauben, dass er die neuen Verdammten dieser Erde verteidigt." Eine Auseinandersetzung mit dem „Antiimperialismus der dummen Kerle" (Isaac Deutscher), mit dem Befreiungsnationalismus, der auf allen großen Events der Antiglobalisierungsbewegung anzutreffen ist und weit hinter die libertären Globalisierungs- und Kapitalismustheorien von Negri/Hardt und Holloway zurückfällt, hätte durchaus stattfinden müssen.

Besonders ärgerlich ist eine zuweilen aufscheinende bloße Instrumentalisierung der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, um die eigenen Politik zu rechtfertigen.

Wollten linke KritikerInnen von Attac den Reformismus in besonders scharfer Weise kritisieren, indem sie auf den Antisemitismusvorwurf zurückgriffen, so geben einige Autoren der Broschüre lediglich die Staffel weiter: Nicht die eigene reformistische Politik, sondern die der Linksradikalen sei antisemitisch. Für den Rechtsanwalt Heinz Düx ist die gesamte Neue Linke nach 1967, vor allem die militante Linke, „sekundär antisemitisch" und geschichtsvergessen. Weil Linksradikale der bundesdeutschen Justiz nicht die Abstrafung der Nazis überlassen wollten und den Stellenwert des Justiziellen vernachlässigt hätten, hätten sie sich „durch Abwehrhaltung im Rahmen eines sekundären Antisemitismus in den eliminatorischen Antisemitismus verstrickt". Des Weiteren wird unausgeführt die Behauptung in den Raum gestellt, dass die antiautoritäre Häuserkampfbewegung ursächlich antisemitischen Motiven gefolgt sei (Düx, in: Attac 2004, 39ff.).

Solche haltlosen Anwürfe hätten wiederum von antideutscher Seite nicht besser formuliert werden können. Wollen diese allerdings ihren bloß kommentierenden Zugang zur Welt als „kritische Kritiker" (Marx) aufrecht erhalten, so wollen jene vom Attac-Beirat entweder in elaborierter Weise mit Gramsci eine „ultrarealistische" Reform- und Hegemoniepolitik anstreben (wie Sablowski vorschlägt) oder sich schlichtweg für „geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen auf nationaler wie globaler Ebene" aussprechen (wie es Altvater formuliert). Wie gut, dass man in der Verfolgung dieses Anliegens den Linksradikalismus zusammen mit dem offensichtlichen Blödsinn des Antideutschtums gleich miterledigen kann.

e-mail: ghanloser@freenet.de

Literatur:

Attac-Reader Nr.3 des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland (2004), Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac, Frankfurt a. Main

Enderwitz, Ulrich (1991), Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, Freiburg

Hanloser, Gerhard (2001), Repressive Toleranz. Lässt der IWF seine Gegner künftig mitreden?, in: iz3w251

Hanloser, Gerhard (2003), Krise und Antisemitismus. Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute, Münster

Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1969), Elemente des Antisemitismus, in: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt

Kurz, Robert (1995), Politische Ökonomie des Antisemitismus, in: Krisis. beiträge zur kritik der warengesellschaft 16/17

Naetar, Franz (2003), Welche politische Bedeutung hat der Antisemitismus heute, in: grundrisse.zeitschrift für linke theorie und debatte, Nr.7

Postone, Moishe (1988), Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. Main

Rubel, Maximilien (1972) Hg., Marx, Engels: Die russische Kommune. Kritik eines Mythos. München

Schatz, Holger (2004), „Die Welt aushalten lernen“. Neoliberale Formierung des Selbst und linke Marktapologetik, in: Gerhard Hanloser (Hg.), „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster

Schmidinger, Thomas (2001), Struktureller Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik, in: www.trend.infopartisan.net/trd0101/t120101.html

Trenkle, Norbert (2004), Entsorgung nach Art des Hauses. Zur Verharmlosung antisemitischer Tendenzen durch den wissenschaftlichen Beirat von Attac-Deutschland, in: Streifzüge Nr.32

Anmerkungen:

1 Zuletzt wurde der Text in gekürzter Form in analyse + kritik 488 abgedruckt, dort findet sich auch eine von mir verfasste Kritik an einigen theoretischen Annahmen Postones.

2 Der Verlag 2001brachte 2002 das Buch „Global Brutal“ dieses Neoliberalismus-Kritikers heraus, das in dieser Zeit einen reißenden Absatz fand, teilweise interessantes empirisches Material zusammentrug, allerdings in der Forderung mündete, die reale Ökonomie (und den souveränen Staat) gegen die fiktive Kapitalakkumulation zu verteidigen.

Robert Foltin

Und wir bewegen uns doch

Soziale Bewegungen in Österreich

edition grundisse | bewegung o1, Wien 2004
354 Seiten, 18 Euro
ISBN 3-9501925-0-6

Bestellungen an: edition.grundrisse@gmx.net
oder: R. Foltin, Meiselstraße 55/19, 1140 Wien

Inhalt:

Die fordistische Ordnung
Ein New Deal für die Welt - Zwei Geschlechter (Familiensystem) - Revolutionen im Kapitalismus - Österreich - Staat und Nation - Die Verstaatlichung der ArbeiterInnenklasse - Brüche im fordistischen Frieden

Radikale Minderheiten
Revolutionen - international - Gegen die Disziplinargesellschaft (Rock´n Roll) - KünstlerInnen - «Studentenbewegung»

Die neue Linke
Demokratie und Revolution - «Arbeiterjugendliche» und SchülerInnen gegen das Bundesheer - Sprache der Vergangenheit I («K-Gruppen»)

Differenzierung der Szenen
Hoffnung und Niederlage - Anders leben (Kommunen, WGs und Kindergruppen) - Feminismus - SlowenInnen, Volksgruppen und neue «Völker» - Gegen das AKW Zwentendorf - Spontis - Die Besetzung der Wiener Arena - Repression und Rückzug

Revolte und Anpassung
Das Ende der Revolutionen - «Jugendbewegung» (Krawalle und Hausbesetzungen) - Die Stadt verändert sich - Hainburg - Grüne Alternativen

Wendezeit
Das Ende der Geschichte - Krise des Fordismus, Ende der Arbeit? - Projekte - Österreichs Vergangenheit (Bundespräsident Kurt Waldheim) - Gegen Sozialabbau - Die Autonomen - Krise der staatsorientierten Linken

Postmoderne, Postfordismus
Empire - Kontrollgesellschaft und Biomacht - Männer werden überflüssig, Ende der Geschlechter? - Arbeit und Leben, prekär und immateriell

Bruchlinien
Weltordnungskriege - Österreichs Grenzen in der Festung Europa - Bildung (Studierendenstreik 1996) - Ein neuer Internationalismus

Neue Subjektivitäten
Multitude - Eine Ästhetik des Widerstandes - Globalisierte Proteste - Sprache der Vergangenheit II

Schluss
Fortsetzungen - Eine andere Welt ist notwendig - Über den Kapitalismus hinaus

„Gleicher Arbeitszwang für alle Mitglieder der Gesellschaft bis zur vollständigen Aufhebung des Privateigentums. Bildung industrieller Armeen, besonders für die Agrikultur.“

Friedrich Engels in „Die Grundsätze des Kommunismus“ 1847 (Marx/Engels, Band 1, 1972: S.347f.)

Anton Pam

Kriegskommunismus in Russland und China: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Zwei Mal wurde in der Geschichte der Versuch unternommen, direkt in den Kommunismus überzugehen: 1919 in Russland und 1958 in China. Auch wenn diese Versuche nicht einmal ein Jahr dauerten, so hatten sie doch weitreichende Folgen für die Entwicklung beider Länder und verursachten große Hungersnöte. Unter Kommunismus verstanden die linken Bolschewiki und die MaoistInnen weniger eine „freie Assoziation der Produzenten“ als eine komplette Militarisierung der ganzen Gesellschaft auf dem Boden von staatlichem Eigentum. An dieser Stelle sollen die beiden Konzeptionen des Kriegskommunismus und der Militarisierung der Arbeit herausgearbeitet und verglichen werden.

A. China: „Der Große Sprung nach vorne“ und der direkte Übergang zum Kommunismus (1958-1961)

Im Herbst 1958 verkündete die chinesische Regierung, der Kommunismus sei „keine Frage der fernen Zukunft mehr“ (GNN 1988: S.32). Mit Hilfe eines ökonomischen, kulturellen und politischen „Großen Sprungs nach vorne“ sollte China in kürzester Zeit in eine moderne Industrienation verwandelt werden und die führenden Staaten des Westens wirtschaftlich einholen. „Der Kommunismus ist das Paradies – die Volkskommune die Brücke dorthin“ wurde zum Schlagwort der Transformation der chinesischen Agrargesellschaft in den Kommunismus.

Die Militarisierung des Dorfes

Mit dem Beginn des „Großen Sprungs nach vorne“ rückte das Dorf wieder in den Mittelpunkt der sozialistischen Umwälzung und die BäuerInnen wurden verstärkt als die Triebkraft der Revolution gepriesen. Ein Kommentar der „Volkszeitung“ betonte, dass die BäuerInnen die Grundlage von Armee, ArbeiterInnenklasse und Industrialisierung seien und unterstrich diese Auffassung mit Mao Zedong-Zitaten aus dem BürgerInnenkrieg. Die BäuerInnenfrage sei außerdem das grundlegende Problem des sozialistischen Aufbaus (Volkszeitung 1.7.1958: S.1).

Die große Arbeitsarmee der BäuerInnen wurde zum Mittel erklärt, China in kürzester Zeit zur modernen Industrienation zu machen. Die militarisierten Massen sollten mit ihrem Enthusiasmus früher nie Erreichtes vollbringen. Wu Zhipu, der Provinzführer von Henan und einer der radikalsten Vertreter des „Großen Sprungs“, sagte: „Früher glaubten wir, dass es sehr schwierig sei, England zu überholen. Jetzt können wir in der Stahlproduktion und vielen anderen Schwerindustriezweigen nächstes Jahr England einholen (...). Wenn 600 Millionen Menschen Hand anlegen und alle Kräfte anspannen, können wir alles, was wir wollen, erreichen.(...) Wir müssen nur an die Führung der Kommunistischen Partei glauben und die Linie der Partei und Regierung durchführen, uns fest auf die breiten Volksmassen stützen und uns mit der verbündeten Armee der Bauern zusammenschließen“ (Wu Zhipu 1958: S.7).

Die Bildung der „Großen Arbeitsarmee“ ging mit der Stahl- und Bewässerungskampagne einher. Im Dezember betonte das ZK der Partei selbst in

der sogenannten Wuhan-Resolution, die die „Ausrichtung“ der Volkskommune einleitete, noch ein Mal die Militarisierung der gesamten ländlichen Arbeitskräfte: „Die sogenannte Militarisierung der Organisation bedeutet auch eine fabrikmäßige Umwandlung, dies heißt, dass die Arbeitsorganisation der Kommune genauso organisiert und diszipliniert erfolgen muss wie in den Fabriken und der Armee; das ist in einer landwirtschaftlichen Produktion großen Maßstabes notwendig (...)”. Das ZK ordnete die Schaffung einer „landwirtschaftlich industriellen Armee” an (Martin, Band 3, 1982: S.302). Geschichtlich begründete die Führung: Das Bürgertum habe die moderne industrielle Armee organisiert und jede Fabrik würde einer Kaserne gleichen. „Die Strenge der Disziplin des Arbeiters, der an der Maschine steht, steht der Disziplin in der Armee in nichts nach. Die industrielle Armee in der Industrie der sozialistischen Gesellschaft ist die industrielle Armee einer einzigen Klasse, der Arbeiterklasse (...)“. Dieses System würde statt auf Ausbeutung auf Einsicht und der Freiwilligkeit des demokratischen Zentralismus beruhen. „Wir wenden nun dieses System auf die ländlichen Gebiete an (...)“ (ebenda: S.301f.).

Die dörfliche Produktion sollte nach militärischen Prinzipien organisiert werden und eine fabrikmäßige Disziplin etabliert werden. Militarisiert wurde nicht nur die Arbeit, sondern auch die Sprache. „Die Arbeitsinstrumente sind Waffen und das Feld ein Schlachtfeld“ wurde als Parole ausgegeben. Mit dem ZK-Beschluss im August zur Einführung der Volksmiliz wurde versucht, die BäuerInnen auch in SoldatInnen zu verwandeln. Bis 1962 sollten alle Männer und Frauen zwischen 16 und 50 Jahren, die ein Gewehr tragen konnten und nicht zu den „schlechten Vier“ gehörten, in den Milizen organisiert werden. Falls der „imperialistische“ Feind angreifen sollte, würde er im großen Meer der Volksmiliz ertränkt werden (Jgyl, Band 11, 1995: S.471) In der Broschüre „Volkskommune und Kommunismus“ wurde sogar behauptet, dass, wenn alle ChinesInnen zwischen 18 und 40 Jahren in die Miliz eintreten, China mehr Soldaten als alle Staaten in beiden Weltkriegen zusammen hätte (Wu Ren 1958: S.27). Eines Tages sollte die Miliz die reguläre Armee ersetzen, was aber noch längere Zeit brauchen würde (ebenda: S.29). Als weiteres Argument wurde die Ersparnis von Kosten angeführt. So fügte Mao in seiner persönlichen Überarbeitung des Statuts der Sputnik-Kommune ein, dass die Volksbewaffnung die Verteidigungsausgaben reduzieren könne (Mzdwg, Band 7, 1992: S.345).

Die Einführung der Volksmiliz wurde keinesfalls rein militärisch begründet. Mit dieser neuen Organisation könne Leben und Arbeit auf dem Dorf militarisiert werden (ebenda: S.28). Mao Zedong begründete im Gespräch mit JournalistInnen, die Volksmiliz sei eine Einheit von Produktion, Verteidigung und Erziehung (Mzdwg, Band 7, 1992: S.430). In der Presse wurde diese Definition immer wieder wiederholt. Die „Volkszeitung“ berichtete über die Erfahrungen im Produktionsmanagement der Sputnik-Kommune in Henan und die Einführung von militärischen Rängen und Strukturen, die erfolgreich zur Durchsetzung einer militärischen Disziplin beigetragen hätten (Volkszeitung 7.10.1958).

Die Volksmiliz wurde von der „Roten Fahne“ zur Schule des Kommunismus erhoben (Rote Fahne, Nr. 7, 1.9.1958: S.15). Mitte Oktober hieß es in dem Theorieorgan bezüglich der Volksbewaffnung: Die kommunistische Erziehung durch die Volksmiliz könne den neuen ganzheitlichen Menschen schaffen. Selbst ohne äußere Feinde wäre die Volksmiliz das Instrument zum Krieg gegen die Natur, sowie zur Urbanisierung und Industrialisierung des Dorfes (Rote Fahne, Nr. 10, 16.10.1958: S.21). Die Gründung der Miliz wurde dargestellt, als sei sie das natürliche Bedürfnis der BäuerInnen. Auch wenn die BäuerInnen die Forderung von Marx und Engels aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“[1] nicht kennen würden, so neigten sie aus den Erfahrungen des Bürgerkrieges zur Militarisierung (Rote Fahne, Nr. 7, 1.9.1958: S.13). Ein Krieg gegen Japan, die USA oder die Natur könne auf gleiche Weise geführt werden (Volkszeitung, 30.9.1958: S.2). Franz Schurmann ist einer der wenigen AutorInnen, die die zentrale Bedeutung der Militarisierung im Programm des „Großen Sprungs“ erkannt haben. Er schreibt über die Ideologie der Bewegung: „Three years of suffering would be followed by thousand years of happiness, the peasant was told. If the ideal of communism was the pure ideology of communism, its practical ideology was militarization. The methodology of the revolution was the militarization of the peasantry” (Schurmann 1968: S. 480).

Der Übergang zum Kommunismus in China

Die zentralen Fragen, die im Herbst 1958 im Zusammenhang mit dem Übergang zum Kommunismus diskutiert worden sind, waren:

- Die Überführung des kollektiven Eigentums der BäuerInnen und der Parzellen zur privaten Nutzung in das Eigentum des ganzen Volkes.
- Die Ersetzung der Entlohnung nach Leistung und Naturalien durch ein Lohnsystem, was den schrittweisen Übergang zum Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen“ möglich machen sollte.

- Die Einführung einer Rundum-Versorgung in den Volkskommunen (Kindergärten, Volksküchen, Altenheime, Zuteilung von Kleidung und Gebrauchsgegenständen usw.).

Die Frage des Absterbens des Staates spielte eher eine untergeordnete Rolle und wurde nur am Rande erwähnt. Mao sah wie Stalin in der Transformation der Eigentumsverhältnisse zu immer höheren Stufen des Eigentums den Weg zum Kommunismus. Er wollte dies mit Hilfe von unterunterbrochenen Massenbewegungen erreichen (Martin, Band 3, 1982: S.24). Mao setzte sich mit Stalins These zu den Voraussetzungen zur Verwirklichung des Kommunismus im November 1958 auseinander. Bei Stalins Punkten würde das Prinzip „Die Politik hat das Kommando", die Massenbewegungen, „Die ganze Partei und das ganze Volk betreibt Industrie, Landwirtschaft, Kultur und Erziehung", die Ausrichtungsbewegungen und der Kampf zur schrittweisen Abschaffung des bürgerlichen Rechts fehlen. Mit der Volkskommune sei das Problem des Übergangs relativ leicht zu lösen (Mzdwg, Band 7, 1992: S.596f.).

Der Beschluss des ZK zur Gründung der ländlichen Volkskommunen vom 29.8.1958 besagte, dass der Kommunismus keine Sache der fernen Zukunft sei (Jgyl, Band 11, 1995: S.450). Der Beschluss legte fest, dass die Frage der Parzellen und privaten Bäume nicht übereilt geregelt werden sollte und auch später wieder neu bestimmt werden konnte. Im Allgemeinen sollten die Parzellen zur privaten Nutzung in die kollektive Bewirtschaftung übernommen werden. Die Bäume der BäuerInnen durften vorerst privat bleiben. Wenn sich die Produktion gut entwickle und sich die Einkommen erhöhten, würden die Bäume nach ein bis zwei Jahren automatisch Kollektiveigentum werden. Den Übergang vom Kollektiv- zum Volkseigentum könnten einige Orte in drei bis vier Jahren vollziehen. Andere würden fünf bis sechs Jahre oder länger brauchen. Das Volkseigentum würde dann noch sozialistischen Charakter haben (ebenda: S.449). Der Beschluss unterstrich, dass die Verteilung nach der Arbeitsleistung, also nach bürgerlichem Recht, noch erhalten bleiben sollte.

Dieser Beschluss zur Volkskommune, der auf der Beidaihe-Konferenz verabschiedet wurde, war im Vergleich zur Politik der folgenden zwei Monate noch relativ gemäßigt, beweist aber auch, dass die Übergabe der Parzellen zur privaten Nutzung an die Kommune die Politik der Zentralregierung war. Das Kollektiveigentum sollte zwar nicht sofort in Volkseigentum verwandelt werden, aber drei bis vier Jahre waren für die völlige Vernichtung des kollektiven und privaten Eigentums sicher eine sehr kurze Zeit. In diesem Beschluss wurde die Volkskommune als kollektives Eigentum definiert, die aber auch Faktoren des gesellschaftlichen Eigentums in sich tragen würde (Volkszeitung 4.9.1958). Die Politik radikalisierte sich im Laufe des Septembers. Die Einführung der Volksküchen war, wie schon erwähnt, ein willkommener Anlass, die Parzellen zur privaten Nutzung für überflüssig zu erklären (Rote Fahne, Nr. 7: S.23 und Volkszeitung, 3.9.1958: S.3). In der offiziellen Broschüre „Die Volkskommune und der Kommunismus" von Oktober 1958 schrieb Wu Ren, dass mit der Einführung der Volkskommune die Parzellen zur privaten Nutzung, das private Vieh und die Haustiere sowie die privaten Bäume nun nicht mehr geschützt werden müssten und sie der Kommune übergeben werden könnten. Damit wäre das Privateigentum an Produktionsmittel entgültig abgeschafft (Wu Ren 1958: S.2). Die Volkskommune würde das alte Ideal der Vorfahren „Alles unter dem Himmel wird öffentlich" verwirklichen (ebenda: S.11).

Außerdem wurden die Modell-Kommunen in Henan und Hebei, von denen z.B. Xushui plante, 1963 in den Kommunismus einzutreten, in der Presse gefeiert. Das Statut der Sputnik-Kommune von Chayashan in der Provinz Henan wurde am 1.9. in der „Roten Fahne" und am 4.9. in der „Volkszeitung" veröffentlicht. Im Artikel 5 des Statuts hieß es: „Da die Produktionsmittel in das Eigentum der Kommune übergehen, sollen die der Kommune beitretenden Mitglieder ihr gesamtes privates Hofland, eigene Häuser, Äcker, Vieh und Obstbäume in das Eigentum der Kommune überführen; sie können jedoch einen kleinen Bestand an Haustieren und Geflügel als Privatbesitz behalten" (GNN 1988: S.33). Die Kommunisierung der Häuser und auch der Sparguthaben war der nächste Schritt in der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse. Der Kommentar der „Volkszeitung" zur Veröffentlichung des Statuts unterstrich den Vorbildcharakter von Chayashan für die Gründung von Volkskommunen, betonte aber auch, dass das Modell nicht zwangsweise überall kopiert werden sollte (Volkszeitung 4.9.1958: S.1). Der Provinzführer von Henan, Wu Zhipu, verkündete, dass die Bildung der Volkskommunen die Abschaffung des Privateigentums und Vernichtung der drei Unterschiede sowie die Industrialisierung des Dorfes bedeute (Rote Fahne, Nr.8. 16.9.1958: S.5-11). Schon am 2. September berichtete die „Volkszeitung" von der vollständigen Volkskommunisierung in Henan und erwähnte meines Wissens zum ersten Mal öffentlich den baldigen Übergang zum Kommunismus (Volkszeitung 2.9.1958: S.1). Durch die Propagierung des Henaner Modells als nationales Vorbild und die Besuche führender Politiker in diesen Kommunen trieb die Zentralregierung die

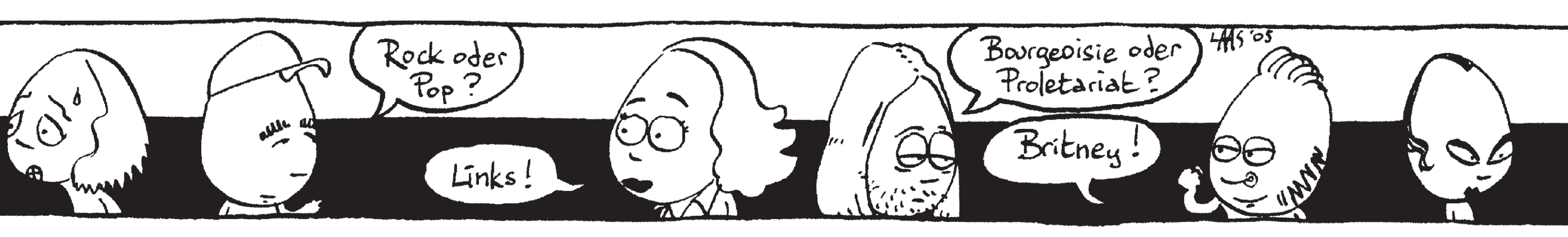
Umwälzung in Richtung Kommunismus aktiv voran.

Gegen das „bürgerliche Recht“: Im Namen der Rationalität und der PartisanInnentradition

Wie oben erwähnt, unterstrich das Statut der Sputnik-Kommune noch die Verteilung nach Leistung, sprich das „bürgerliche Recht“. Unter „bürgerlichem Recht“ verstanden die chinesischen Kommunisten damals die Entlohnung der Arbeit nach Leistung. Im Herbst fand in der „Volkszeitung“ eine ausführliche Debatte zum Verteilungssystem statt. Sollten die Kommunen nun zur Verteilung nach den Bedürfnissen übergehen? In welchem Verhältnis sollte ein festgesetzter Geldlohn zur Verteilung von Naturalien stehen? Wie konnte man das Prinzip der Verteilung nach Leistung und mit den „Keimen des Kommunismus“, sprich einer Verteilung nach den Bedürfnissen, kombinieren? Für die chinesischen KommunistInnen war Lenins Kritik des „bürgerlichen Rechts“ von zentraler Bedeutung. Auf die Passagen in „Staat und Revolution“ wurde mehrfach Bezug genommen (Volkszeitung, 10.1.1958: S.11). Die „Volkszeitung“ berichtete über „Keime des Kommunismus“ in Henan, wo ein Zuteilungssystem von Getreide plus Lohn verwirklicht und aus den BäuerInnen angeblich landwirtschaftliche ArbeiterInnen wurden. Besonders bemerkenswert sind die Argumente gegen das System der Arbeitspunkte: Die Festlegung der Arbeitspunkte nach Leistung sei eine zu große Zeitverschwendung und ihre Abschaffung habe zur Erhöhung der Produktivität geführt (Volkszeitung, 29.9.1958: S.3). Wieder wird hier die Abschaffung des Leistungsprinzips mit ökonomischer Rationalität begründet, auch die „Rote Fahne“ behauptete, dass die Abschaffung de Leistungsprinzips Arbeitseifer frei setzten würde (Rote Fahne, Nr. 10: S.5).

Neben der Rationalität gab es aber auch eine andere Argumentationslinie gegen das Prinzip der Arbeitspunkte. Zhang Chunqiao, das spätere Mitglied der „Vierer-Bande“, schrieb einen wichtigen Artikel zur Kritik des „bürgerlichen Rechts“ (Volkszeitung 13.10.1958: S.7). Er begründete die Abschaffung des „bürgerlichen Rechts“ mit der PartisanInnentradition von Jinggangshan. Dort hätte es ein kommunistisches Verteilungssystem gegeben, in dem Soldaten und ZivilistInnen, sowie Offiziere gemeinsam und gleichberechtigt das „bittere“ Leben durchgestanden hätten. Nach der Befreiung dauerte es nicht lange, bis dieses System unter Beschuss durch die bürgerliche Ideologie geraten und als „Partisanenstil“ angegriffen worden wäre. Diese Kritik sei in Wahrheit eine Verteidigung des „bürgerlichen Rechts“. Zhang bezog sich auf die von Mao in dem Artikel „Der Kampf im Jinggang-Gebirge“ beschriebene Leidensgemeinschaft. „In der Roten Armee gibt es bis jetzt keine reguläre Auszahlung von Sold, es werden nur Getreide, Geld für Speiseöl, Salz, Brennholz und Gemüse sowie eine geringe Summe als Taschengeld gewährt. Alle Offiziere und Soldaten der Roten Armee, die im Grenzgebiet ansässig sind, haben Boden zugeteilt erhalten“ (Mao Zedong, Band 1, 1968: S.89). Neben diesem Artikel bezog sich Zhang noch positiv auf die Pariser Kommune von 1871, die gleiche Löhne für ArbeiterInnen und BeamtInnen eingeführt hatte. Mao Zedong schrieb in einem Brief, dass der Artikel von Zhang Chunqiao im Prinzip korrekt sei, aber ein bisschen einseitig (Mzdwg, Band 7, 1992: S.447). Warum er ihn einseitig fand, erwähnte er jedoch nicht. Auf der Beidaihe-Konferenz machte Mao längere Ausführungen zur PartisanInnentradition. Leider ist diese Rede bis heute nicht veröffentlicht worden und wir haben nur eine Zusammenfassung von Maos damaligem Sekretär Li Rui. „Unser Kommunismus wurde zuerst von der Armee hervorgebracht“, verteidigte Mao den „Partisanenstil“ (Li Rui, Band 2, 1999: S.123). Während des über zwanzigjährigen Krieges hätte die KPCh einen Kriegskommunismus praktiziert, wo es keinen Lohn gab und man sich selbst mit Getreide versorgen musste. Die KritikerInnen würden behaupten, dass diese Gleichmacherei FaulenzerInnen hervorbringen würde. Mao erwiderte, dass er in den vergangenen 22 Jahren nicht viele FaulenzerInnen gesehen hätte. Der Grund dafür sei, dass die Politik den Oberbefehl und man ein gemeinsames Ziel im Klassenkampf habe. Mit dem Versorgungssystem und dem kommunistischen Lebensstill hätte die KPCh den Krieg gewonnen, warum könne man so den Kommunismus nicht einführen und müsse unbedingt ein Lohnsystem haben (ebenda: S.105)? Der Schritt zurück zum Verteilungssystem der Armee sei in Wirklichkeit ein Schritt nach vorne, mit dem 600 Millionen Menschen den kommunistischen Stil praktizieren könnten (ebenda: S.106).

An dieser Debatte wird deutlich, dass Zhang Chunqiao und auch Mao Zedong ganz anders als



Lenin gegen das „bürgerliche Recht“ argumentierten. Für Lenin war es ein notwendiges Muttermal, was der Sozialismus unvermeidbar zu tragen hatte. Erst wenn die Gesellschaft rationell wie eine Fabrik organisiert und ihre Mitglieder zu freiwilliger Arbeit und Verwaltung in der Lage seien, könne das Leistungsprinzip durch eine Verteilung nach den Bedürfnissen ersetzt werden. Zhang meinte nicht, dass eine enorme Steigerung der Produktion für diesen Prozess von Nöten sei, sondern plädierte gesamtgesellschaftlich für die Rückkehr zum Versorgungssystem der Armee im Bürgerkrieg. Was an diesem Versorgungssystem kommunistisch sein soll, ist mir völlig schleierhaft. Wie aus dem Zitat von Mao hervorgeht, handelte es sich dabei keineswegs um eine Verteilung nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern nur um eine Garantie des Minimalbedarfs. So stellt sich die Frage, was die chinesischen Kommunisten unter Bedürfnissen verstanden, wenn in China von 1958 von den „Keimen des Kommunismus“ im Verteilungssystem gesprochen wird. Was war an einem staatlichen Zuteilungssystem generell kommunistisch? Viele kapitalistische Staaten führten im 1. und 2.Weltkrieg zur Versorgung der Armee und Bevölkerung eine strenge Lebensmittelrationierung ein.

B. Russland: Kriegskommunismus und Bürgerkrieg (1918-1921)

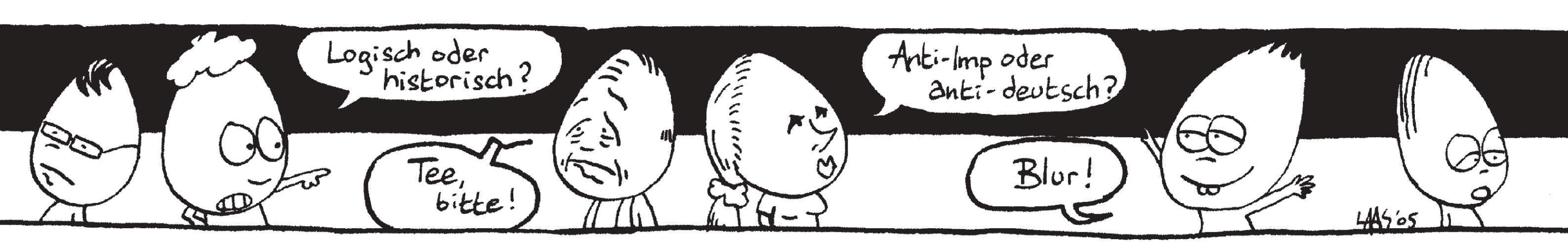
Wenn man den „Großen Sprung nach vorne“ auch als Kriegskommunismus betrachtet, bietet sich der Vergleich zum bolschewistischen Russland an, weil die Debatte um die Erziehung aller Menschen zur Arbeit sowie die Militarisierung der Arbeit nach der Oktoberrevolution von 1917 offen geführt wurde.

Trotzki: Militarisierung und Arbeitszwang

Leo Trotzki entwickelte in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky eine theoretische Rechtfertigung für die Militarisierung der Arbeit. Zu Beginn der 20er Jahre lehnte die Mehrheit der Parteiführung Trotzkis Forderung nach der Militarisierung der Gewerkschaften ab und Lenin kritisierte diese Konzeption mehrfach (Lenin, Band 32, 1988: S.1-26). Trotzki legte gegenüber Kautsky dar, dass in Russland die Diktatur des Proletariats herrsche und die Diktatur der Räte nur durch die Herrschaft der kommunistischen Partei verwirklicht werden könne (Trotzki 1920: S.88). Dass der Mensch ein „Faultier“ sei (ebenda: 1920, S.109), war Trotzkis Rechtfertigung für die systematische Verwirklichung der Arbeitspflicht und des Prinzips „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ (ebenda: S.111). In der damaligen Sowjetverfassung war dieser Grundsatz (§ 18, Absatz 2) schon verankert. Trotzki wies den Vorwurf zurück, dass Zwangsarbeit und Leibeigenschaft generell unproduktiv, sondern dass sie zur Zeit ihrer Einführung sogar ein Fortschritt gewesen sei (ebenda: S.119). Aus seinen Prämissen machte Trotzki eine ganze Geschichtstheorie: „Die ganze Geschichte der Menschheit ist die Geschichte der Organisierung und Erziehung des kollektiven Menschen der Arbeit, zwecks Erzielung einer höheren Produktivität“ (ebenda: S.120).

Die beste Methode dafür sei im Sozialismus die Militarisierung der Arbeitskräfte. Die Grundlage für die Militarisierung seien Registrierung, Mobilmachung, Formierung der Arbeitskräfte, sowie der Transport großer Massen (ebenda: S.111). So könne man eine mobile Arbeitsarmee schaffen. Der proletarische Staat sei, wie die Armee, in der Lage seine BürgerInnen unterzuordnen: „Warum sprechen wir von Militarisierung? (...) Keine andere gesellschaftliche Organisation mit Ausnahme der Armee hat sich berechtigt gehalten, sich die Bürger in solchem Grade unterzuordnen, sie in solchem Maße von allen Seiten durch ihren Willen zu umfassen, wie dies der Staat der proletarischen Diktatur tut und zu tun sich für berechtigt hält“ (ebenda: S.116).

Zwar befand sich das rote Russland 1920 noch im Bürgerkrieg und die Bolschewiki kämpften ums Überleben, doch machte Trotzki deutlich, dass es sich bei der Militarisierung der Arbeit keineswegs nur um eine Notwendigkeit des Bürgerkrieges handelte, sondern die unvermeidliche Methode zur Organisation und Disziplinierung der Arbeitskraft beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus (ebenda: S.118). Die guten Arbeiter sollten mit einem höheren Lebensstandard belohnt und die schlechten bestraft werden. „Man muss den Arbeitern sagen, wo sie sein müssen, sie umstellen und leiten wie Soldaten (...), der Zwang zur Arbeit wird seinen höchsten Grad während des Übergangs des Kapitalismus zum Sozialismus erreichen (...), die ‚Fahnenflüchtigen’ der Arbeit werden in Disziplinierungsbataillone eingeordnet oder in



Konzentrationslager gesteckt werden müssen" (zit. nach Bettelheim 1975: S.321). Auf die Frage eines Kritikers, worin sich dieser Sozialismus von der ägyptischen Sklaverei unterscheide, antwortete Trotzki: durch den Klassencharakter (Trotzki 1920: S.142). Die Form der Organisation der Arbeit hielt er wohl nicht für unterschiedlich. Das Zwangsregime wurde damit begründet, dass die Interessen der Arbeiter und des Staates identisch seien und es sich daher um Selbstdisziplin handle. Die Militarisierung der Arbeit wurde in Russland 1920 in einigen Bereichen eingeführt, aber nach kurzer Zeit, auch wegen Lenins Widerstand, wieder abgeschafft.

Lenin: Dem barbarischen Russland das Arbeiten beibringen

Lenin lehnte Trotzkis Forderungen nach der Militarisierung der Arbeit ab, entwickelte 1918 aber selbst ein Programm für die „Zivilisierung" Russlands und die Durchsetzung einer neuen industriellen Arbeitsdisziplin. Lenins Positionen waren gemäßigter als das Parteiprogramm der KPR von 1919 (Pipes, Band 2, 1992: S.568). Er wollte vom deutschen Staatskapitalismus, sprich der deutschen Kriegswirtschaft im 1. Weltkrieg, lernen, die die Produktion unter die Leitung des Staates stellte und den Arbeitszwang einführte. In seiner Schrift „Über die Naturalsteuer", die die Einführung der NEP begründete, zitierte Lenin aus seiner Schrift von 1918: „Wenn in Deutschland die Revolution noch in ihrer ‚Geburt' säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Russland noch stärker zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken" (Lenin, Band 3, 1984: S.672). Der russische Mensch sei ein schlechter Arbeiter im Vergleich zu den „fortschrittlichen" Nationen und müsse nun mit Hilfe der Sowjetmacht arbeiten lernen (Lenin, Band 2, 1984: S.753).

Bezogen auf die Organisation der Arbeit bedeutete Lenins „Zivilisierungsprogramm", die industrielle Disziplin des Fabrikproletariats auf alle Gesellschaftsmitglieder zu übertragen und vor allem die Bauernschaft zu erziehen, schulen und disziplinieren (Lenin, Band 31, 1959: S.164). Lenin fasst den Begriff der ArbeiterInnenklasse in Russland sehr eng, um sie vom Landproletariat und gerade erst proletarisierten BäuerInnen abzugrenzen. Für ihn gehörten nur die ArbeiterInnen der industriellen Großbetriebe zum Proletariat und nicht alle freien LohnarbeiterInnen. Nur die städtischen IndustriearbeiterInnen seien in der Lage, die Masse der Werktätigen zu führen (Lenin, Band 3, 1984: S.254) und eine neue Arbeitsdisziplin durchzusetzen. „Diese neue Disziplin fällt nicht vom Himmel (...), sie erwächst aus den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion und nur aus ihnen" (ebenda: S.254). In den Schriften „Wie man den Wettbewerb organisieren soll" (1917), „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" (1918) und „Die große Initiative" (1919) führte er sein „Zivilisierungsprogramm" zur Erziehung zur Arbeit näher aus. Das Prinzip „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen" müsse zum praktischen Gebot des Sozialismus werden (Lenin, Band 2, 1984: S.593f.). Um Kontrolle, wirtschaftliche Rechnungsführung und einen Wettbewerb in den Betrieben einzuführen, bedürfe es einer „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer". An machen Orten solle man Reiche, Gauner und ArbeiterInnen, die sich vor der Arbeit drückten, wie die Setzer in Petrograd, ins Gefängnis stecken und an anderen Orten Klosetts reinigen lassen. „An einem dritten Ort wird man ihnen nach Abbüßung ihrer Freiheitsstrafe gelbe Pässe aushändigen, damit das ganze Volk sie bis zu ihrer Besserung als schädliche Elemente überwache. An einem vierten Ort wird man einen von zehn, die sich des Parasitentums schuldig machen, auf der Stelle erschießen" (ebenda: S.594), schrieb Lenin im Dezember 1917, noch vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges. Zur Steigerung der Produktivität empfahl Lenin außerdem die Einführung des Stücklohns und die Übernahme der fortschrittlichen und wissenschaftlichen Elemente des Taylor-Systems (ebenda: S.753). Außerdem sollte das Kulturniveau des Volkes durch eine Alphabetisierung erhöht werden.

Neben diesen Elementen des Zwangs hoffte Lenin, der selbstlose Arbeitseifer der IndustriearbeiterInnen an der Heimatfront könne sich auf die ganze Gesellschaft übertragen. Die Subotniks, Samstage an denen ArbeiterInnen unbezahlt und freiwillig arbeiteten, waren für Lenin die Vorboten der kommunistischen Arbeit. „Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache ArbeiterInnen in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und andere Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ‚Nahestehenden' zu gute kommen, sondern ‚Fernstehenden', d.h. der ganzen Gesellschaft (...)" (Lenin, Band 3, 1984: S.261).

Wie die chinesischen KommunistInnenen während des „Großen Sprungs", trat Lenin für eine Mischung aus Repressionen, Zwang und Appellen zur freiwilligen und selbstloser Arbeit ein, um die neue Arbeitsdisziplin und Sparsamkeit von jedem Pud Getreide zu verankern. Wie sollten sich bei den

ArbeiterInnen und BäuerInnen eine freiwillige und selbstlose Arbeitsdisziplin entwickeln, wenn täglich mit Repressionen bedroht wurde und selbst die, die arbeiteten, nicht genug zu Essen hatten. Die Umerziehung der Menschen durch Arbeit beschränkte sich in beiden Ländern keinesfalls auf die Arbeitslager (Gulag und Laogai), sondern betraf alle Mitglieder der Gesellschaft. Unbezahlter Einsatz von Arbeitskräften sollte in beiden Ländern zu einer wichtigen Quelle des sozialistischen Aufbaus werden.

Die Unterschiede zwischen China und Russland: Miliz als Ersatz-Proletariat

Die Unterschiede zwischen den Programmen von Lenin, Trotzki und den chinesischen KommunistInnen waren jedoch gravierend. Während Trotzki die Militarisierung der ArbeiterInnenklasse und Gewerkschaften forderte, militarisiert die KP China 1958 die BäuerInnen für Masseneinsätze. Dass sich die Arbeitsorganisation 1958 in der Industrie grundlegend geändert hätte, ist mir nicht bekannt. Die Repressionen gegen „Deserteure der Arbeit" wurden in China nicht so offen wie in Russland in Presse und Broschüren dargelegt. Trotzki sah wie die KP China in der Organisation der Armee ein Vorbild für jene der Arbeit. Die Militarisierung und Einführung der Volkskommune ging in China einher mit der Verteidigung des „Partisanenstils" und des „ländlichen Arbeitsstils" sowie der Traditionen von Yenan und Jinggangshan. Die Großproduktion der Industrie schafft deshalb eine neue Arbeitsdisziplin, weil die Maschinen den Rhythmus diktieren und eine sekundengenaue Abstimmung der Arbeit von Hunderten von ArbeiterInnen notwendig machen. In China gab es auf dem Land 1958 nur wenige Maschinen und erst der „Großen Sprung" setzte die Mechanisierung offensiv auf die Tagesordnung. Auch wenn die Resolution von Wuhan im Dezember, ähnlich wie Lenin, von der Übertragung der Disziplin der IndustriearbeiterInnen auf die ganze Gesellschaft sprach, so waren die Bedingungen dafür gar nicht vorhanden. Mit den Kampagnen zur Verbesserung der Bewässerungssysteme, Straßenbau und Tiefpflügen der Felder setzte die Partei auf traditionelle Formen der Masseneinsätze der BäuerInnen, ohne allerdings auf die Erntezeiten und die Landwirtschaft genügend Rücksicht zu nehmen. Da wohl weder durch die kleinen Hinterhof-Hochhöfen noch durch Wasserpumpen eine industrielle Arbeitsdisziplin auf dem Dorf etabliert werden konnte, setzten die chinesischen Kommunisten auf die Volksmiliz, um die BäuerInnen zu erziehen, disziplinieren und mobilisieren. In Maos Zivilisierungskonzept zur Erziehung zur Arbeit ersetzte die Volksmiliz das industrielle Proletariat.

Lenin wusste, dass die junge Sowjetmacht in den Fabriken ohne die „bürgerlichen" ExpertInnen unmöglich auskommen konnte. In China wurden im Herbst 1958 die ParteisekretärInnen plötzlich zu den Oberkommandierenden der Produktion, obwohl viele von Landwirtschaft nicht viel verstanden oder wider besseren Wissens die völlig unrealistischen Planvorgaben von oben umsetzen mussten. Durch die Militarisierung war jede Kritik von Seiten der BäuerInnen eine Befehlsverweigerung. Schon mit der Resolution von Wuhan strukturierte die KPCh im Dezember das Verhältnis von Miliz und Produktionsbrigaden neu. Auch wenn weiter die Militarisierung der Arbeit gefordert und die Volksmiliz gefeiert wurde, sollten von nun an die Führungsorgane von Miliz und Produktionsbrigaden getrennt werden. Die Vorgesetzten der einzelnen Abteilungen der Miliz sollten nicht auch noch die Leitung der Kommune oder Produktionsgruppe ausüben (Martin, Band 3, 1982: S.302).

Der russische „Kriegskommunismus": Folge des Bürgerkrieges oder Übergang zum Kommunismus?

Um zu prüfen, ob die Verwendung des Begriffs Kriegskommunismus sinnvoll ist oder nicht, muss zunächst seine Entstehungsgeschichte untersucht werden. Die Phase des russischen Bürgerkrieges von 1918 bis 1921 wird in der Historiographie als „Kriegskommunismus" bezeichnet. Lenin und die russischen KommunistInnen verwendeten diesen Begriff erst im Nachhinein. Er tauchte erstmals in offiziellen Quellen im Frühjahr 1921 auf (Pipes, Band 2, 1992: S.557), als Lenin und die Partei die „Neue Ökonomische Politik" (NÖP) formulierten, die den privaten Handel der BäuerInnen wieder zuließ und sogar entwickeln wollte. In der Forschung gibt es einen alten Streit, ob es sich bei der Politik des „Kriegskommunismus" um eine Notwendigkeit des Bürgerkrieges handelte oder eine bewusste Strategie für den direkten Übergang zum Kommunismus.

Lenin definierte den Begriff zu Beginn der NÖP wie folgt: „Der eigenartige ‚Kriegskommunismus' bestand darin, dass wir faktisch von den Bauern alle Überschüsse, ja mitunter nicht nur die Überschüsse, sondern auch einen Teil der für die BäuerInnen notwendigen Lebensmittel einzogen, um den Bedarf der Armee und den Unterhalt der Arbeiter zu decken. Wir nahmen sie größtenteils auf Kredit, gegen Papiergeld. Anders hätten wir in dem ruinierten kleinbäuerlichen Land über Gutsbesitzer und Kapitalisten nicht siegen können" (Lenin, Band 3, 1984: S.680). Der „Kriegskommunismus" sei kein Verschulden, sondern ein Verdienst der Partei gewesen. Nun müsse man aber zur Politik des Austausches von Getreide gegen Industrieprodukte

übergehen. Auf dem 10.Parteitag März 1921 betonte Lenin noch einmal, dass die Partei während des Bürgerkrieges keine andere Wahl gehabt hätte (Lenin, Band 32, 1988: S.174). Die gleiche Auffassung geht in den 30er Jahren auch in die kanonisierte Geschichtsschreibung und in den berühmt-berüchtigten „Kurzen Lehrgang" zur Geschichte der KPdSU (B) von 1938 ein, den die KommunistInnen auf der ganzen Welt lasen. Der „Kriegskommunismus" sei durch Krieg und Intervention erzwungen wurden (KAP, 1972: S.301) und nach Beendigung des Krieges hätte es keinen Grund für dieses harte Regime mehr gegeben (ebenda: S.303).

Trotzki legte 1936 eine ganz andere Interpretation vor. Er zog historischen Parallelen zum „Kriegssozialismus" (Deutschlands) im 1. Weltkrieg, den er als „ein System zur Reglementierung des Verbrauchs in einer belagerten Festung" definierte (Trotzki 1979: S.25). Er räumte aber ein: „Man muss jedoch zugeben, dass er in seiner ursprünglichen Absicht breitere Ziele verfolgte (...). Mit anderen Worten: vom ‚Kriegskommunismus' gedachte sie (die Sowjetregierung, Anm. A.P.) allmählich, aber ohne das System zu verletzten, zum echten Kommunismus überzugehen" (ebenda: S.25). Dieser theoretische Fehler sei vor dem Hintergrund der Erwartung auf den Sieg der sozialistischen Revolution im Westen begangen worden (ebenda: S.26). Leo Kritzmann, einer der führenden Wirtschaftsexperten in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution, schrieb 1924 mit dem Buch „Die heroische Periode der großen russischen Revolution" eine ausführliche Analyse des „Kriegskommunismus". Auch für ihn brachte es der Bürgerkrieg mit sich, dass alles den Bedürfnissen der Versorgung der Armee untergeordnet werden musste, obwohl die unproduktive militärische Konsumption zum massiven Rückgang der Produktivkräfte führte (Kritzmann 1971: S.262). Diese „unvermeidlichen Kosten" wären aber auch verursacht worden, weil proletarische und bürgerliche Revolution im Oktober 1917 zusammenfielen (ebenda: S.259). Die Bolschewiki konnten in der Stadt die Industrie verstaatlichen, mussten aber auf dem Land die Revolution der BäuerInnen akzeptieren, die ein Meer von KleinproduzentInnen auf staatlichem Boden schaffte. Dieser Widerspruch zwischen industriellem Großbetrieb und bäuerlichem Kleinbetrieb machte laut Kritzmann die Getreiderequisitionen notwendig, für die der Staat keine Gegenleistung erbringen konnte. So musste die „proletarische Naturalwirtschaft" den Kleinbetrieb zwangsweise einbeziehen und behinderte damit seine Entwicklung (ebenda: S.261).

In der heutigen westlichen Geschichtsschreibung wird die pragmatische Erklärung, „Kriegskommunismus" als Notwendigkeit des Bürgerkrieges, überwiegend abgelehnt. Der Oxford-Professor Orlando Figes hält sie für schwach (Figes 1998: S.649). Der „Kriegskommunismus" habe auch den Bürgerkrieg hervorgebracht und sei ein Mittel des Kampfes gegen die inneren Feinde gewesen. Viele radikale Maßnahmen hätten der Kampfkraft der Armee und der Wirtschaft eher geschadet als genutzt. Die Einführung des „Kriegskommunismus" 1918 sei eine Reaktion auf die Hungerkrise der Städte gewesen (ebenda: S.650). Die Bolschewiki waren sich der Tatsache bewusst, dass sie ihre Machtbasis in den Städten und der Arbeiterklasse nicht verlieren durften. Wenn die Revolution nicht am Hunger zu Grunde gehen wollte, musste sie ihre Macht auf das Land ausdehnen und den BäuerInnen gewaltsam das Getreide abnehmen (ebenda: S.651). Generell sieht Figes im „Kriegskommunismus" einen Prototyp der stalinistischen Wirtschaftpolitik, die jeden privaten Handel abschaffen, die gesamte Großindustrie verstaatlichen und die Landwirtschaft kollektivieren wollte (ebenda: S.648). Pipes hält der Erklärung von der Notwendigkeit durch den Bürgerkrieg entgegen, dass die vollentwickelte Form des „Kriegskommunismus" erst im Winter 1920/21 etabliert worden sei (Pipes, Band 2, 1992: S.559f.), als die Hauptschlachten des BürgerInnenkriegs schon geschlagen waren. Die Maßnahmen zur Liquidierung des Handels und der schrittweisen Ausschaltung des Geldes als Tausch- und Zahlungssystem durch systematische Geldentwertung konnte man kaum mit dem Bürgerkrieg begründen.

Das Programm der KPR von 1919

Dass es sich beim „Kriegskommunismus" keinesfalls nur um eine Reaktion auf den Bürgerkrieg handelte, zeigt auch das neue Parteiprogramm der KP Russland von 1919. Um einen Vergleich mit der Politik der KP China von 1958 zu ziehen, müssen dieses Programm und auch die Maßnahmen und Beschlüsse der Sowjetregierung genauer betrachtet werden.

Der „Kriegskommunismus" war nicht nur eine Versorgungsdiktatur zum Unterhalt der Armee, sondern auch eine radikale Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und des wirtschaftlichen Austausches. Das Programm kündigt die Organisation einer sozialistischen Landwirtschaft durch Staatshilfen an. Der Handel sollte durch staatliche Verteilung ersetzt und alle Bürger des Staates in Verbraucherkommunen organisiert werden. Langfristig plante die Partei Banken durch eine „Zentralbuchhaltung der kommunistischen Gesellschaft" zu ersetzen. Anstelle von Geld sollten dann Schecks und Notenscheine u.s.w verwendet werden. Außerdem wurde die Massenumsiedlung von Arbeitern

aus den Vorstädten in die Häuser des Bürgertums gefordert. Kleinbetriebe sollten vorerst nur unter die Kontrolle des Staates gestellt werden. Die russischen KommunistInnen wollten ein Netz von Kinderkrippen zur Befreiung der Frau schaffen, sowie alle Schüler auf Kosten des Staates mit Kleidung und Nahrung versorgen. Den Religionen wurde der Kampf angesagt und Umerziehung der alten Klassen durch Arbeit sowie die Annäherung von Hand- und Kopfarbeit gefordert. Dieses Programm radikalisierte sich in der Praxis noch weiter. Die zentralen Maßnahmen des „Kriegskommunismus“ sollen hier kurz umrissen werden:

a) Ernährungsdiktatur und Terror

Schon im Mai 1918 führte die Sowjetregierung die Ernährungsdiktatur ein. Der Staat konnte auf Kredit oder ohne Gegenleistung die Überschüsse der BäuerInnen zur Versorgung der Armee und Städte zwangsweise requirieren. Das Dekret drohte allen, die die Getreideüberschüsse nicht ablieferten mindestens zehn Jahre Gefängnis sowie den Ausschluss aus der Obchina (Dorfgemeinde) sowie den Einsatz der bewaffneten Macht im Falle des Widerstandes gegen diese Beschlagnahmungen an (Altrichter, Band 2, 1986: S.57f.). Den „Komitees der Dorfarmut“ wies die Regierung besondere Versorgungsaufgaben zu. Geiselerschießungen oder Einzug des Saatgetreides stellten die extremsten Strafen bei Nichtablieferung dar. Die Hungersnot mit Millionen Toten war nicht nur durch den Bürgerkrieg und Naturkatastrophen verursacht worden, sondern auch durch die zu hohen Getreiderequirierung durch die Regierung. Überall wurden die Ablieferquoten bewusst höher angesetzt mit der Begründung die BäuerInnen würden 1/3 der Ernte heimlich zurückhalten (Figes 1998: S.794).

Schwarzhandel und Hamstererei wurden mit drakonischen Maßnahmen bekämpft. Die Todesstrafe für Schieber gab es schon seit Februar 1918 (Pipes, Band 2: S.649). Auch Hamsterer konnten laut Gesetz bei Widerstand auf der Stelle erschossen werden (Kritzmann 1971: S.220). Lenin erklärte den freien Handel sogar zum „Staatsverbrechen“ (Lenin, Werke, Band 30: S.134). Um den Ansturm der hungernden BäuerInnen auf die Städte zu verhindern, wurde wichtige Metropolen für Nichtansässige geschlossen. Gleichzeitig versuchte die Sowjetregierung die Hungersnot mit der Einführung von kostenloser Versorgung (der Stadtbevölkerung) zu begegnen. Im März 1919 verpflichte ein Dekret alle StaatbürgerInnen zur Teilnahme an Konsumkommunen (Altrichter, Band 2, 1986: S.91). Im Mai 1919 wurde die kostenlose Speisung für Schulkinder (ebenda: S.91f.), im Dezember 1920 die kostenlose Abgabe von Lebensmitteln (ebenda: S.107f.) und Massenverbrauchsartikeln an die Bevölkerung beschlossen (ebenda: S.108). Nicht wenige ArbeiterInnen, die kostenlose Lebensmittel erhielten, verkauften diese gleich auf dem Schwarzmarkt weiter. In Moskau und Leningrad wurden Kantinen für die Stadtbevölkerung eingeführt.

b) Die Umwälzung der Eigentumsordnung

In der ersten Phase nach der Oktoberrevolution verstaatlichten die Bolschewiki nur die Banken und die Großbetriebe. Am 1. Mai 1918 wurde auch das Erbrecht aufgehoben (Pipes, Band 2, 1992: S.559). Ende November folgte schließlich eine radikale Umgestaltung der Kleinbetriebe. Laut Dekret sollten Kleinbetriebe, die mehr als fünf ArbeiterInnen beschäftigen und über Maschinen verfügen sowie Betriebe mit zehn Arbeitern ohne Maschinen nationalisiert werden (Altrichter, Band 2, 1986: S.106f.). Mit der Gründung der „Komitees der Dorfarmut“ im Juni 1918 wollte Lenin den Klassenkampf und die sozialistische Umwälzung auch auf dem Land entfachen. Die Bolschewiki versuchten die Dorfarmut gegen die „wohlhabenderen“ KulakInnen zu mobilisieren und Staatsfarmen zu gründen. 1920 gab es ungefähr 16.000 kollektive und staatliche Landwirtschaftsbetriebe (Figes 1998: S.777). Die Sowjetgüter im europäischen Russland machten ca. 7 Prozent der Saatfläche aus (Kritzmann 1971: S.XXII). 50 Millionen Hektar von „Kulakenland“ sollten laut dem „Kurzen Lehrgang“ in die Hände der Dorfarmut und MittelbäuerInnen übergegangen sein (KAP 1972: S.268). Insgesamt betrachtet, scheiterte der Versuch, den Klassenkampf auf das Dorf zu tragen und führte zu Aufständen, so dass die „Komitees der Dorfarmut“ wiederaufgelöst wurden und die Partei im März 1919 Kurs auf die Gewinnung der MittelbäuerInnen nahm.

Abb.5 Geheimnisse des Kapitalismus [Detail]

c) Die Folgen: BäuerInnenaufstände und Zusammenbruch der Industrie

In den Jahren des Bürgerkrieges 1918 bis 1921 kämpfte die sozialistische Revolution ums Überleben. Schon der 1.Weltkrieg hatte eine zerrüttete Wirtschaft hinterlassen und das bolschewistische Russland verlor wirtschaftliche wichtige Gebiete wie die Ukraine. Zwar konnte die Politik des „Kriegskommunismus" den Sieg der roten über die weißen Armeen sichern. Sie hinterließ aber für die Bolschewiki eine katastrophale politische und wirtschaftliche Lage. Die Getreiderequirierungen führten zu hunderten lokalen BäuerInnenaufständen. An vielen Orten erhoben sich die BäuerInnen, als der Sieg gegen die Konterrevolution gesichert war, sofort gegen die Bolschewiki. Der größte BäuerInnenaufstand, die „Antonow"-Bewegung, hielt Lenin für die größte Bedrohung, der das Regime jemals ausgesetzt war (Figes 1998: S.797.). Aller Terror zur Durchsetzung der Ernährungsdiktatur half nicht. Der Rückgang der Produktivkräfte stärkte im Gegenteil die Tendenz zur Dezentralisierung und die Rückkehr zur Warenwirtschaft per Schwarzmarkt, so Kritzmann. Trotz „Kriegskommunismus" und staatlichem Getreidemonopol wurden in vielen wichtigen Gebieten 1918 und 1919 60 Prozent des Getreides von privaten illegalen HändlerInnen geliefert. Eric Carr ging so gar so weit zu behaupten: „In mancher Hinsicht tat die NEP wenig mehr, als die Handelsmethoden anzuerkennen, die sich unter dem Kriegskommunismus trotz der Dekrete und Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung spontan entwickelt hatten" (zitier nach Pipes, Band 2, 1992: S.608). Kritzmanns damals offiziell verlegtes Buch ist eine eindruckvolle Darstellung, dass die Einbeziehung der BäuerInnen in die staatliche Zwangswirtschaft überhaupt nicht funktionierte. Schwarzmarkt, Tauschhandel und Hamsterei konnten trotz drakonischer Strafen nicht eingedämmt werden.

Auch wenn die zahlreichen BäuerInnenaufstände mit brutaler Gewalt niedergeschlagen werden konnten, mussten die Bolschewiki das Zugeständnis der NEP an die BäuerInnenschaft machen und den freien Handel wieder zulassen. 1921 lag die Abgabenpflicht der BäuerInnen um 45 Prozent niedriger als im Vorjahr (Figes, 1998: S.808). Auf industriellem Gebiet sah die Bilanz des „Kriegskommunismus" nicht viel besser aus. Extreme Inflation und Preiserhöhungen (Pipes, Band 2, 1992: S.583f.), sowie äußerst geringe Produktivität (ebenda: S.598) spiegelten die Krise wieder. Ende 1920 war die Industrie fast zusammengebrochen. Die Zahl der in der Industrie beschäftigen ArbeiterInnen halbierte sich zwischen 1918 und 1921 (ebenda: S.599) und Millionen Menschen wanderten aus den Städten aufs Land. Dass die Industrie fast zusammengebrochen war, veranlasste Lenin im Dezember 1921 gar die Existenz eines Proletariats anzuzweifeln: „Wir sind die Vertreter der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaft, des Proletariats. Entschuldigen Sie bitte. Was ist das Proletariat? Das ist die Klasse, die in der Großindustrie arbeitet. Wo aber ist die Großindustrie? Was ist das für ein Proletariat? Wo ist Ihre Industrie? Warum steht sie still?" (Lenin, Werke, Band 33, 1963: S.158). Ohne die Einführung der NEP 1921 hätte das bolschewistische Regime sicher nicht überleben können. Der „Kriegskommunismus" führte in vieler Hinsicht zu katastrophalen Resultaten. Lenin griff daher 1921 seine schon 1918 formunierte Strategie der Entwicklung des Staatskapitalismus in Russland wieder auf. Lenin plante nun eine ganze geschichtliche Epoche ein, um die russische Bevölkerung zu „zivilisieren" und an die Genossenschaften heranzuführen (Lenin, Band 3, 1984: S.860f.). Zur Nachahmung für die KommunistInnen der anderen Länder hatte sich der „Kriegskommunismus" sicher nicht empfohlen.

Unterschiede und Parallelen zum „Großen Sprung" in China

Das Russland des Bürgerkrieges und das China des „Großen Sprungs" waren unterschiedliche Gesellschaften, deren innen- und außenpolitische Lagen wenig Gemeinsamkeiten besaßen. Als die KPCh im Sommer 1958 die Stahlkampagne startete, war China mit der Sowjetunion verbündet und hatte fast zehn Jahre Friedenszeit auf dem Festland hinter sich. Wenn der russische „Kriegskommunismus" eine Unterordnung der Wirtschaft und Gesellschaft unter die Bedürfnisse der Armee darstellte, so wurde in China von der Regierung die gegenteilige Politik betrieben: Um den wirtschaftlichen Aufbau zu forcieren, wurde das stehende Heer massiv verkleinert und die Rüstungsausgaben gesenkt. Ein großer Krieg war trotz der Jinmen-Krise im Herbst 1958 nicht zu erwarten. Mao gab den Befehl, nicht auf amerikanische Schiffe zu schießen und glaubte nicht an einen Krieg mit den USA. Die Militarisierung der Arbeit und die Kollektivierung des Dorflebens waren in erster Linie Mittel zur forcierten Wirtschaftsentwicklung und keine Kriegsvorbereitung. Mao ordnete die gesamte Wirtschaftplanung der Stahlproduktion unter und nicht dem militärisch-industriellen Komplex, wie nach 1964 mit dem Aufbau der „3.Linie" im Westen Chinas. Militärische Prinzipien spielten auch ohne Krieg eine größere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft als in Russland. Die Volksmiliz war für die Partei das Mittel, eine neue „industrielle Arbeitsdisziplin" auf die BäuerInnen zu übertragen und auch die „natürlichen" Lebensrhythmen des

Dorfes zu beseitigen um so ein neues „rationales Dorf“ zu schaffen, in dem Versorgung, Wohnen, Bestattung und Hochzeit den Bedürfnissen der Produktion untergeordnet wurden. Der von Gao Hua verwendete Begriff des „Kasernensozialismus“ trifft den Kern der Sache besser als jener des „Kriegskommunismus“. Gao Hua dehnt den Begriff aber auf die gesamte Mao-Zeit aus, was meiner Meinung nach nicht zutrifft, da die Militarisierung der ländlichen Arbeitskräfte wieder rückgängig gemacht wurde und die Organisationsstrukturen der Volkskommune und Produktionsbrigaden wieder auf den „natürlichen“ Grenzen des Dorfes aufbauten. Außerdem war der Versuch der Schaffung einer rationellen Organisation des Dorfes mit dem versuchtem Übergang zum Kommunismus und einer radikalen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse verbunden, weshalb ich das Programm des „Großen Sprungs“ als „Kasernenkommunismus“ bezeichnen würde.

Trotz dieser Unterschiede gab es einige Gemeinsamkeiten zwischen dem russischen „Kriegskommunismus“ und dem chinesischen „Kasernenkommunismus“. Die Ideologie der Bolschewiki während des Bürgerkrieges war zutiefst bäuerInnenfeindlich. Jegliche Form von Handel wurde generell als Kapitalismus verteufelt und als der Hunger die Städte bedrohte, wurden „nicht nur die Überschüsse“ (Lenin) der BäuerInnen mit Hilfe von Terrormaßnahmen gnadenlos requiriert. Die Hungernden wurden von den Städten ferngehalten und Schwarzhändler erschossen. Der „Große Sprung“ versprach ursprünglich den BäuerInnen nach „drei Jahren bitterem Krieg“ ein glückliches Leben und machte das Dorf zur Ausgangsbasis der Umwälzung. Als nach der guten Ernte 1958 auf Grund der Regierungspolitik 1959/60 der große Hunger auf dem Land ausbrach, reagierten die chinesischen KommunistInnen genauso wie die Bolschewiki: auch wenn es den Tod von Millionen BäuerInnen bedeutete, die Strategie wurde nicht geändert. Die Regierung exportierte weiterhin Getreide ins Ausland und nahm den BäuerInnen das letzte Getreide weg, um Städte und privilegierte Gruppen des Systems, wie IndustriearbeiterInnen, Kader oder Intellektuelle, weiter versorgen zu können. Im China der Jahre 1959 bis 1960 war die staatliche Aufkaufsquote von Getreide die höchste seit 1953, aber die Produktion pro Kopf die niedrigste seit Jahren (Walker 1984: S. 167). Wie Mao später eingestand, hatte man den Teich ausgetrocknet, um die Fische zu fangen (ebenda: S. 155). In den neueren chinesischen Veröffentlichungen wird der Bevölkerungsverlust von 1959 bis 1961 häufig auf 40 Millionen beziffert (Jiang / Zhou / Jiu, 1998: S. 1). Auch in China wurde den hungernden BäuerInnen verboten, sich selbst zu helfen. Die Städte wurden abgeriegelt und die Flucht aus den Dörfern unterbunden. Die Entstehung einer großen Schattenwirtschaft und eines Schwarzmarktes konnte die Regierung – im Gegensatz zu Russland – verhindern; dort versorgte dieser immerhin die Hälfte der Bevölkerung mit Getreide. Die russischen BäuerInnen waren 1920 eben KleinproduzentInnen und keine „Angestellten“ einer Volkskommune. Um die Frage zu beantworten, warum der Staat die hungernden BäuerInnen und den Schwarzmarkt unterdrücken konnte, muss man sich die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse vom Herbst 1958 vor Augen halten. Die chinesischen BäuerInnen hatten ihre Subsistenzgrundlage verloren. Die Parzellen zur privaten Nutzung, ihr Hausvieh und Obstbäume gingen vieler Orts in die Hände der Kommune über. Kochtöpfe wurden eingeschmolzen und es war häufig verboten, zu Hause zu kochen. Mit der Ersetzung der häuslichen Versorgung durch die Volksküchen waren die BäuerInnen dem Staat komplett ausgeliefert. Wenn es in den Volksküche nichts mehr gab und die Flucht von den lokalen Kadern effektiv unterbunden wurde, dann blieb den BäuerInnen nur noch, zu verhungern. Im Gegensatz dazu waren die russischen BäuerInnen KleinproduzentInnenen innerhalb der Dorfgemeinde auf staatlichem Boden. Sie produzierten ohne Plan und waren EigentümerInnen ihres Produkts. Der Staat versuchte ihnen das Produkt per Zwangsrequirierung wieder abzunehmen. Die Staatsmacht war auf dem russischen Dorf viel schwächer als in China. Während die Volksbefreiungsarmee die Bodenreform per Bürgerkrieg durchgesetzt hatte, führten die russischen BäuerInnen die „schwarze Umverteilung“ selber durch und die meist als Eindringlinge von außen empfundenen Bolschewiki legalisierten diese Umwälzung mit dem „Dekret über Grund und Boden“ erst im nachhinein.

Der Kern der Revolution des „Großen Sprungs“ bildete die Transformation der Eigentumsverhältnisse vom sozialistischen, kollektiven und individuellen Eigentum zum „Eigentum des ganzen Volkes“. In Russland wurde während des „Kriegskommunismus“ die komplette Vergesellschaftung des ländlichen Eigentums in naher Zukunft nie in Erwägung gezogen, auch wenn in der Industrie Kleinbetriebe verstaatlicht wurden. Der Kern der Revolution des „Kriegskommunismus“ bildete zumindest nach der Auffassung des damals dominierenden linken Parteiflügels die Abschaffung des Geldes durch die Einführung einer „proletarischen Naturalwirtschaft“, in der der Staat alle Produkte verteilte. Soweit wollte Mao nicht gehen: Chen Bodas Forderungen, das Geld abzuschaffen, wies er zurück und ab der 1. Zhengzhou-Konferenz im November 1958 unterstrich das ZK wieder die Notwendigkeit der Entwicklung der Warenwirtschaft.

Schluss: Der Kriegs- und Kasernenkommuismus als Schlüsselkrise in der Geschichte des Staatssozialismus

Die beiden großen geschichtlichen Versuche direkt in den Kommunismus überzugehen, in Russland 1919 und in China 1958, endeten im Desaster. Die Folge des Frontalangriffs auf die LebensmittelproduzentInnen und eigentlichen BündnispartnerInnen der Revolutionen, die BäuerInnen, war in beiden Ländern eine Hungersnot mit Millionen von Toten. Beide Regime setzten alle Energie ein, um die Stadtbevölkerung und privilegierten Gruppen durch gewaltsame Requirierungen des Getreides der BäuerInnen zu retten. Die Macht konnten die Kommunistischen Parteien zwar halten, doch Zugeständnisse an die BäuerInnen wurden unabwendbar. Die Volkskommune von 1961 in China besaß wieder Parzellen zur privaten Nutzung und baute auf den traditionellen Dorfstrukturen auf. Nie wieder versuchte Mao diese Ordnung anzugreifen und zu höheren Eigentumsformen überzugehen. In Russland musste die NÖP eingeführt werden, damit die Bolschewiki nicht von den „grünen“ Aufständen gestürzt wurden. Selbst drakonische Maßnahmen konnten Schwarzmarkt und Überlebenskampf der BäuerInnen keinen Einhalt gebieten. Von der Illusion, die Menschen in Arbeitsarmeen zu organisiert und die Produktion nach militärischen Prinzipien zu leiten, mussten sich Bolschewiki und MaoistInnen verabschieden. Auch wenn die Phasen des Kriegs- und Kasernenkommunismus in Russland und China nicht lange dauerten, zerstörten sie doch grundlegend das Verhältnis von Staat und Bauernschaft. In beiden Ländern wurden diese Katastrophen nie aufgearbeitet. Lenin gab dem Bürgerkrieg die Schuld, Mao den Naturkatastrophen sowie dem Abzug der sowjetischen ExpertInnen. In der Sowjetunion führte dies dazu, dass Stalin 1929 einen erneuten kriegskommunistischen Vorstoß unternahm, der zu einer noch größeren Hungersnot führte. Bei der weiteren Aufarbeitung der Niederlage des Sozialismus könnte sich der Fokus auf den „Kriegskommunismus“ als fruchtbar erweisen.

e-mail: anton.pam@gmx.net

Abkürzungen:

GNN: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung

Jgyl: Jianguo yilai zhongyao wenjian xuanbian (Eine Auswahl wichtiger Dokumente seit der Staatsgründung), siehe „Literatur“: Zhonggong Zhongyang Wenxian Yanjiushi (Hrsg.) (1992-1998)

KPCh: Kommunistische Partei Chinas

Mzdwg: Jianguo yilai Mao Zedong wengao (Manuskripte und Entwürfe von Mao Zedong seit der Staatsgründung), siehe „Literatur“: Zhonggong Zhongyang Wenxian Yanjiushi (Hrsg.) (1987-1996)

Literatur:

Altrichter, Helmut (Hrsg.) (1986): Die Sowjetunion – Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, zwei Bände, dtv, München.

Bettelheim, Charles (1975): Klassenkämpfe in der UdSSR 1917-1923, Band 1, Oberbaumverlag, Berlin (W).

Figes, Orlando (1998): Die Tragödie eines Volkes – Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin Verlag, Berlin.

Gao, Hua (1998): Dayuejin yundong yu guojia quanli de kuozhang: yi Jiangsu Sheng wei li (Die Bewegung des Großen Sprungs nach vorne und die Ausdehnung der Macht des Staates am Beispiel der Provinz Jiangsu), in: Ershiyi Shiji, Nr. 48, http://www.chinafamine.org/famine/Research/gaohua02.html (Stand 1.11.03).

GNN (Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung) (Hrsg.) (1988): Volksrepublik China - Antiimperialismus, Sozialismus, Kulturrevolution, Köln.

Jiang, Pei / Zhou, Dexi / Shen, Jiuquan (1998): Lao xinwen 1959-1961 (Alte Nachrichten), Tianjin.

Kritzmann, Leo N. (1971): Die heroische Periode der großen russischen Revolution, Verlag Neue Kritik, Frankfurt (M).

Kommunistischer Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten) (Hrsg.) (1972): Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang, Tübingen. (KAP)

Lenin, W.I.: Gesammelte Werke, Berlin (Ost).

ders. (1984): Ausgewählte Werke in drei Bänden, Berlin (Ost).

Li, Rui (1999): „Dayueyin“ qinshiji (Der „Große Sprung nach vorne“ – Erlebte Geschichte), zwei Bände, Haikou.

Martin, Helmut (Hrsg.) (1982): Mao Zedong - Texte, sieben Bände, München.

Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke, Berlin (Ost).

Mao Zedong (1968): Ausgewählte Werke, Peking.

Pipes, Richard (1992/1993): Die russische Revolution, Band 2 und 3, Berlin.

Preobrazenskij, E. (1971): Die neue Ökonomik, Verlag neuer Kurs, Berlin (West).

Schurmann, Franz (1968): Ideology and Organization in Communist China, second Edition, University of California Press, Berkeley.

Stalin, Josef (1950): Gesammelte Werke, 13 Bände, Berlin (Ost).

Trotzki, Leo (1920): Terrorismus und Kommunismus – Anti-Kautsky, Nachdruck Olle und Wolter, Berlin.

ders. (1979): Die verratene Revolution – Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Dortmund.

Walker, Kenneth R. (1984): Food Grain Procurement and Consumption in China, Cambridge.

Wu, Ren (1958): Renmin gongshe yu gongchanzhuyi (Die Volkskommunen und der Kommunismus), Beijing.

Wu, Zhipu (1958): Lun Renmin gongshe (Über die Volkskommune), in: Xuanchuan Jianbao, 25.8.1958.

Zhonggong Zhongyang Wenxian Yanjiushi (Forschungsbüro des ZK der KPCh für Dokumente) (Hrsg.) (1987-1996): Jianguo yilai Mao Zedong wengao (Mansukripte und Entwurfe von Mao Zedong seit der Staatsgründung), Beijing.

ders.(Forschungsbüro des ZK der KPCh für Dokumente) (Hrsg.) (1992-1998): Jianguo yilai zhongyao wenjian xuanbian (Eine Auswahl wichtiger Dokumente seit der Staatsgründung), Beijing.

Anmerkung:

1 Im „Manifest“ hießen zwei Forderungen der Kommunisten: „8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau. 9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.“ (Marx/Engels, Band 4, S.481).

Karl Reitter

Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft

Eine andere Welt ist möglich – aber wie soll sie aussehen? In diesem Artikel, der auch als Fortsetzung meiner Arbeit „Grundeinkommen jetzt!" (grundrisse 12) gelesen werden kann, möchte ich begründen, warum auch in einer nachkapitalistischen Gesellschaft das Grundeinkommen als unabdingbares Recht eingeführt werden sollte. Wenn das Grundeinkommen in erster Linie keine Methode der Armutsbekämpfung darstellt, sondern vor allem mehr Freiheit bewirken soll, dann muss dieses Prinzip in einer nachkapitalistischen Gesellschaft um so mehr gelten. So manche mögen nun einwenden, warum der Umweg über das Grundeinkommen, warum nicht gleich Sozialismus auf die Fahnen schreiben? Dieser sehr summarische Streifzug durch Theorie und Praxis nachkapitalistischer Gesellschaften soll jedoch zeigen, dass wir heute über keinerlei Modell verfügen, das wir als klares Ziel formulieren können. Umgekehrt: Wir können auf Grund der historischen Erfahrungen bestimmte Konzepte als nicht emanzipatorisch ausschließen. Das Grundeinkommen kann kein Ersatz für die gescheiterten staatsplanwirtschaftlichen Modelle sein, und löst auch keineswegs die Probleme einer zukünftig möglichen sozialistischen Gesellschaft. Es könnte jedoch eine der neuen Institutionen werden, die die konkrete Emanzipation zugleich ausdrücken wie ermöglichen.

Marx: Verteilung beruht im Sozialismus auf ökonomischen Größen

Die kurze Schrift. „Zur Kritik des Gothaer Programms" zählt wohl zu dem am breitesten rezipierten Arbeiten von Marx. Seine dort getroffene Unterscheidung zwischen einer *„ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft"*, die noch durch Missstände und begrenztes bürgerliches Recht gekennzeichnet sein soll, und einer *„höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft"*, in der alle Mängel überwunden sein sollen und die *„auf ihre Fahne schreiben [kann]: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"* (MEW 19; 21), wurde unzählige Male interpretiert und wiederholt. Marx geht davon aus, dass in der ersten Phase das bürgerliche Recht noch in Geltung sein wird. Recht sei, so Marx, per definitionem gleiches Recht für ungleiche Menschen und er schlussfolgert: *„Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht."* (MEW 19; 21) Daraus zu folgern, das Weiterbestehen des bürgerlichen Rechtes sei ausschließlich als Mangel zu verstehen, bedeutet, die Aussagen von Marx radikal zu verkürzen. Der entstehende Staats- und Parteimarxismus hatte an einer derartigen Fehlinterpretation höchstes Interesse. Zum einen konnte das formale, bürgerliche Recht oberflächlich als minderwertig, ja ungerecht diffamiert und der Rückfall in unmittelbare Gewalt- und Machtausübung geradezu als Überwindung des bürgerlichen Rechtshorizonts gefeiert werden. Zum anderen diente die Marxsche Rede von den unvermeidlichen Missständen während der ersten Phase oder von den Muttermalen der alten Gesellschaft als universale Entschuldigung für die krasseste Fehlpolitik. Zugleich ermöglichte die Marxsche Idee einer höheren Stufe des Sozialismus ausuferndes Schwadronieren über zukünftige Paradiese, aller-

dings nur mit dem Resultat, tatsächliche Probleme und Konflikte mit Vorgriff auf das Zukünftige zu relativieren. Wäre die Orthodoxie, allen voran Lenin, tatsächlich so texttreu und philologisch akribisch verfahren, wie sie vorgab, hätte sie folgende Passage akzeptieren oder sich direkt dazu äußern müssen, die ich hier in ganzer Länge zitieren möchte: *„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumationsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.“* (MEW 19; 20)

Durch die eigentümliche grammatikalische Form ist die Auffassung von Marx leicht zu überlesen. Marx sagt also klipp und klar: In einer sozialistischen Gesellschaft wird das Maß der Verteilung keineswegs durch politische Entscheidungen, sei es durch eine Partei, sei es demokratisch durch Räte oder ähnliches, sondern aus der geleisteten Arbeit mittels Stundenzettel bestimmt. Die individuelle Konsumation kann keine Plangröße sein, sondern resultiert aus der individuell geleisteten Arbeit. Im gesamten sogenannten orthodox-leninistischen Schrifttum und ebenso in deren damit legitimierten Praxis wurde diese Forderung, die Marx offenbar für so selbstverständlich hielt, dass er ihr die Form einfacher Aussagesätze gab, vollständig ignoriert. Damit wurde weiters ignoriert, dass Marx die Distribution auf Basis einer objektiven Rechengröße explizit als Recht formuliert. Nicht politische Entscheidung, nicht der Bezug auf einen Solidarzusammenhang, sondern eine Rechengröße als Basis eines Rechtsanspruches, so und nur so konnte Marx sich die nachkapitalistische Gesellschaft in ihrer ersten Phase denken. In keiner Phase im so genannten realen Sozialismus, sei es in der Sowjetunion, sei es in China, wurde bei der Distribution der Güter an eine messbare Größe gedacht.

Marx und die Stundenzettelökonomie

Die Thematik der Stundenzettel taucht keineswegs erst in der „Kritik des Gothaer Programms“ auf. Marx diskutiert sie ausführlich in den „Grundrissen“, aber auch im ersten Band des „Kapitals“ bezieht sich Marx auf das Konzept der Stundenzettel. Ein wenig relativiert er hier seine eigenen Aussagen, in der er mit der Wendung „nur zur Parallele mit der Warenproduktion“ einsetzt, dann konstatiert er aber recht eindeutig, dass die geleistete Arbeitszeit eine doppelte Rolle im Sozialismus spielen wird. Die Gesellschaft müsse die gesamte Verteilung der verfügbaren Arbeitszeit auf die verschiedenen Produktionszweige bestimmen, eine gesamtgesellschaftliche Arbeitszeitrechnung sei also notwendig. *„Andrerseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts.“* (MEW 23; 93) Auch im „Kapital“ sagt Marx also klar, dass in einer nachkapitalistischen Gesellschaft es ein objektives Recht auf Konsum nach Maßgabe der geleisteten Arbeitszeit – also einem objektiven Faktum – geben wird. Marx wiederholt in der „Kritik des Gothaer Programms“ also nur eine früher bereits formulierte Ansicht.

In den „Grundrissen“ steht die Thematik „Stundenzettel“ eng im Zusammenhang mit seiner Kritik an Proudhon. Proudhon, so Marx kritisch, wolle mit den Stundenzetteln die kapitalistische Produktionsweise quasi überlisten. Marxens Argumentation läuft zusammengefasst darauf hinaus, dass jene zentrale Bank, die die Stundenzettel ausgibt, im Grund die gesamte Wirtschaft planmäßig organisieren müsste, soll die auf den Stundenzettel ausgewiesene Arbeitszeit diese auch tatsächlich repräsentieren. Diese Bank *„müsste die Arbeitszeit bestimmen, in der die Waren hervorgebracht werden können, mit den Durchschnittsmitteln der Industrie, die Zeit, in der sie hervorgebracht werden müssen. (…) Sie hätte auch die Zeit zu bestimmen, in der ein gewisses Quantum Produkte hervorgebracht werden muss, und die Produzenten in solche Bedingungen zu setzen, dass ihre Arbeit gleich produktiv ist (…), sie hätte auch die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiednen Produktionszweige verwandt werden soll.“* (MEW 42; 89) Sollen die Stundenzettel funktionieren, so könne dies nur durch eine absolut zentralistische „despotische Regierung“ bewerkstelligt werden, und eine solche sei mit der kapitalistischen Produktionsweise nicht ohne weiteres vereinbar. Marx selbst fügt an seine Kritik des Konzepts von Proudhon folgenden höchst interessanten Satz an: *„In der Tat wäre sie* [die Bank, die die Stundenzettel ausgibt, K R.] *entweder die despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der*

Distribution, oder sie wäre in der Tat nichts als ein board, was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte.“ (MEW 42; 89)

Gegen das Konzept der Stundenzettelökonomie müssen einige Einwände erhoben werden. Der einfachste und unmittelbar ins Auge springende ist jener der Messbarkeit. Es muss nämlich nicht nur die individuell geleistete Arbeit, sondern auch die zur Produktion eines bestimmten Gutes geleistete Arbeitszeit bestimmt werden und beide müssen gesamtgesellschaftlich gleiche Größen ergeben, sonst kommt es zu einer de facto Ab- oder Aufwertung der Stundenzettel.[1] Sollen Stundenzettel tatsächlich funktionieren, sind *„die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiednen Produktionszweige verwandt werden“*, wobei die einzelnen Produktionsabteilungen in adäquaten Proportionen zueinander stehen müssen. Doch welche Arbeit hat Marx eigentlich im Blick, wenn er für Produktion wie Distribution Stundenzettel fordert? Es ist wohl zulässig, die durch Stundenzettel zu entlohnende Arbeit in der „Kritik des Gothaer Programms“ mit der ehemaligen Lohnarbeit der früheren kapitalistischen Ökonomie gleichzusetzen. Was sich 1875 gesellschaftlich in gewissem Grade rechtfertigen ließ, nämlich der strikte Fokus auf die offizielle Lohnarbeit, die in der Übergangsgesellschaft auf Stundenzettelbasis organisiert werden soll, ist 2005 unmöglich. Nicht zufällig habe ich im ersten Teil dieser Artikelserie das Grundeinkommen mit der Auflösung der Fabrik in die Gesellschaft, dem Aufweichen der Trennungen zwischen Arbeit und Freizeit, kurzum mit dem Verflüssigen der ehemals fordistischen Schranken und Grenzen begründet. Gerade in einer sozialistischen Gesellschaft ist jede Art von Arbeit anzuerkennen. Wenn sich Arbeit jedoch von unserer allgemeinen gesellschaftlichen Tätigkeiten wohl unterscheiden, aber nicht wirklich klar trennen lässt, wird die Bestimmung der Arbeitszeit nochmals erschwert.

Doch hinter diesen technisch anmutenden Problemen steht ein sehr fundamentales Defizit der Marxschen Sozialphilosophie. Diese Schwäche lässt sich am kürzesten durch die Formel der sachlichen Verwaltung von Sachen auf den Begriff bringen, die Marx immer wieder für eine zukünftige Gesellschaft verwendet. So spricht er, wie zitiert, von einem „board“, das für die gesamte Gesellschaft Buch führen soll. Auch im II. Band des „Kapitals“ meint er, eine nachkapitalistische Gesellschaft bedürfe bloß einer *„Buchführung als Kontrolle und ideeller Zusammenfassung“* (MEW 24; 137) der Produktion. Marx dürfte also der Ansicht gewesen sein, eine sozialistische Gesellschaft beruhe auf rein objektiv-sachlichen Grundlagen, auf jederzeit problemlos objektivierbaren Faktoren, wie etwa der geleisteten und durch Stundenzettel messbaren Arbeitszeit. Ein „Verein freier Menschen“ benötige also bloß eine buchführende Stelle, als Ort der Aufzeichnung, Kontrolle und Koordination. Ob in einer fernen Zukunft ein derartiger Zustand denkbar ist, müssen wir nicht entscheiden. Für eine unmittelbar aus dem Kapitalismus hervorgehende Gesellschaft ist dieses Konzept völlig untauglich. Damit werden die Probleme der Institutionen, der Form der Selbstreflexion der Gesellschaft über sich selbst übersprungen. Bei Marx finden wir daher ein sehr geringes Problembewusstsein und kaum Begriffe, die Konflikte und Fragen zukünftiger Gesellschaften darstellbar und diskutierbar machen.

Gesellschaftliche, politische Entscheidungen können nicht durch neutrale, sachliche Faktoren ersetzt werden. Das ist letztlich der entscheidende Einwand gegen die Stundenzettelökonomie. (Schon die Frage, ob jede Arbeit gleich bewertet werden kann oder ob für eine Übergangsphase verschiedenen Tätigkeiten Stundenzettel in verschiedener Höhe zugeordnet werden müssen, da, wie Marx unmissverständlich feststellt, die einzelnen Arbeiten unterschiedlich produktiv sind, stellt die strikte Sachlichkeit der Messung in Frage.) Zugleich ist die Perspektive, aus der Marx das Konsumationsrecht entwickelt, allen späteren Praxen des Staats- und Parteimarxismus vorzuziehen. Marx geht bei der Bestimmung der Konsumation vom Individuum und seinen geleisteten Stunden aus. Das heißt, er geht vom Individuum aus und keineswegs von den Erfordernissen des „Aufbaus des Sozialismus“, denen sich die Einzelnen unterzuordnen hätten. Damit kehrt ein Motiv aus der „Deutschen Ideologie“ wieder, in der er die Hemmung der Individualität durch die kapitalistischen Verhältnisse kritisiert und die Durchsetzung der Persönlichkeit als ein wesentliches Ziel der gesellschaftlichen Umwälzung angibt. (Vergl. MEW 3; 77)

Das Ausmaß der individuellen Konsumation wäre, so Marx, durch bürgerliches Recht zu sichern, das in dieser Phase nicht überwunden werden kann. Wenn wir das Konzept der Stundenzettel ablehnen, dann stellt sich die Frage, wodurch können sie ersetzt werden? Eine mögliche Antwort ist das Grundeinkommen in maximal möglicher Höhe. Während die Stundenzettel auf einer scheinbaren Objektivität beruhen, besteht kein Zweifel, dass das Grundeinkommen, als Institution selbst und ebenso in seiner Höhe, einer gesellschaftlichen Willensentscheidung bedarf. Zugleich kann es nur in Rechtsform verwirklicht werden.

Das Grundeinkommen kann sich nicht aus Marktverhältnissen entwickeln. Es muss bewusst politisch institutionalisiert werden. Es wäre also

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

IDEEN FÜR GROSSE TREFFEN Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben ... Praktisch angewendet · Gegenentwürfe: Netzwerke und Bündnisse »von unten« · Bausteine für hierarchiefreie und kreative Treffen: Kollektives Brainstorming und Tuschelrunden als Start · Große Treffen als offene Räume: Horizontalität, Kommunikation, gleichberechtigte Zugänge · Grundzüge herrschaftsfreier Organisierung auf größeren Treffen: Autonomie vieler selbstorganisierter Bereiche · Sozialforen: Chance zur Umsetzung · Bausteine für Transparenz und Dominanzabbau: Thematische Anlaufpunkte **ZENTREN** Kesselberg: Ein Projekt als Experiment **ATOMWAFFEN** Flugblatt gefährdet Sicherheit der Bundesrepublik? – Fahnenflucht vor der eigenen Profession **POLITISCHE KOMMUNEN** Erwerbsarbeit und andere Tätigkeiten bei der Bremer Stadtkommune Alla Hopp **1-EURO-JOBS** Mogelpackung Job-Wunder **CD** Ein Lied geht um die Welt: Das Moorsoldatenlied **SEKTEN** »Universelles Leben« mischt in der Naturkost- und Tierrechtsszene mit **KLASSE GEGEN KLASSE** Garantiertes Grundeinkommen jetzt! **u.v.m.**

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

durchaus vorstellbar, dass für eine Übergansphase beides nebeneinander existiert: einerseits noch die Lohnform, die jedoch in dem Maße relativiert wird, in dem das Grundeinkommen erhöht wird, andererseits eben das Grundeinkommen, dass den Warenstatus der Arbeitskraft überwindet und allen ein unmittelbares Recht einräumt, in einem bestimmten Ausmaß individuell zu konsumieren. Während die Lohnform den noch weiterbestehenden Warenverhältnisse entspricht, anerkennt das Grundeinkommen die allgemeine gesellschaftliche Existenz des Menschen und seinen nicht messbaren Beitrag zur Gesellschaft.

Der Prozeß der Emanzipation, und daran lässt Marx keinen Zweifel, muss selbstverständlich bereits im Kapitalismus beginnen. Die Elemente der neuen Gesellschaft müssen bereits in der alten entstehen. Im Gegensatz zur Stundenzettelökonomie, die, soweit ich sehe, aktuell von niemandem favorisiert wird, wird das Grundeinkommen von den verschiedensten Kräften eingefordert. Das Bedürfnis, den Kapitalismus zu überwinden, kann nur die Kehrseite des Bedürfnisses sein, die Elemente der Emanzipation und Befreiung, die immer auch die eigene Veränderung mit einschliesst, auszubauen, weiterzuführen und zu verstärken. Emanzipatorische Transformation ist Prozeß in der Zeit.

Staatsplanwirtschaft – Weichenstellung bei Engels

Die Schrift „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, besser bekannt als „Anti-Dühring“, stellt einen der meistverbreiteten Texte von Engels dar. Diese Arbeit kann als Rezeptbuch für alle Fragen, Gesellschaft, Ökonomie, Wissenschaft, Politik und Revolution betreffend, gelesen werden. In der Tat bietet uns Engels eine Summe von Formeln an, die bis zur Gegenwart als Grundlage des Marxismus verbreitet werden. Sehen wir uns den Text genauer an, so erkennen wir eine ganze Reihe von Brüchen, Ungereimtheiten und Unklarheiten. Aber beschäftigen wir uns erstmals mit den offiziellen Seiten dieser Arbeit.

Engels nimmt darin eine ganz entscheidende Weichenstellung vor, die ausgesprochen rezeptionswirksam war und noch immer ist. Er postuliert einen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Wertgesetz und der bewussten Planung. Das Wertgesetz, also die Tatsache, dass die Waren durchschnittlich zu ihren Werten verkauft werden, muss notwendig zu immer wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen führen. Engels spricht oftmals von der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, um das „hinter dem Rücken der Produzenten“ Wirkende zu betonen. Gewissermaßen sei die Gesellschaft dem Wertgesetz ausgeliefert. Nicht die Menschen beherr-

schen die Ökonomie, die ökonomischen Gesetze beherrschen die Menschen. Dem gegenüber setzt Engels den Plan. In einer Gesellschaft, in der die Produzenten bewusst die Ökonomie planen würden, sei dieses Verhältnis umgekehrt. Nun bestimmten nicht mehr anonyme Gesetze den Lauf und Gang der Ökonomie, sondern die bewussten Produzenten. An euphorischen Worten lässt es Engels nicht fehlen, um die geschichtliche Bedeutung dieses Gegensatzes herauszustellen: *„Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßig bewusste Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit scheidet der Mensch, in gewissem Sinne, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche.“* (MEW 20; 264) Mehr als hundert Jahre und zahllosen Erfahrungen später ist es leicht, klüger als Engels zu sein. Heute sehen wir klar, dass an dieser Konzeption alles falsch und schräg ist, was nur falsch sein kann. Zum einen sind die periodischen Wirtschaftskrisen nur ein Moment dessen, was der Kapitalismus den Menschen antut. Die Unterdrückung auch und gerade in weitgehend krisenfreien Perioden verliert Engels weitgehend aus dem Blick. Sein Krisenbegriff ist sehr äußerlich, die Universalität der Unterdrückung, die ständig in den Poren des Alltags stattfindet, tritt hinter Phänomenen wie Überproduktion, Arbeitslosigkeit und Inflation zurück. Aber vielleicht noch problematischer ist der zweite Aspekt dieses Schemas. Der Plan gewinnt quasi ontologische Weihen, er tritt genau genommen an die Stelle des Prozesses der Befreiung und Emanzipation. Ihm werden Qualitäten angedichtet, die er nicht haben kann und auch nicht hat. Nicht nur, dass im Plan die Möglichkeit der Fehlplanung liegt. Planung hat im realen Sozialismus mehrfach zu Desastern geführt. Dass dafür nicht das Wirken des Wertgesetzes die Ursache war, mag für die Betroffenen ein schwacher Trost gewesen sein. Weiters: Auch der Kapitalismus kennt selbstverständlich den Plan. Staaten planen, Konzerne planen, die EU plant, ganz Städte wurden ebenso geplant wie weltumspannende Kriege. Ich kann auf weitere Bespiele wohl verzichten.

Das Problem ist, dass in der Engelsschen Euphorie über den Plan der entscheidende Unterschied zwischen Planungen innerhalb der Gesellschaft und die Planung der Gesellschaft selbst verwischt wird. Die Vorstellung, die gesamte Gesellschaft könne umfassend geplant werden, ist nichts als ein größenwahnsinniger Alptraum. Es ist eine Sache, einen möglichst weit ausgedehnten ökonomischen Plansektor innerhalb der Gesellschaft einzuführen – und dass dies unter bestimmten Umständen durchaus gut funktioniert, hat die Geschichte bewiesen –, etwas anderes ist es zu meinen, Gesellschaft selbst sei einem intervenierendem, planenden Zugriff zugänglich. Wenn jedoch zugestanden wird, dass eine umfassende Planung der Gesellschaft unmöglich ist, ist der von Engels postulierte Gegensatz von Wertgesetz und Plan relativiert.

Bevor wir uns weiter mit Engels beschäftigen, ein kurzer Zwischenblick zum eigentlichen Thema, zum Grundeinkommen. Ob maximales Grundeinkommen oder Stundenzettelkonzept, das individuelle Recht auf Konsumation kann durch den Gegensatz von Wertgesetz und Plan gar nicht formuliert werden, es hat darin keinen Platz. Wenn wir das Konzept der umfassenden Gesellschaftsplanung als letztlich repressive Utopie zurückweisen, müssen wir sogar sagen, das Konzept der Revolution als Prozeß der Emanzipation und Befreiung hat darin keinen Platz. Ich werde im Lauf dieses Artikel noch zeigen, wie der Plan zum Fetisch wurde, mit dem die Frage nach Befreiung, ja nach der bloßen Lage der ArbeiterInnenklasse vom Tisch gefegt wurde.

Auch im Kapitalismus wird geplant, war soeben zu lesen. Das war Engels nicht nur bewusst, er baut auch eine ganze Reihe von Überlegungen auf. Tatsächlich produziert die gesamte Gesellschaft, so Engels, der Form nach findet diese Produktion jedoch privat statt. Dieser Widerspruch wächst analog zum Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft, insbesondere der großen Industrie. So versteht Engels den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Engels interpretiert nun die Marxsche Position, dass bereits im Kapitalismus die Elemente einer neuen Gesellschaft entstehen müssen, auf höchst einseitige aber sehr rezeptionswirksame Weise, an die Lenin später unmittelbar anknüpfen konnte. Es sind nicht die Momente der Kompetenz, der Befreiung, des erkämpften Freiraumes, der durch den Fortschritt der Produktion bewirkten Bildung des Proletariats, mit einem Wort, es sind nicht die sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse und Beziehungen der ArbeiterInnenklasse, an denen die Konturen einer neuen Gesellschaft sichtbar werden, sondern es ist das Faktum der Verstaatlichung großer Industrieunternehmungen. *„Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt diese Form nicht mehr: Der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muss ihre Leitung übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post Telegraphen, Eisenbahnen.“* (MEW 20; 259) Mit der Verbindung Staat – Plan ist jene Achse hergestellt, die, so meine ich entschieden, wir endgültig überwinden müssen. Auch wenn die leninistische Orientierung auf Machtergreifung plus Staatsplan kaum hegemonial ist, tritt uns diese Methodik in der sozialdemokratisch domestizierten Form entgegen. Die

Perspektive der Überwindung des Kapitalismus hat die Sozialdemokratie selbstredend aufgegeben, aber dass die verstaatlichten Sektoren der Gesellschaft „irgendwie“ den privatkapitalistischen vorzuziehen seien, das können wir heute täglich aus dem sozialdemokratischen Umfeld, insbesondere von ihren linken Flügeln, vernehmen.

Zu Ehrenrettung von Engels ist allerdings zu sagen, dass seine Position keineswegs so simpel und wasserdicht ist, wie es erscheinen mag. Zwar nur in einer Fußnote, aber immerhin verwehrt sich Engels dagegen, jede Verstaatlichung als Antizipation des Sozialismus zu interpretieren. Er unterscheidet zwischen Verstaatlichungen, die „ökonomisch unabweisbar geworden“ seien, und so genannten unechten Verstaatlichungen. *„Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten, und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt.“* (MEW 20; 259 FN) Da es Engels jedoch nicht gelingt, diesen Unterschied plausibel durchzuargumentieren, wurde diese versuchte Unterscheidung auch rasch verdrängt.[2] Ähnlich zweideutig ist seine Haltung zur Übernahme der Staatsmacht. *„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.“* (MEW 20; 261) Das steht so schwarz auf weiß und noch dazu hervorgehoben im Text. Allerdings glaubt Engels daran, dass der Staat im Moment der Machtübernahme durch das Proletariat gleichsam wie eine Silvesterrakete verglüht. Im Grunde, so Engels, wird der Staat nur für einen engen historischen Moment existieren. Er ist bloßer Durchgangspunkt der Revolution, sofort verlöschendes und verschwindendes Moment. *„Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbständiger Akt. (…) An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“* (MEW 20; 262) Während bei Marx die Tendenz vorherrscht, das Problem der Konstitution neuer gesellschaftlicher Institutionen zu überspringen oder sie durch die hoch abstrakte Formel des „Vereins freier Menschen“ zu relativieren, identifizierte Engels den Staat für einen sehr kurzen historischen Augeblick als tragende Institution der Transformation – und danach sollte der Kommunismus beginnen? Und im Gegensatz zum utopischen Sozialismus, der noch genötigt war, *„sich die Elemente einer neuen Gesellschaft aus dem Kopfe zu konstruieren“* (MEW 20; 247), vermeinte Engels, diese Elemente in der kapitalistischen Staatswirtschaft erkennen zu können.[3] Engels greift allerdings auch auf die Kritik der Arbeitsteilung zurück, die er und Marx bereits in der „Deutschen Ideologie“ entwickelt haben. *„Indem die Arbeit geteilt wird, wird auch der Mensch geteilt.“* (MEW 20; 272) Auch hier vermeint er, in der stattfindenden Entwicklung Momente der Überwindung der Arbeitsteilung zu erkennen: *„Während aber die kapitalistische Anwendungsweise der Maschinerie die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten weiter fortführen muss, trotzdem diese technisch überflüssig geworden, rebelliert die Maschinerie selbst gegen diesen Anachronismus.“* (MEW 20; 274) Allerdings steht das Thema der Arbeitsteilung recht zusammenhanglos neben dem Thema der Verstaatlichung. Das ist freilich kein Zufall, Verstaatlichung war Realität, die Überwindung der Arbeitsteilung reine Möglichkeit. Die über den Kapitalismus hinaus weisenden Tendenzen, die Engels vermeinte erkennen zu können, lagen also auf unterschiedlichen Ebenen.

Lenin als Nachfolger Engels

Lenins berühmte und viel diskutierte Imperialismusschrift interessiert uns jetzt vor allem unter den Aspekten der Fetischisierung des Plans und der Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Lage des Proletariats. Als Beschreibung des Gesichts der kapitalistischen Produktion des ausgehenden 19. Jahrhunderts ist Lenins Arbeit durchaus zutreffend, gigantische Trusts, sich bildende Monopole, die umfassende Planungen benötigten, massive Staatsplantendenzen, alle diese Phänomene lagen im Grunde auf der Hand – Lenin verfasste den Text 1916, also während des 1. Weltkrieges. Lenin gibt nämlich der marxschen These, die Elemente der neuen Gesellschaft müssten in der alten entstehen, ansonsten *„wären alle Sprengversuche Donquichoterie“* (MEW 42; 93) eine ganz entscheidende Wendung, die bis heute das Verständnis vieler Linker mitbestimmt. Plan, Verstaatlichung und Monopole sollen bereits objektiv nachkapitalistische Verhältnisse antizipieren. *„Die Konkurrenz wandelt sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion.“* (Lenin AW I/783) Anstatt angesichts der massiven Verknüpfung von Monopolen, Staat und Planung, auf deren Basis die imperialistischen Mächte die Massen in den Krieg hetzen, Zweifel zu bekommen, ob hinter der Fratze der imperialistischen Kriegswirtschaft (die natürlich nur einer Weiterführung der Friedenswirtschaft war) sich tatsächlich das liebliche Gesicht des Sozialismus verbergen konnte, eliminierte Lenin Themen wie die mögliche Überwindung der Arbeitsteilung durch die Entwicklung der Industrie völlig. Was bei Engels noch in Schwebe war, wurde einseitig gelöst. Mit keiner einzigen Zeile geht Lenin in seiner Imperialismusschrift auf die Frage ein, ob und inwieweit die Monopolphase die reale Lage des Proletariats verändert hätte. Vergrößert

oder vermindert das Monopol (um bei der Terminologie Lenins zu bleiben) die Kompetenzen, die Fähigkeiten, das Selbstbewusstsein, kurzum die realen sozialen Beziehungen innerhalb und außerhalb der Produktionssphäre? Stiegen oder sanken durch das Monopol die Chancen für die Überwindung der Arbeitsteilung? Und wie verändert das Monopol das Geschlechterverhältnis, ein Thema, das dem viel gescholtenen Engels immerhin stets wichtig war?

Lenin ignorierte solche Fragestellungen nicht nur. Im Gegenteil, er erklärte die Selbstbefreiung des Proletariats für eine schiere Unmöglichkeit. Dass sich das Proletariat durch sein Streben nach Befreiung und nach Emanzipation aus der kapitalistischen Verwertungsmühle selbst befreien könnte, war für Lenin undenkbar. Die These von der Unfähigkeit zur Selbstemanzipation formulierte Lenin schon sehr früh, spätestens 1902 in der Schrift „Was Tun?". Die Begründung erfolgt auf mehren Ebenen; einerseits argumentiert Lenin mit der besonderen Situation in Russland, andererseits meint er, sehr allgemeine Überlegungen sprächen für sein Konzept einer Organisation von Berufsrevolutionären. Als konjunkturelle Faktoren führt Lenin das Zirkelwesen[4] sowie die Illegalität[5] an. Prinzipieller ist das Argument der Bildungskluft zwischen ArbeiterInnen und Mittelschicht. Auf der empirisch-soziologischen Ebene war es sicher richtig, dass um die Jahrhundertwende Bildung ein Privileg der bürgerlichen Schichten war, erst im Postfordismus beginnen diese Grenzen zu verschwimmen. So simpel soziologisch das Faktum auch war, so simpel führt es Lenin auch an: *„Der Träger der Wissenschaft ist aber nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche Intelligenz, in einzelnen Mitgliedern dieser Schicht ist auch der moderne Sozialismus entstanden und durch sie erst geistig hervorragenden Proletariern mitgeteilt worden, die ihn dann in den Klassenkampf des Proletariats hineintragen, wo die Verhältnisse es gestatten."* (Lenin AW 1; 174) Diese Worte sind von Kautzky und Lenin zitiert sie mit Begeisterung. Zwischen diesem Faktum und dem eigentlichen, oftmals zitierten, berühmten Argument: *„Wir haben gesagt, dass die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewusstsein gar nicht haben können. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden."*[6] (Lenin AW 1; 166), klafft freilich eine gigantische Lücke. Nur durch eine mehrstufige Ableitung wird ein Zusammenhang erkennbar. Lenin übernimmt zum einen die szientistischen (wissenschaftsgläubigen) Tendenzen bei Marx und kappt jedes Verhältnis zwischen realer, gesellschaftlicher Lage und geistiger Orientierung. Wissenschaftliche Erkenntnisse könnten nur über die Kanäle der Wissenschaft weitergegeben werden. Die Wissenschaft wiederum könne nicht den Erfahrungen im Alltag, der Klassenauseinandersetzung entspringen, noch mehr, auch die Reflexion und Verarbeitung von Erfahrungen führe nur in die Sackgasse des „trade-unionistischen Bewusstseins." Inwieweit bereitet bürgerliche Bildung den Boden für die Ausbreitung und Aufnahme marxistischer Analysen? Gerade die Leninisten wurden niemals müde, den prinzipiell „idealistischen" Charakter der bürgerlichen Wissenschaft herauszustreichen. Stalin zog die Schraube noch ein wenig mehr an: Bürgerliche und proletarische Ideologie, das sei ein unversöhnlicher Widerspruch, wurde hinausposaunt. Gerde im leninistischen Denksystem muss es unbegreiflich bleiben, wieso idealistische, bürgerliche Bildung und Ideologie besonders zur Rezeption des Marxismus prädestinieren müsse. Ein systematisches Argument ist in „Was Tun?" auch nicht zu finden. Es sei eben so. Sowohl in Deutschland als auch in Russland, die MarxistInnen entstammten eben soziologisch gesehen der bürgerlichen Intelligenz und nicht dem Proletariat.[7] Wie dünn die Suppe ist, zeigt auch das Argument, warum das Proletariat, von der Avantgardepartei allein gelassen, nicht aus dem bürgerlichen Bewusstsein herausfinden könne. Adorno- und Lukacs-LeserInnen würden wohl einen Hinweis auf das Fetisch-Kapitel im Kapital, oder auf das Faktum der Verkehrung der tatsächlichen Sachverhalte durch die Preis- und Profitform erwarten. Für Lenin ist die Sache freilich etwas einfacher: *„Warum aber, wird der Leser fragen, führt die spontane Bewegung, die Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstandes, gerade zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grund, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, wie sie vielseitiger entwikkelt ist, weil sie über unvergleichlich mehr Mittel der Verbreitung verfügt."* (Lenin AW 1; 176)

Dass die Zentralisation und teilweise Verstaatlichung der Produktion sozialistische Verhältnisse vorwegnähme, hat bereits Engels formuliert. Lenin baut diesen Gedanken in seiner Imperialismusschrift systematisch aus. Durch seine Parteitheorie erfährt diese Konstruktion eine bedeutende Verschiebung, denn plötzlich wird die Macht zu einem ganz entscheidenden Faktor. Bei Marx ist Macht und Gewalt eine notwendige und unvermeidliche Begleiterscheinung gesellschaftlicher Umwälzungen. Bei Lenin verändert sich diese Sichtweise vollkommen, Machtausübung gewinnt einen unmittelbaren Klassenindex. Denn die Partei der Berufsrevolutionäre, die die ArbeiterInnenmassen aufzuklären haben, will nicht bloß Avantgarde im Wortsinne des Voranschreitens einer Vorhut sein. Sie will im Grunde das politisch handelnde und intervenierende Proletariat selbst sein und dazu bedarf sie der Macht. In Form der Partei betritt das Proletariat die gesellschaftliche Bühne. Die

Nutzanwendung der Hegelschen Kategorien des „an sich“ (das existierende Proletariat) und „für sich“ (die Partei) lag natürlich auf der Hand.[8]

Von diesem Selbstverständnis ausgehend kann Lenin die Vorwürfe, die Bolschewiki würden statt der Diktatur des Proletariats eine Diktatur über das Proletariat errichten, nicht einmal wirklich verstehen. *„Schon allein die Fragestellung, Diktatur der Partei oder Diktatur der Klasse? – Diktatur (Partei) der Führer oder Diktatur (Partei) der Massen?, zeugt von einer ganz unglaublichen und uferlosen Begriffsverwirrung.“* (Lenin GW 31; 26) Da Lenin nicht einmal im Traum am Repräsentationsprinzip zweifelt[9] – irgendwer muss das Proletariat repräsentieren; es muss sich in irgendeiner Kraft artikulieren –, interpretiert er diese Kritik wiederum im Sinne seiner Parteitheorie. Wer die Bolschewiki der Diktatur über die Klasse bezichtigt, will in Wirklichkeit deren Stelle einnehmen, so Lenins halb ausgesprochene Schlußfolgerung, die wiederum nicht ganz von der Hand zu weisen war. Doch dieser Umstand konnte nur zur weiteren Verdeckung der Repräsentationsproblematik führen. Zudem führte Lenin einen völlig neuen Stil der Polemik und Auseinandersetzung ein. Marx und Engels behielten den Stil des linkshegelianischen Nachfolgestreits bei. Letztlich galt es nachzuweisen, dass der andere ein Wirrkopf und seine Ausführungen weitgehend undurchdacht seien. Lenin hingegen zielt auf Verurteilung ab, der andere ist nicht nur dumm, er ist schuldig.

Manche werden nun bemerken, wir sind recht weit vom Thema abgewichen. Anstatt über das Grundeinkommen oder das Konzept der Stundenzettel zu schreiben, skizziere ich einige grundlegende Elemente der Leninschen Konzeptionen. Nun, genau darin liegt das Problem. Als die Bolschewiki nach 1917 tatsächlich die Macht errangen, war weder von der Selbstverständlichkeit objektiver bürgerlicher Rechtsansprüche des Proletariats auf Einkommen die Rede, noch von der doppelten Funktion der realen Arbeitszeit, wie Marx es mehrmals angedacht hatte. *„Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt.“* So dachte sich Marx die Wirklichkeit in einer sozialistischen Gesellschaft, zumindest während ihrer ersten Phase. Von dieser Gleichheit des Gebens und Nehmens als verbrieftes Recht konnte 1917 und in den Folgejahren keine Rede sein.

Pragmatik der Machterhaltung

Auch wenn es uns die Legenden der Orthodoxie anders berichten, die zumeist aus jahrelangem Exil zurückgekehrten bolschewistischen Kader waren natürlich nach der Machtergreifung völlig überfordert. Die unmittelbare Lage nach dem Oktober 1917 dürfte wohl bekannt sein: ein beginnender Bürgerkrieg, eine praktisch zum Stillstand gekommene schwache Industrie, ein schmales, durch Entbehrungen und Hunger geschwächtes Proletariat, eine gigantische, schwankende Bauernschaft. War es wirklich verwunderlich, dass die mit dem Grundeinkommen in Zusammenhang stehenden Themen zumindest in der offiziellen bolschewistischen Debatte keinen Platz hatten, da es erstmals ums politische Überleben ging? Selbst die Gegenüberstellung von Plan und Wertgesetz hatte für die realen politischen und ökonomischen Maßnahmen der Bolschewiki kaum eine Bedeutung. Damit ist nicht gesagt, dass es diese Diskussionen nicht gegeben hat. Angeblich gab es um 1919 und 1920 eine Debatte um ein alternatives Maß der Wirtschaftsplanung, welches das Geld ersetzen sollte. Eine unmittelbare Verwendung von Stundenzettel wurde offenbar als nicht zielführend erachtet. Nicht zufällig wissen wir von dieser Diskussion kaum etwas. Joseph Green erwähnt als beteiligte Diskutanten Chayanov, Klepikov, Shmelev und Strumilin[10], doch nur hoch spezialisierten HistorikerInnen werden diese Namen etwas sagen. Wäre Lenin auf diese Diskussion eingegangen, wäre sie durchaus bekannt. Aber offenbar hat sie ihn kaum interessiert.

Lenins Charakter zeigt einen Zug, der durchaus schätzenswert ist, er beschönigte niemals die realen Verhältnisse und zögerte nicht, Probleme zuzugeben. Wer die Schriften Lenins nach 1917 aufmerksam liest, wird erkennen, dass er die Frage, was denn am nachrevolutionären Rußland eigentlich sozialistisch sei, sehr offen und klar beantwortet: Nichts, abgesehen von der Macht der Partei! Das sozialistische Element gründe letztlich allein im festen Willen, den Sozialismus aufzubauen. *„Kein einziger Kommunist hat wohl auch bestritten, dass die Bezeichnung ‚Sozialistische Sowjetrepublik‘ die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, dass die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden.“*[11] (Lenin GW 32; 342) Aufbau des Sozialismus bedeutete praktisch Aufbau einer Staatsplanwirtschaft, die Lenin wiederum recht offen als Staatskapitalismus bezeichnet. Aufbau einer industriellen Staatsplanwirtschaft und Erhaltung der Staatsmacht angesichts von Bürgerkrieg, Unruhen und Aufständen, diese beiden miteinander verflochtenen Themen kennzeichnen primär die theoretischen, auf die Situation in Russland selbst bezogenen Überlegungen Lenins. Lenin verstand es offenbar sehr gut einzuschätzen, wann Diskussion und Annahme von Kritik, wann hingegen offene Repression angesagt sei. Ein berühmtes Beispiel ist die sogenannte Gewerkschaftsfrage. Trotzki plädierte für die rasche Umwandlung der Gewerkschaft in eine Arbeitsarmee und die

Militarisierung der Arbeit. Umgekehrt vertrat die so genannte Arbeiteropposition die Notwendigkeit des Weiterbestehens unabhängiger Gewerkschaften. Lenin entschied sich in diesem Falle für eine sanfte Gangart. Selbst der Staat habe durchaus noch bürgerlichen Charakter und zeige bürokratische Züge: *„Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, dass das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muss, wir aber müssen diese Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen.“* (Lenin GW 32; 7) Aber letztlich war das imaginäre Proletariat in Form der Partei dem realen Proletariat vorzuziehen. Bereits in Juli 1919 wurde den ArbeiterInnen der Ortswechsel in Russland verboten und damit jener Freiraum, den die Revolution geschaffen hatte, wieder zurückgenommen. *„Da ein großer Teil der Arbeiter auf der Suche nach besseren Lebensverhältnissen, nicht selten auch zu Spekulationszwecken, die Betriebe eigenmächtig verlässt und von Ort zu Ort zieht (…) erklärt der Parteitag für eine der dringendsten Aufgaben der Sowjetmacht und der Gewerkschaftsorganisationen, den planmäßigen, hartnäckigen, rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeiterdesertion, insbesondere durch Veröffentlichung von Deserteur-Straflisten, durch Bildung von Strafarbeiterkolonien aus Deserteuren und endlich durch Einsperren in Konzentrationslager.“* (Lenin GW 25; 670, zitiert nach Bettelheim 1974) Der weitere Verlauf der Geschichte ist bekannt, nach und nach wurde die Schraube immer mehr angezogen, bis schließlich unter Stalin das russische Proletariat immer brutaler ausgebeutet und ausgepresst wurde.

Fetische: Plan und Wertgesetz

Mit etwas ironischem Augenzwinkern könnte gesagt werden, der eigentliche Begründer des Trotzkismus sei Eugen Preobraschenski gewesen. Ohne es tatsächlich zu wollen, legte er in seiner 1926 verfassten Schrift „Die neuen Ökonomik“ die Grundlage für die Fetischisierung der Staatsplanwirtschaft, die Trotzki später zu seiner Theorie des deformierten Arbeiterstaates ausbauen sollte. Prinzipiell fügte sich diese Arbeit völlig in das von Lenin formulierte Paradigma: Aufbau des Sozialismus und Festigung der Parteiherrschaft erfordere den raschen Aufbau einer potenten Staatsindustrie, die nach der Revolution fast vollkommen zum Erliegen gekommen war. Preobraschenskis Buch ist zum einen bloß ein Vorschlag für eine Staats- und Parteispitze, die Staatsindustrie entschlossen zwischen Landwirtschaft und Weltmarkt zu positionieren und durch Abschöpfung des Mehrprodukts systematisch diesen Staatsplansektor auszubauen. 1926 zeichnete sich aber bereits die kommende Niederlage der Linksopposition klar ab. Preobraschenski reagierte mit einer objektiven Bewertung des Staatsplansektors, dessen an sich fortschrittlicher Charakter nicht mehr an die Politik der Führung gekoppelt wurde, schließlich hieß der Vorsitzende 1926 schon länger Stalin. Wenn die Staatswirtschaft bereits im Kapitalismus objektiv den Sozialismus vorbereite, um so mehr müsse das für einen Staatssektor gelten, den erst die Revolution geschaffen habe, der Staatsplansektor sei *„historisch gesehen die Fortsetzung und Vertiefung der Monopoltendenzen des Kapitalismus“*. (Preobraschenski 1971; 181) Die grundlegende Aufhebung des Wertgesetzes argumentiert der Autor mit der politischen Möglichkeit, einerseits die Bauern- und Kleinwirtschaft vom Weltmarkt abzuschneiden, um Preisdifferenzen auszunutzen, und vor allem mit der kostenlosen Aneignung eines Teiles des landwirtschaftlichen Produktes. Gelte umgekehrt das Wertgesetz, könne die ursprünglich sozialistische Akkumulation nicht vor sich gehen, die er folgendermaßen definiert: *„Ursprüngliche sozialistische Akkumulation andererseits ist die Akkumulation materieller Hilfsquellen in den Händen des Staates, aus Quellen, die teilweise oder hauptsächlich außerhalb der Staatswirtschaft liegen.“* (Preobraschenski 1971; 108) Es ist zwar nicht falsch, wenn er die Wirtschaft der imperialistischen Staaten während des 1. Weltkrieges wie Lenin folgendermaßen charakterisiert: *„Die Produktion, die formal Warenproduktion blieb, wurde de facto in den wichtigsten Industriezweigen zur geplanten Produktion. Die freie Konkurrenz wurde abgeschafft, und die Wirkung des Wertgesetzes wurde beinahe vollständig durch das Planungsprinzip des Staatskapitalismus ersetzt.“* (Preobraschenski 1971; 196) Da er offenbar das Planungsprinzip als solches als sozialistisches Element missversteht, rechtfertigt sich der Begriff Fetischismus. Damit soll auch die geradezu scholastische Diskussion relativiert werden, die bis in die 70er Jahre hinein innerhalb der Linken über den „Klassencharakter“ der



Sowjetunion auf Basis Wertgesetz oder Plan geführt wurde. Ein genauerer Blick auf seine Arbeit zeigt zahlreiche Unsicherheiten bezüglich dieser Fragen. Welche Rolle spielt der ökonomische Druck der Weltwirtschaft und der Landwirtschaft auf die Staatswirtschaft? Ist der Rubel bloße Verrechnungsgröße oder doch Geld? So meint Preobraschenski zur Frage, ob *„in der staatlichen Industrie Mehrwert oder Mehrprodukt existiert"*, dies sei *„eine harte Nuß"* und keineswegs einfach zu beantworten. (Preobraschenski 1971; 234) Ich vertrete überdies die These, dass die Debatte um Ausmaß der Geltung des Wertgesetztes in der Sowjetunion in dem Maße einsetzte, in dem die Zweifel am sozialistischen Charakter unabweisbar wurden.

Preobraschenski schrieb also aus der Situation der Opposition gegen das damalige Führungsduo Stalin - Bucharin. Schon diese Konstellation musste dazu führen, *„die Entschlossenheit der Sowjetmacht (…), den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen"*, zu relativieren und das objektive Bestehen der Staatswirtschaft aufzuwerten. Die vernichtende Niederlage im Fraktionskampf, die nachfolgenden Moskauer Prozesse veranlassten Trotzki, diese Sichtweise noch zu verschärfen. In seiner zentralen Kritik am Stalinismus, im Buch „Verratene Revolution", schildert Trotzki die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der russischen ArbeiterInnen in den glühendsten Farben, was ihn jedoch keineswegs daran hindert, die Sowjetunion als historischen Fortschritt zu preisen. Seine Argumentation ist im Grund sehr einfach: Die Staatsplanwirtschaft stellt prinzipiell den Modus einer sozialistischen Vergesellschaftung dar. Auch wenn die herrschende Bürokratie die ArbeiterInnen ausbeute und völlig entrechte, ist die Bürokratie auf diesen Staatsplansektor angewiesen. Sie kann die Staatsplanwirtschaft nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben. *„Sie ist gezwungen, das Staatseigentum als Quelle ihrer Macht und ihrer Einkünfte zu verteidigen. Von dieser Seite ihres Wirkens her bleibt sie immer noch ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats."* (Trotzki 1979; 243) Auf das Thema des Wertgesetzes und des Ausmaßes seiner Überwindung geht Trotzki kaum ein, offenbar waren solche Fragen nicht seine Stärke und er zu einer systematischen Bearbeitung gar nicht in der Lage. Seine diesbezügliche Aussagen sind unausgereift und widersprüchlich. So behauptet er, dass gerade angesichts der Verstaatlichung der Produktionsmittel *„die elementaren Funktionen des Geldes als Wertmesser, Tausch- und Zahlungsmittel nicht nur erhalten [bleiben], sondern bekommen auch ein viel breiteres Wirkungsfeld als unter dem Kapitalismus"*. (Trotzki 1979; 68) Doch Wert ist ja nur eine scheinbare Dingeigenschaft und reflektiert letztlich ein Klassenverhältnis. Wie passt also die Existenz des Werts zur These, die Sowjetunion sei keine Klassengesellschaft, sondern bloß von einer Bürokratie beherrscht? An anderer Stelle fordert er die Einführung des Goldrubels zur Bekämpfung der Inflation. Kurz gesagt: Die Frage, inwieweit die Sowjetwirtschaft durch den Wert bestimmt wird und inwieweit nicht, diskutiert Trotzki eigentlich gar nicht. Ihm genügt die Existenz einer Staatsplanwirtschaft, die durch politisches Kommando und nicht Verwertungsbedingungen geleitet wird. Ob in scheinbar rein politischen Entscheidungen sich nicht doch das Wertgesetz geltend macht – derartige Probleme werden ignoriert. Daher kann Trotzki den Begriff Staatskapitalismus auch in drei Seiten erledigen. Sein Argument ist unwiderlegbar: *„Die in der Geschichte erstmalige Konzentrierung der Produktionsmittel in den Händen des Staates wurde vom Proletariat mit der Methode der sozialen Revolution verwirklicht, und nicht vom Kapitalisten mit der Methode der staatlichen Vertrustung."* (Trotzki 1979; 241) Zweifellos, ohne Russische Revolution wäre 1936 Stalin wohl kaum an der Spitze einer Staatswirtschaft gestanden ...[12]

Kritik der Internationalen Kommunisten Hollands

1930 veröffentlichte die Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands, deren bekanntester Aktivist wohl Anton Pannekoek war, die Schrift „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung." Die Arbeit wurde vor allem von Jan Appel und Henk Canne Meijer nach längeren Diskussionen geschrieben. Der Text stellt eine rätekommunistische Kritik an der sowjetischen Staatswirtschaft dar. Interessant ist, dass die Autoren sich wortwörtlich an die Marxschen Ausführungen halten und auf Basis der Stundenzettel ein Konzept für eine Gesamtwirtschaft entwerfen. Damit ist zugleich die Stärke wie die Schwäche dieser Arbeit gegeben.

Die Stärke sehe ich in den grundlegenden Prinzipien, die sie ihren Ausführungen zu Grunde legen, die Schwäche darin, dass sie offenbar meinen, die Verwirklichung dieser Prinzipien könne einzig und allein nur durch ihr sehr konkretes Modell und kein anderes erfolgen. Aber sehen wir uns dieses Modell ein wenig näher an.

Als Maßstab sowohl der Produktion wie auch der Distribution schlagen sie wie Marx die konkret geleisteten Arbeitsstunden vor. Die Berechnung der tatsächlich verwendeten Arbeitszeit sei kein Problem, da sie jeweils in den Betrieben von den dort Beschäftigten selbst vorgenommen werden soll. Die benötigte Arbeitsstundenzahl ergäbe sich aus der Summe der geleisteten Arbeitszeit plus jener Arbeitszeit, die zur Produktion der Maschinen und

Rohstoffen aufgewendet worden sei. (Der Unterschied zwischen Rohstoffen, die ganz, und der Maschine, die nur teilweise in den Stundenaufwand eingeht, wird sehr wohl berücksichtigt, er kann hier jedoch vernachlässigt werden.) Als nächstes gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass die Produktivität in den einzelnen Betrieben ungleich ist. Es müsse also ein Branchendurchschnitt von allen dazugehörigen Betrieben berechnet werden. Wenn also die gesamte Arbeitzeit der Schuhfabrikation, so ihr Beispiel, addiert und durch die Anzahl der Schuhe dividiert werde, erhalte die Gesellschaft eine exakte Größe, eben die Stundenanzahl, die es erfordert, ein Paar Schuhe zu produzieren. Dazu sei keine zentrale Planstelle nötig, sondern die freie Assoziation aller SchuherzeugerInnen könne dies durchaus sehr genau errechnen.

Wenn die Stundenzahlen aller Produktionsstätten zusammengerechnet würden, können also die Arbeitsstunden der gesamten Gesellschaft (etwa eines Monats) genau berechnet werden. Diese Art und Weise der Produktion bestimme nun auch die Distribution. Das Gesamtprodukt lasse sich aufgliedern in x verbrauchte Arbeitsstunden in Form von Maschinen und Rohmaterial und y zusätzlichen, in der Produktion aufgewendeten Arbeitsstunden, in Summe also x + y. Im einfachsten Falle könnten nun die Betriebe für den neuen Produktionszyklus Produkte im Ausmaß von x Arbeitsstunden aus dem Gesamtprodukt entnehmen, die ProduzentInnen Produkte im Ausmaß von y Arbeitstunden, wobei jedes Individuum tatsächlich nur so viel entnehmen kann, als es Arbeitsstunden geleistet hat. Ihr Konzept entspricht daher buchstäblich der Aussagen von Marx im Kritik des Gothaer Programms: *„Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht das selbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.“* (MEW 19; 20) Klarerweise ist durch dieses Recht die Arbeitskraft keine Ware mehr. Komplexer wird dieses Modell, wenn zwei weitere Faktoren hinzutreten. Erstens müssten die *„ökonomischen Kongresse der Betriebsräte“* (GIK 78) einen Akkumulationsfonds bestimmen, der aus der je individuellen Konsumation abgezogen und den Betriebsmitteln zugeschlagen werde. Zweitens gäbe es Betriebe, die kein unmittelbar messbares und verteilbares Produkt herstellen würde. Als Beispiel nennen sie das Schulwesen, die Krankenpflege, weiters allgemeine kulturelle und soziale Einrichtungen. Diese AGA-Betriebe (Betriebe für allgemein gesellschaftliche Arbeit) müssten das Recht haben, aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt das zu entnehmen, was sie eben benötigen würden. Das tatsächlich individuell zur Verteilung gelangende Produkt würde sich also aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt, abzüglich der Größen für Reproduktion, Akkumulation und die Aufwendungen der AGA-Betriebe, errechnen und sich letztlich in einem Abwertungsquotienten der individuell geleisteten Arbeitsstunde manifestieren. Auch dieses Abzugsverfahren formulierte Marx recht detailliert in der Kritik des Gothaer Programms.[13]

Um ihr Modell etwas plastischer darzustellen, noch einige Erläuterungen zum Modus der betrieblichen wie individuellen Konsumation in ihrem Modell. Einheit und zentraler Knotenpunkt ist der Betrieb: *„Das Geheimnis ist, dass jeder Betrieb – geleitet und verwaltet von seiner Betriebsorganisation – als selbständige Einheit auftritt, gerade wie im Kapitalismus.“* (GIK 49) Die Betriebe errechnen einerseits die Stundenmasse ihres Gesamtprodukts, andererseits können sie von anderen Produktionseinheiten nur Güter in jenem Ausmaß beziehen, das sich aus der oben skizzierten komplexen Berechnung (Betriebsprodukt minus individuelle Konsumption, minus Anteil für die AGA-Betriebe, plus Akkumulationsfaktor) ergibt. Eine gesamtgesellschaftliche Berechnung ist dazu unbedingt notwendig. Die Arbeitszeitmengen werden jeweils auf Konten aufgezeichnet. *„Das kommunistische Betriebsleben kennt keinen Geldverkehr und keinen Markt, es leitet den Strom der Verrechnungen durch das Girokonto.“* (GIK 103) Diese Verrechnungsmethode würde andere ökonomische Einheiten, die noch außerhalb dieses Zusammenhanges arbeiten würden, dazu zwingen, sich dem Modell anzuschließen. Denn, so die Autoren, Güter könnten nur dann von Betrieben angefordert werden, wenn sich die ökonomische Einheit der Arbeitszeitberechnung unterwerfen würde. Den Individuen hingegen wären Stundenzettel zu übergeben, in dessen Ausmaß sie Güter und Dienstleistungen konsumieren könnten.

Soweit, in aller gröbsten Zügen, das positive Resultat ihrer Kritik an der stalinistischen Staatsplanwirtschaft. Bevor ich auf einige Schwächen und Probleme zu sprechen komme, einige mir sehr positiv erscheinende Momente: Den Holländischen Linkskommunisten war offenbar völlig klar, dass Plan, Staatsplanwirtschaft und Ausschaltung des Wertgesetzes keinerlei emanzipatorischen Eigenwert besitzen. Das kann ich nur mehrmals unterstreichen. Es kann nur um die tatsächliche Verfügungsmacht der ProduzentInnen über die Produktionsmittel und das Arbeitsprodukt gehen. Die konkreten Arbeitstunden erfüllen diese Bedingungen. Nur weil sie – so zumindest die Annahme von Marx und den Internationalen Kommunisten Hollands – streng objektivierbar sind, kann ein Rechtsdiskurs geführt werden, das

heißt unter anderem die Frage aufgeworfen werden, ob ein Fall von Betrug und Fälschung vorliegt.

Eine Schwäche sehe ich im Zuschnitt auf eine industriell fordistische Gesellschaft, in der mittlere und große Industriebetriebe das Zentrum der Ökonomie bilden; ein Fokus, der 1930 wohl nicht falsch war, sich gegenwärtig jedoch anders darstellt. Ihrem Modell liegt eine klar erkennbare Trennung zwischen der Arbeits- und der Privatsphäre zu Grunde. Anstatt die gesamte Gesellschaft als produktiven Zusammenhang zu erkennen und anzuerkennen, reduzieren sie die produktiven Zusammenhänge auf industriell organisierte Teilbereiche der Gesellschaft. Wenn Arbeit jedoch weit über den fordistischen Industriesektor hinausreicht, wie dann die Arbeitszeit berechnen? Diese damals wohl korrekte, heute jedoch problematische Unterscheidung zwischen Produktionssektor und gesellschaftlichem Leben alleine stellt ihre Konzeption in Frage.

Selbst wenn das Konzept der Stundenzettel funktioniert – was a priori nicht zu hundert Prozent auszuschließen ist –, müssen sich diese Stundenzettel nicht in Geld und die unabhängigen Betriebe in unabhängige ProduzentInnen verwandeln? Bevor wir auf diese Frage näher eingehen, empfiehlt sich ein Blick auf das Werk von Charles Bettelheim.

Charles Bettelheim und der ökonomische Kalkül

In diesem Zusammenhang darf ein Autor nicht unerwähnt bleiben: Charles Bettelheim. Er studierte die planwirtschaftlichen Versuche vor Ort sowohl in der Sowjetunion als auch in Cuba und in China. Ursprünglich Stalinist, weitete er seine Kritik am Stalinismus immer mehr aus, um schließlich mit der Arbeit „Die Klassenkämpfe in der UdSSR 1917 – 1923“ die äußerste noch mögliche linksmaoistische Position einzunehmen. Eigentlich ist genanntes Werk eine vernichtende Kritik an der Herrschaft der Bolschewiki, doch sein Beharren auf der leninistischen Parteitheorie bewahrt ihn vor einem totalen Bruch mit dem Leninismus. Zur leninistischen Partei existiere keine Alternative – dieses Postulat hinderte ihn daran, aus seiner eigenen akribischen und sehr genauen Kritik weitere Konsequenzen zu ziehen. Seine Offenheit für die tatsächlichen Bedingungen[14], insbesondere für die *„tatsächliche Teilnahme der Massen“* (Bettelheim 1970; 54) zwang in dazu, ständig zwischen zwei Gesichtspunkten zu oszillieren: Einerseits zählt für ihn nur die tatsächliche Situation der Massen. Daraus kann er eine klare Kritik am Fetisch Planwirtschaft oder gar des Staatseigentums gewinnen. Andererseits erfordere der Ausbau des Sozialismus – dass die Verhältnisse sowohl in China als auch der UdSSR weit davor entfernt waren, zu Recht sozialistisch genannt zu werden, war für ihn selbstverständlich – die führende Rolle der Partei. Teilweise löst Bettelheim dieses Problem, in dem er, umgekehrt wie der Trotzkismus, Politik und Gesinnung fetischisiert. So preist er die Appelle Lenins, unbezahlte Arbeit am Samstag zu erreichten – die so genannten Subbotniks –, in den höchsten Tönen. Andererseits zeigt er selbst auf, dass die Säuberungswellen in der Partei in den Jahren nach der Revolution keinerlei greifbares Ergebnis brachten, sondern nur den stalinistischen Terror vorbereiteten. Die tatsächlichen Verhältnisse in Produktion und Gesellschaft einerseits, die richtige, revolutionäre Gesinnung in der Partei andererseits, Bettelheim kann sich nicht entscheiden, welchem Faktor er Priorität einräumen soll und setzt in verschiedenen Texten durchaus verschiedene Akzente.

Für unsere Diskussion ist vor allem sein Buch „Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen“ interessant. Diese Arbeit ist nicht einfach zu lesen, zumal Bettelheim seinen in sich widersprüchlichen Linksmaoismus in strukturalistische Terminologie kleidet. Ich werde jedoch versuchen, einige mir wesentlich erscheinende Momente herauszuarbeiten.

Bettelheim setzt an den Beginn des zweiten Teils seines Buches seine These von der „doppelten Trennung“ in der kapitalistischen Produktionsweise, die ja durch eine sozialistische abgelöst werden soll: *„die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln (deren Gegenstück der Besitz der Produktionsmittel durch die Unternehmen ist, das heißt faktisch durch ihre Leiter) und die Trennung der einzelnen Unternehmen untereinander.“* (Bettelheim 1970; 72) Die erste Trennung betrifft also das Verhältnis zwischen den Betrieben, die keineswegs, wie etwa Abteilungen in einer Fabrik, durch einen übergreifenden Arbeitsprozeß verbunden waren. Die zweite Trennung betrifft die Kluft zwischen den Werktätigen und den Produktionsmitteln. Letztere standen in der Verfügungsgewalt der Betriebsleiter. Ebenso wie im Kapitalismus ist zwischen formalen Eigentum (Staatseigentum, Aktienbesitz) und rea-

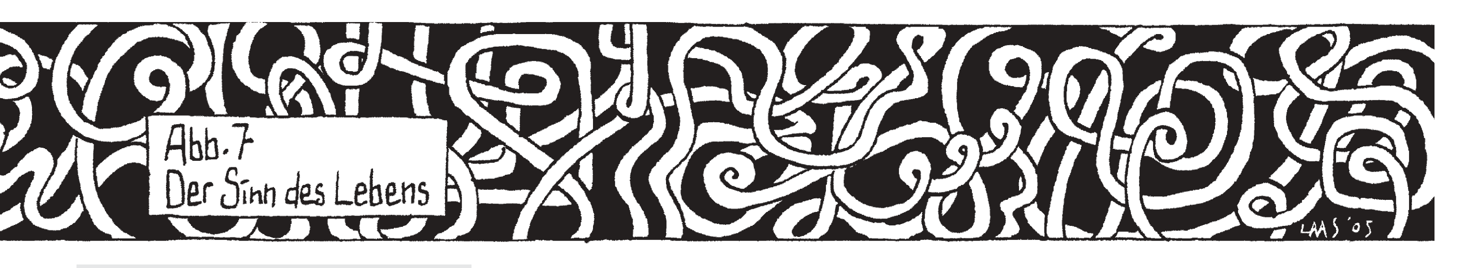


Abb. 7
Der Sinn des Lebens

ler Verfügungsgewalt (Betriebsleiter, Manager) zu unterscheiden. Verstaatlichung und Staatsplan bilden nur formale Mittel, um diese beiden Trennungen zu überwinden, sagen jedoch über das reale Ausmaß nichts aus. Im Gegenteil, der Staatsplan kann eine Form sein, in der diese Trennungen, statt überwunden, nur verschleiert werden. In der Sowjetunion seien diese Trennungen, so Bettelheim, niemals überwunden worden, sondern eben nur durch das formale Staatseigentum und die Fünfjahrespläne verschleiert worden.

So ermöglicht die These der doppelten Trennung eine Debatte auf zweifacher Ebene. Sie kann auf die Ebene der Fabrik, der Produktionsstätten fokussiert werden. Hier sind sogar Veränderungen innerhalb des Kapitalismus möglich. Eine besetzte, selbstverwaltete Fabrik ist zwar nicht im formal juridischen Eigentum der dort Tätigen, aber de facto in ihrem Besitz. Aber eine solche Fabrik produziert innerhalb eines kapitalistischen Milieus, sie ist also über Warenbeziehung mit anderen privaten Produktionsstätten verbunden. Eine sozialistische Ökonomie erfordert auch die Aufhebung der zweiten Trennung, allein hier kommt ein gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftsplan ins Spiel. Ein allgemeines Staatseigentum mag zwar Vorbedingung für die tatsächliche Überwindung der Trennung zwischen den Produktionseinheiten sein, aber: *„Sie ist nicht identisch mit der Errichtung einer gesellschaftlichen Fähigkeit und Macht, die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen und über die Produkte zu verfügen.“* (Bettelheim 1970; 67) Der Autor zeigt sehr genau, dass die russischen Betriebe keineswegs durch einen gemeinsamen und übergreifenden Arbeitsprozeß verbunden waren wie etwa Abteilungen innerhalb einer produzierenden Einheit. In Wirklichkeit sei die Willkür bei der Festsetzung von Planpreisen, die die Beziehungen zwischen den Betrieben regelte, keineswegs so willkürlich, wie es scheinen mag. Gerade am Beispiel der Planpreise lasse sich zeigen, dass der Staatsplan Ort der Verschleierung sein kann; ebenso wie es scheint, dass im Kapitalismus die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt würden, so scheint es, dass eine Staatsplanwirtschaft gewissermaßen Angebot und Nachfrage durch willkürliche, politisch Entscheidungen ersetzen könne.

Die nach 1989 folgende Entwicklung hat Bettelheim einerseits glänzend bestätigt. Die praktisch reibungslose Widereinführung des Kapitalismus war nur deshalb so problemlos möglich, weil nur die bereits bestehenden Trennungen sowohl zwischen den Betrieben als auch (und vor allem) die Trennung innerhalb der Betriebe und Institutionen nur weitergeführt und schlichtweg legalisiert werden mussten. Die Entwicklung in der Volksrepublik China zeigt freilich, dass auch Bettelsheims linksmaoistischer Leninismus eine Illusion darstellt. Die oben angeführte Zweideutigkeit lässt sich sehr leicht an seinem Text dokumentieren. Wenn er nämlich von der „Herrschaft der Arbeiterklasse über die Produktion“ spricht, so kann dies zweierlei bedeuten. Entweder die reale Situation in den Betrieben und Institutionen, oder aber die Herrschaft der leninistischen Avantgardepartei. Nicht, dass Bettelheim das einfach gleichsetzen würde. Keineswegs. Aber das schöne Wechselspiel zwischen Parteipolitik und realen Verhältnissen ging nicht so auf, wie er es sich offenbar erhoffte. In letzter Instanz, und bei einem sich an Althusser sich orientierenden Autor darf diese Wendung wohl gebraucht werden, hat Bettelheim für die Wiederkehr des Kapitalismus in der Sowjetunion eine sehr leninistische Erklärung parat: *nn eine solche Avantgarde nicht existiert, insbesondere wenn die führende Arbeiterpartei nicht oder nicht mehr die Merkmale besitz, die sie zu einer Avantgarde der Arbeiterklasse machen, existieren die politischen und ideologischen Voraussetzungen, die die Vorherrschaft von Planverhältnissen über die Warenverhältnisse erlauben, nicht.“*(Bettelheim 1970; 95) Für China ist er uns eine solche Erklärung schuldig geblieben.

Sein Buch beginnt, umgekehrt zu meiner kleinen Skizze, mit dem Begriff „ökonomischer Kalkül“. Ökonomischer Kalkül meint, dass auch eine nachkapitalistische Wirtschaft eines in Zahlen darstellbaren Maßes bedürfe. Stundenzettel werden von ihm rundweg abgelehnt. Sein Argument ist einfach: das Messen der verbrauchten Stunden sei angesichts komplexer Arbeitsprozesse, die wiederum nur Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit seien, einfach nicht durchzuführen.[15] Ebenso wie die durchschnittlich gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit der kapitalistischen Produktionsweise sei die notwendige Arbeitszeit im Sozialismus zwar als theoretischer Begriff notwenig, was jedoch keineswegs bedeute, dass diese Begriffe auch konkret gemessen werden könnten. Statt dessen schlägt er anknüpfend an eine Passage bei Engels[16] vor, die Messung an den Nutzeffekten der Gebrauchswerte durch die Art ihrer Substituierbarkeit vorzunehmen. *„Das besagt: es bleibt das System von Begriffen und Verfahrensweisen explizit zu klären, die es ermöglichen sollen, den gesellschaftlichen Nutzen der verschiedenen Arbeiten und Produkte zu messen, um auf Grundlage dieser Messungen die Verteilung der Arbeiten unter die verschiedenen Produktionsbereiche vorzunehmen.“* (Bettelheim 1970; 21) Auch wenn ich noch mehr Passagen zitieren oder zusammenfassen würde, Konkreteres ist dem Text nicht zu entnehmen.

Bettelheim stellt nun den „ökonomischen Kalkül“, also seine modifizierte Form der Stunden-

zettelökonomie, dem monetären Kalkül gegenüber. Unter letzterem versteht er einfach das sich in Preisen ausdrückende Wertgesetz der kapitalistischen Ökonomie. Eine Gesellschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei durch den Gegensatz zwischen diesen beiden Kalkülen gekennzeichnet. Welcher Kalkül sich jedoch durchsetze, das könne nicht durch die bloße Existenz einer Staatsplanwirtschaft oder des Staatseigentums entschieden werden, sondern hänge von der Art und Weise ab, ob und wie weit die beiden Trennungen (der Betriebe voneinander, der ArbeiterInnen von den Produktionsmitteln im Betrieb) real überwunden werden.

Es existiert allerdings ein Faktum, das Bettelheim nur am Rande erwähnt und nicht wirklich ausformuliert, da sich sein maoistischer Politizismus darüberlegt und dieses Faktum verdeckt. Egal ob simpler Stundenzettel oder komplexer ökonomische Kalkül, beiden ist ein Wesenszug mit dem Geld gemeinsam, es ist klar, dass *„ein solches Maß immer aus einem Abstraktionsprozeß hervorgeht, der insgesamt und von Anfang an die Eigenschaften eliminiert.“* (Bettelheim 1970; 19) Die Gebrauchswerte, so Marx, seien qualitativ wie quantitativ völlig verschieden, sie besitzen nichts Gemeinsames. Durch die doppelte Trennung müsse das Arbeitsprodukt Waren- und folglich Wertform annehmen. Das Gemeinsame sei dann die abstrakte Arbeit, die im Geldmaß ihren Ausdruck findet. (Ich verkürze jetzt die Zusammenhänge natürlich radikal.) Eine sozialistische Gesellschaft könne jedoch nur auf einer reinen Gebrauchswertökonomie beruhen. Wenn aber die Arbeitsprodukte so verschieden sind wie die Arbeiten, die sie hervorbringen, dann verfügt eine nachkapitalistische Ökonomie jedoch über keinerlei Plangrößen. Wo es nichts Gemeinsames gibt, kann auch nichts Gemeinsames gemessen und in Zahlen ausgedrückt werden. Genau das schwebt Marx mit der berühmten Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ vor. Castoriadis hat zu Recht erkennt, dass hinter dieser Formel die Verstellung steht, es gebe kein allgemeines Maß, daher auch kein Problem der Messung und vor allem der gerechten Zuteilung mehr.[17] Das möge in einer utopisch zukünftigen kommunistischen Gesellschaft verwirklichbar sein. Wir müssen uns jedoch mit der nächsten Phase beschäftigen. Auch wenn in einer nachkapitalistischen Gesellschaft die Bedingungen für Warenproduktion (bleiben wir jetzt bei den zwei Trennungen Bettelheims) verlöschen, so keineswegs von einen Tag auf den anderen, sondern eine sozialistische Ökonomie kann nur *„das progressive Werk der Zeit sein“*. (MEW 17; 546)

Worauf möchte ich hinaus? Es ist innerhalb theoretischer Konzeptionen möglich, Stundenzettel oder ökonomische Kalkülzahlen von Geld abzugrenzen, in der Realität wird dies keinesfalls so einfach möglich sein. Dürfen die Stundenzettel, die Marx in der Kritik des Gothaer Programms vorschlägt verborgt, vererbt, gegen Zinsen verliehen werden? Wenn die Betriebe in der Konzeption der Internationalen Kommunisten Hollands untereinander nur über Konten verrechnen, welchen Unterschied macht es, ob die Stundeneinheiten auf gedrucktem Papier oder nur auf Listen geführt werden? Weiters: Kann die Belegschaft mit ihren Stundenzetteln zusätzliche Güter für die gemeinsam besessene Fabrik erwerben? Hinter dieser Frage verbirgt sich freilich ein tieferes Problem. Sind diese Stundenzettel nicht doch verborgenes Geld? Dass sie – nach dem Modell der Internationalen Kommunisten – zwischen den Betrieben nicht als Papiermarken zirkulieren, sondern nur auf Konten geführt werden, ändert wohl nichts an der Tatsache, dass alle Produkte in den Stundenzettel ihr allgemeines Äquivalent finden.

Wenn wir hier und heute in Österreich diese Fragen diskutieren, so kann es natürlich nicht darum gehen, ausgeklügelte Modelle zu entwerfen. Derartige Konzepte existieren durchaus und nicht zufällig werden sie kaum beachtet. Mehr als eine prinzipielle Orientierung, in die selbstredend die Erfahrungen mit der Staatsplanwirtschaft einfließen müssen, können wir heut nicht entwickeln. Die von Bettelheim getroffene Unterscheidung der zwei verschiedenen Trennungen (diese Unterscheidungen fassen im Grund bloß die Marxsche Kapitalanalyse zusammen) erscheint mir als sehr sinnvoller Ausgangspunkt für weiter führende Diskussionen. Ich meine nämlich, dass diese Trennungen bezüglich Emanzipation und Überwindung des Kapitalismus keineswegs gleichwertig sind. Denn die tatsächliche Herrschaft der ProduzentInnen über den Produktionsprozeß und ihr Produkt setzt nicht nur am unmittelbaren Arbeitsprozeß an, sondern ist in besetzten und selbstverwalteten Betrieben tendenziell schon gegenwärtig verwirklicht. Auch Marx scheint für die Übergangsperiode an lokale, abgegrenzte Einheiten, die auch eine Rechtsform besitzen, gedacht zu haben: *„Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedne Verteilung der Konsumationsmittel.“* (MEW 19; 22) In letzter Instanz geht es doch darum, dass die soziale Existenzform des Proletariats aufgehoben wird, das Marx bekanntlich durch das Fehlen von Mittel definiert, den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Von der Textlage bei Marx ist die Sache sonnenklar: Proletariat bezeichnet keineswegs „lohnarbeitende“ Menschen, sonder bezieht sich auf einen Mangel, auf eine Nicht-Verfügung, auf eine Zwangssituation, näm-

lich jene, die Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Die Überwindung dieses Status erscheint mir der entscheidende Punkt. Betriebe in der Verfügung der dort Arbeitenden ist dazu ebenso ein Mittel wie ein garantiertes Grundeinkommen für alle. Demgegenüber erscheint die Entwicklung und gesellschaftliche Durchsetzung des ökonomischen Kalküls wesentlich schwieriger, aber auch für die unmittelbare Emanzipation sekundärer. Denn bei der Entwicklung von gesellschaftlich umfassenden Planstrukturen stoßen wir sofort auf die Existenz des Weltmarktes.

Alle diese sehr komplexen Fragen bedenkend, scheint der Einwand, das Grundeinkommen würde am Geldfetisch fixiert bleiben, doch recht verkürzt. Ich meine, dass ein derartiger Einwand letztlich sehr stark von der gegenwärtig recht beliebten Lesart des Kapitals motiviert ist, die darauf hinausläuft, die Lektüre nach dem ersten Abschnitt abzubrechen und die Klassenanalyse bei Marx durch eine Fetischanalyse des Werts und des Geldes zu ersetzen. Oder, um nochmals mit Bettelheim zu sprechen: Die Trennung zwischen den Produzenten der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln so radikal vorzuordnen, dass die zweite Trennung überhaupt aus dem Blickfeld verschwindet. Ich plädiere für eine umgekehrte Sichtweise. Bezüglich des Warenstatus bedeutet dies, dass die Emanzipation aus kapitalistischen Verhältnissen an der Überwindung des Warenstatus der Arbeitskraft ansetzen muss. Das Grundeinkommen wäre dazu ein Mittel.

e-mail: k.reitter@gmx.net

Verzeichnis der Siglen:

GIK 1971 = Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands, „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“
Lenin AW = W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Berlin 1961
Lenin GW = W.I. Lenin Gesammelte Werke, Berlin 1962
MEW = Marx Engels Werke in 43 Bänden, Berlin

Im Text zitierte Literatur:

Bettelheim, Charles, (1975), „Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Band 1“ Berlin 1975
Bettelheim, Charles, (1970), „Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft“, Berlin
Engels, Friedrich, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, In: MEW 20
Gruppe Internationale Kommunisten Hollands (1971); „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“, Reibeck bei Hamburg
Lenin, Wladimir Iljitsch, „Was Tun? Brennende Fragen unserer **Bewegung“, In: AW I**
Lenin, Wladimir Iljitsch, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß“, In: AW I
Lenin, Wladimir Iljitsch, „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, In: GW 31
Lenin, Wladimir Iljitsch, „Über die Gewerkschaften“, In: GW 32
Lenin, Wladimir Iljitsch, „Über die Naturalsteuer“, In: GW 32
Marx, Karl, „Kritik des Gothaer Programms“, in: MEW 19
Marx, Karl, „Das Kapital Band 1“, In: MEW 23
Marx, Karl, „Das Kapital Band 2“, In: MEW 24
Marx, Karl, „Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation“, In: MEW 17
Marx, Karl, „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, In: MEW 42
Preobraschenskij, Eugen, (1971); „Die Neue Ökonomik“, Berlin
Trotzki, Leo, (1979), „Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?“, Dortmund

Anmerkungen:

1 Marx selbst hatte offenbar gewisse Zweifel, ob die individuelle Arbeitzeitmessung so einfach durchzuführen wäre: „Die Arbeitszeit, die in ihr enthalten ist, braucht nur authentisch verifiziert zu sein, (was nebenbei nicht so leicht ist, wie die Feinheit und das Gewicht von Gold und Silber erproben.)“ (MEW 42; 87) Die Internationalen Kommunisten Holland, die vehement das Stundenzettelmodell favorisierten, meinten, dass aus der Kommandohöhe einer Staatswirtschaft sich die Arbeitszeit keineswegs, an der Basis der Produktion jedoch ohne Probleme feststellen ließe: „Was Kautsky von seiner ökonomischen Zentrale aus nicht kann, nämlich feststellen, wieviel verdinglichte Arbeitszeit ein Produkt auf seinem lagen Weg der Teilarbeiten im Produktionsprozeß aufgenommen hat, das können die Produzenten selbst sehr gut.“ (GIK 1971; 49)

2 Auch die Abgrenzung zwischen der historisch-logischen Methode Hegels und jener Marxens (aus der Sichtweise Engels) scheint ihm nicht so recht zu gelingen. Dazu Backhaus: „Unschwer lässt sich ein geradezu beschwörender Ton heraushören: Man solle ja nicht glauben, dass die logische Entwicklung Marxens von der logischen Entwicklung Hegels sich nicht unterscheiden lasse – es handele sich sehr wohl um etwas anderes, wenn auch zugegeben sei, dass die positive Bestimmung nicht so recht gelingen will.“ Hans-Georg Backhaus, „Dialektik der Wertform“, Freiburg 1977, Seite 244

3 Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellung Engels zu Robert Owen. Im Grunde war Owen ein lupenreiner Anarchist. Hätten nicht Marx und Engels über Owen in den höchsten Tönen gesprochen, die Orthodoxie hätte seine gescheiterten Projekte höhnisch in der Luft zerrissen. In Wirklichkeit war seine genossenschaftlich konzipierte Kolonie New Harmony, die er ab 1825 in den USA zu verwirklichen versucht, keineswegs um Lichtjahre von den Wirtschaftskommunen des Herrn Dühring entfernt und Engels hat alle Mühe, die Owenschen Stundenzettel vom Dühringschen Konzept abzugrenzen. „Erstens wäre zu einem solchen Missbrauch der Owenschen Arbeitsmarken ihre Verwandlung in wirkliches Geld nötig, während Herr Dühring wirkliches Geld voraussetzt, ihm aber verbieten will, anders als bloße Arbeitsmarken zu fungieren. (…) Zweitens sind bei Owen die Arbeitsmarken nur eine Übergangsform zur vollständigen Gemeinschaft und freien Benutzung der gesellschaftlichen Ressourcen, nebenbei höchstens noch ein Mittel, dem britischen Publikum den Kommunismus plausibel zu machen.“ (MEW 20; 284f)

4 Der Marxismus war unter den Intellektuellen und den StudentInnen sehr verbreitet. Fast in jeder Stadt nahmen diese Kreise Kontakt zu den ArbeiterInnen auf, und agitierten gemeinsam gegen die kapitalistische Ausbeutung. Lokal entstanden, agierten diese Gruppen auch lokal, und so gab es eine ganze Reihe von

Zeitungen und Flugschriften. Lenin bezeichnet diese Form der politischen Tätigkeit recht abfällig als Handwerkelei. Diese dezentralen Netze entzogen sich natürlich auch der Kontrolle und Leitung eines Zentrums, das allerdings Lenin unbedingt installieren wollte.

5 Die Illegalität erfordere eine Gruppe von straff organisierten Berufsrevolutionären, so Lenin.

6 Lenin war damals noch Mitglied der II. Internationale, „sozialdemokratisch“ steht also für revolutionär marxistisch. Eine weitere Formulierung dieser Grundthese findet sich weiter hinten im Text: „Das politische Klassenbewusstsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern.“ (LW 1; 211)

7 Damit diese Konstruktion etwas an Plausibilität gewinnt, verwendet Lenin die Unterscheidung zwischen Ökonomie und Politik, die er jedoch keineswegs problematisiert. Dass die Trennung dieser Sphären Ausdruck wie Produkt der bürgerlichen Gesellschaft selbst ist, die jede emanzipatorische Bewegung kritisieren muss, dieser Gedanke war Lenin völlig fremd.

8 Aus spinozistischer Sicht kann es eine Unterscheidung zwischen an sich und für sich gar nicht geben. Daher sind gegenwärtige Konzeptionen, vor allem jene von Negri und Holloway, in denen spinozistische Elemente enthalten sind, substantiell antileninistisch.

9 In folgender Passage zeigt sich die vollkommene Verständnislosigkeit Lenins für das Repräsentationsproblem. Da es recht lange ist, habe ich es aus dem Text herausgenommen, aber ich will es nicht vorenthalten, da sich darin auch die unerträgliche Plattheit manifestiert, die im allgemeinen seine theoretischen (im Gegensatz zu den politisch taktisch – strategischen Schriften) Arbeiten kennzeichnen. „Jedermann weiß, (…) dass die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden; dass die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt. Das sind alles Binsenwahrheiten. Das alles ist einfach und klar.“ (Lenin GW 31; 26)

10 http://home.flash.net/~comvoice/26cLaborHour2.html, zuletzt abgefragt am 22. 12. 04

11 Das Zitat stammt aus der Schrift „Über die Naturalsteuer“, 1921, wenige Wochen nach dem Aufstand von Kronstadt geschrieben. Lenin zitiert sich darin zweimal selbst; er reflektiert seine eigene Einschätzung der Revolution und bilanziert sie.

12 Durch die Kombination dieser zwei Elemente, der Staatsplanwirtschaft einerseits und der Herrschaft der Partei andererseits, lässt sich das Grundverständnis der drei großen Strömungen verständlich machen, in die der Leninismus nach Lenins Tod zerfallen ist, nämlich Maoismus, Stalinismus und Trotzkismus. Den maoistischen Blick auf Lenin hat vor allem Charles Bettelheim durch seine Anfang der 70er Jahre breit rezipierten Werk „Die Klassenkämpfe in der UdSSR“ vorangetrieben. Um die Kontinuität Lenin – Mao zu betonen, streicht er bei Lenin besonders jene Passagen und Maßnahmen heraus, in denen die Auseinandersetzungen nach der Oktoberrevolution als Klassenauseinandersetzungen verständlich gemacht werden. In dieser sehr realistischen Sichtweise wird betont, dass die Gesellschaft der Sowjetunion (ebenso wie jene Chinas) von sozialistischen Verhältnissen weit entfernt ist. Es gehe also um eine kluge Politik der Partei, die die Klassenwidersprüche verstehen und adäquat darauf reagieren soll. Diese These bedeutete zumindest indirekt eine Kritik an einem rein sozialtechnischen Zugriff auf die Gesellschaft. Der Staatsplanwirtschaft kommt kein Eigenwert zu, sondern erhält ihre Bedeutung allein aus der Gesamtpolitik der Partei. Der Stalinismus zeichnete sich durch eine ausgesprochene Primitivität aus. Sowohl die Staatsmacht als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse wurden per Dekret kurzerhand als sozialistisch, ja sogar als kommunistisch erklärt. Da, wie Stalin verkünden ließ, die Klassen endgültig beseitigt seien, könne Kritik nur von Schurken, Spionen und Verbrechern geäußert werden. Das Ausmaß der Repräsentation wird auf die Spitze getrieben; die Partei repräsentiert das Proletariat nicht nur politisch und geschichtlich, sondern auch unmittelbar juridisch - was die mit dem Staat verschmolzene Partei besitzt, besitze auch das Proletariat. Da sich das Proletariat nicht selbst ausbeuten könne, sei Ausbeutung im realen Sozialismus undenkbar, so ein beliebter Kalauer, der bis in die 80er Jahre im Umkreis der KPÖ vertreten wurde. Im französischen Trotzkismus (Unter „französischem“ Trotzkismus meine ich die seinerzeit von Ernest Mandel repräsentierte Strömung, der bezüglich der Sowjetunion einfach die Argumente Trotzkis wiederholte. In Großbritannien hingegen beeinflusste Tony Cliff durch seine Arbeit „Staatskapitalismus“ sehr stark die Sichtweise der UdSSR innerhalb des trotzkistischen Milieus. Dieses Buch ist im Grunde sehr theoriearm und besteht in erster Line aus Statistiken und Berichten über die rechtlose Lange und die massive Ausbeutung der russischen ArbeiterInnen) wiederum wurde das Gewicht auf den vorgeblich objektiven Fortschritt durch die Staatsplanwirtschaft gelegt. Es versteht sich von selbst, dass alle darauf aufbauenden Prognosen über die zukünftige Geschichte der Sowjetunion wie ein Kartenhaus zusammenbrachen. „… es wird unmöglich sein, die Produktionsverhältnisse der geplanten Wirtschaft, wie sie aus der Oktoberrevolution entstanden sind, aufzulösen, ohne vorher den erbitterten Widerstand des Proletariats unterdrücken zu müssen.“ (Ernest Mandel, „Nochmals zur Frage des Charakters der Sowjetunion“ in: Kritik der Politischen Ökonomie Heft 1, Berlin, 1973, Seite 119:) Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion manifestiert sich diese Sichtweise in modifizierter und etwas abgeschwächter Form. Insbesondere unter jenen trotzkistischen Kräften, die innerhalb der Sozialdemokratien arbeiten, tritt an die Stelle des Gegensatzes von Wertgesetz und Planwirtschaft der Gegensatz von Privatkapitalismus und Verstaatlichung.

13 „Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesamtprodukt. Davon ist nun abzuziehen: Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel. Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion. Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Missfälle, Störungen durch Naturereignisse etc. Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar. Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumationsmittel zu dienen. Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab: Erstens: die allgemeine, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten. Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutenste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt. Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc. Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt. Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc., kurz, für das, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört. Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge fasst, nämlich an den Teil der Konsumationsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird. Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unterderhand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsglied zugut kommt.“ (MEW 19:18f)

14 Eine Passage als Beispiel: „So entwickelt sich zwischen 1918 und 1921 ein Verfallsprozeß der Sowjetorgane. Diese bieten den Werktätigen immer weniger Möglichkeiten, ihre Kritik vorzubringen oder die Beamtenschaft zu kontrollieren. Der staatliche Verwaltungsapparat erfährt einen Verselbständigungsprozeß, einen Prozeß der wachsenden Trennung von den Massen. Die Rolle dieses Apparats hat darüber hinaus zur Folge, dass auch die bolschewistische Partei nur mit Mühe die Kontrolle und politische Führung über den Staatsapparat ausübt“. (Bettelheim 1975; 229)

15 Die Messung von Arbeitsquanten sei „weit davon entfernt, lösbar zu sein.“ (Bettelheim 1970; 29)

16 „Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, untereinander abgewogen und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmenge, werden den Plan schließlich bestimmen.“ (MEW 20; 288)

17 „Man kann sich fragen, in welchem Maße diese Problemlösung nicht die Bedingungen tendenziell aufhebt, unter denen sich das Problem überhaupt stellt;“ Cornelius Castoriadis, „“Wert, Gleichheit, Gerechtigkeit, Politik Von Marx zu Aristoteles und von Aristoteles zu uns“, In: Durchs Labyrinth, Frankfurt am Main 1983; 265

Darij Zadnikar

Chronik des fröhlichen Widerstands[1]

Der Kapitalismus, der Objekt des Kampfes und der Reflexion und insofern natürlich auch Sinn der Existenz jeder revolutionären Theorie ist, siegte über das sozialistische Modell des Ostens, und das war auch richtig so, denn dieses hatte keinerlei befreiende Wirkung. Der „Sieg“ des Kapitalismus brachte aber gleichzeitig seine Umstrukturierung in das globale System des Neoliberalismus, in dem Subjekte von gestern wie die Nationalstaaten, und seien es auch imperialistische, ihre Bedeutung verlieren und einer neuen Struktur der globalen Hegemonie weichen.

Die Menschen können ihrer Hoffnung nicht entsagen, ihren Widerstand gegen Unterdrückung und Unrecht, unter denen sie leiden, nicht aufgeben. Die alten Organisationsformen des Widerstands aber, soweit sie die verderbliche Wirkung des bürokratischen Sozialismus überstanden haben, bewegen sich immer noch innerhalb der imaginierten nationalstaatlichen Muster. Eine solche pseudofortschrittliche Politik gelangt nicht über den Horizont von Protektionismus und Autarkismus hinaus, welcher letztlich in Rassismus und Nationalismus der ehemaligen Unterprivilegierten, der Arbeiterheroen, einmündet.

Es ist daher nichts Ungewöhnliches, dass das neue Paradigma des Widerstands gegen den globalen Neoliberalismus in einem vergessenen Eck der Welt, weit weg von linken Orthodoxien, unter den „Kleinsten unter den Kleinen“, wie sie sich selber nennen, entwickelt wurde. Der bewaffnete Aufstand der Mayas in Chiapas, im Südosten Mexikos, die in der EZLN organisiert sind, strafte den Spruch vom Ende der Geschichte Lügen und ernüchterte auch die kommunistischen und anderen Avantgarde-NostalgikerInnen.

Linke PolitikerInnen und Intellektuelle hatten gemischte Gefühle, als ihre Sympathien auf den magischen Realismus der indigenen Begrifflichkeit trafen, einer Begrifflichkeit, die „unverständlich“ doch nur deshalb ist, weil sie nicht auf der Logik des Administrierens und Politisierens besteht, einer Sprache, die magisch ist, weil sie aus dem Leben hervorgeht und nicht aus der Gemeinsamkeit der Menschen und der Natur herausgerissen werden will. Die klassische Linke hat die aufständischen DörflerInnen gnädig und wohlwollend zur Kenntnis genommen, ohne dass sie ihnen eine größe Bedeutung für den zu erwartenden Verlauf der Geschichte beimaß. Sie ließen sich nämlich nicht ins Modell der ArbeiterInnenklasse einfügen, in deren Namen die Avantgarde die Macht übernimmt, um die Arbeit zu befreien, indem sie die ganze Gesellschaft in eine graue Fabrik verwandelt. Alle anderen emanzipatorischen Bewegungen wie die Frauenbewegung, die Umweltbewegung und die Lebensreformbewegung, die nicht mit dieser grauen Fabriksgesellschaft beziehungsweise mit dem Staat zusammenpassten, mussten sich der Hierarchie der Arbeit unterordnen: die Befreiung des Arbeiters war Voraussetzung für alle anderen, als zweitrangig angesehenen emanzipatorischen Bewegungen.

Diese MarxistInnen nehmen Marx nicht ernst: Arbeit bedeutet für sie nicht Fetischisierung der Form, die die Herrschaft anzeigt, sie bedeutet für sie nicht jene Sache, die zu überwinden wäre, son-

dern stellt für sie den höchsten Wert dar. Daher verwundert es nicht, dass die Welt, die sie errichteten, nichts anderes war als ein Arbeitshaus. Im Gegensatz dazu haben diese Dörfler mit ihrer 500-jährigen Widerstandserfahrung erkannt, dass der Beitritt Mexikos zur NAFTA den letzten Schlag gegen ihre Kultur bedeutet, die um den Mais und die Mutter Erde zentriert ist (Pacha Mama, über die „Manu Chao" singt). Die Konquistadoren mit Schwertern und Kreuzen wurden durch die von den USA entsandten Instruktoren der Paramilitärs ersetzt und durch den minderwertigen, genmanipulierten Mais.

In ihren poetischen und für die linken Mandarine unverständlichen Deklarationen haben die Zapatisten zum globalen Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus aufgerufen, der den Vierten Weltkrieg gegen die Menschheit begonnen hat. Sie haben erkannt, dass sie ihr Überleben im nationalen Rahmen nicht sichern werden können und haben deshalb ihren Kampf gegen die mexikanische Oligarchie in einen globalen Kontext gestellt. Ein Dach über dem Kopf, Gesundheit, Nahrung, Ausbildung, Sorge um die Umwelt, Frauenrechte und so weiter haben einen konkreten Inhalt, sie stellen aber ihrer Meinung nach nur einen kleinen Teil des Widerstands gegen den Neoliberalismus dar. Gerade deshalb haben sie aus den mexikanischen Bergen im Südosten Mexikos eine Vision für die Welt angeboten, in der viele Welten enthalten sind, eine Welt vieler Welten. Anstelle des Grau der Fabrikgesellschaft haben sie mit ihrem fröhlichen Widerstand das Sinnbild des Regenbogens gemalt. Die übergeordnete Position der Avantgarde, die Priorität der Befreiung, die Unterordnung unter einen in die Ferne gerückten historischen Zweck lösten sie in das mannigfaltige Kommunikationsnetz des Widerstands auf. Daher ist es logisch, wenn auch völlig überraschend, wie sich der Zapatismus aus den Dschungelursprüngen der rural-indigenen Gemeinschaft in die cyberzapatistische Gemeinschaft des Internet verbreitete und dadurch zum Paradigma des gegenwärtigen Kriegs im Netz wurde.

Mensch muss die gegenwärtige Bewegung der Bewegungen mit anderen Maßstäben messen als das die klassischen politischen Organisationen tun, die sie ja nur als Instrument zur Erreichung harter Ziele sehen. Die globale politische Widerstandsbewegung gegen den Neoliberalismus ist jedoch vor allem eine Bewegung der Rekonstruktion der Gemeinschaft. In diesem Sinn unterscheidet sich der urbane Antiglobalismus nicht von den zapatistischen Widerstandskämpfern, die im Widerstand die Gemeinschaft leben und formen. Außerhalb dieser Praxis des Widerstands kann im gegenwärtigen liberalen Totalitarismus nichts Menschliches entstehen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist der Widerstand die Rekonstruktion der menschlichen Gemeinschaft und die existiert nur durch den und im Widerstand. In Lateinamerika erblühten hunderterlei Konzeptionen einer neuen Welt, die aus einer widerständigen Negation neue Gemeinschaftlichkeit konstituierten und nicht nur Mittel zur Etablierung von neuen Eliten waren. Für Holloways Reflexion der Revolution in der Gegenwart sind außer den ZapatistInnen noch die Bewegung der landlosen BäuerInnen in Brasilien (MST, Moviemento de Trabalhadores sem Tierra) und die Piqueter@s in Argentinien von Bedeutung. Allein im Jahr 1999 haben in Brasilien über 25.000 Familien brachliegenden Großgrundbesitz im Ausmaß von 15 Millionen Morgen Land besetzt. Heute vereinigt die MST 71.472 Familien, für welche die Besetzung des Landes nicht nur das Überleben bedeutet, sondern die Verbreitung eines gesellschaftlichen Modells, das die Menschen vor den Profit stellt. Die MST verwaltet die Erträge der Genossenschaften, die Gesundheitsversorgung und das Ausbildungsprogramm, das jenem der ZapatistInnen ähnelt und jeder staatlichen Aufsicht entzogen ist, selbst.

Auch jetzt, da der Präsident Brasiliens aus der PT (Partido dos Trabalhadores, Arbeiterpartei) stammt, nämlich Lucio Ignazio Lula da Silva, verändern sich die Prinzipien der MST nicht. Beim Besetzen von brachliegendem Land und Großgrundbesitz fragen die Bauern auch die neue Macht nicht um Erlaubnis. Es ist aber auch wahr, dass jetzt staatliche Mittel für die Ausbildungs-, gesundheitliche und andere soziale Programme für die Ärmsten zur Verfügung gestellt werden. Die Selbstorganisation und die Autonomie der Massen schließt sich vielleicht auch hier dem „gehorchend Regieren" von Lula an, der auf internationaler Ebene zum Beispiel bei den Beratungen der WTO in Cancún dem Neoliberalismus die Stirn bietet.

Die dritte Bewegung, die das Buch von Holloway ins Zentrum des Selbstverständnisses eines emanzipatorischen Widerstands stellt, sind die argentinischen Piqueter@s, die ersten wirklich städtischen ZapatistInnen. Ein Viertel der argentinischen Bevölkerung ist ohne Arbeit, die übrigen leben in so genannten prekären Verhältnissen. Zur Armee der Arbeitslosen gesellen sich noch MigrantInnen aus Bolivien und Peru. Im Aufstand gegen den neoliberalen Raub entwickelte sich eine große Volksbewegung, in der die Hälfte der ArgentinierInnen aktiv war. Im Jänner 2002 wechselten einander unter dem Druck der Massen innerhalb von 10 Tagen vier Präsidenten ab: „¡Que se vayan todos!" Es bildeten sich zahlreiche neue gesellschaftliche Bewegungen: Arbeiter besetzten und betrieben Fabriken, Nachbarschaftsversammlungen und verschiedene andere Gruppierungen entstanden, die

auf Autonomie und Ungehorsam setzten. Repräsentative Parteiherrschaft wurde durch Prinzipien der partizipativen Demokratie ersetzt. Die Piqueter@s sind hunderttausende Nicht- und Unterbeschäftigte, organisiert in verschiedenen Organisationen mit unterschiedlichen Zielen, Politiken und Strategien. Es eint sie nur die gemeinsame Geschichte und die praktische Methode. In ihrer Gesamtheit sind die Piqueter@s die Stimme der Arbeitslosen aus den vorstädtischen Slums. Mitte der 90er-Jahre begannen sie sich zu organisieren. Die klassischen Peronisten und die marxistische Linke, die sonst so eifrig die verarmte Arbeiterschaft sucht, um sie zu führen, übersahen diese Selbstorganisation der Arbeitslosen. Deshalb konnten sich diese unabhängig von Parteien organisieren und entwickelten eine partizipative, gleichberechtigte, demokratische Form des Arbeitens und der Mobilisierung, was sie als Horizontalismus bezeichneten. Horizontalismus und Autonomie sind der Kern dieser Bewegung der Ärmsten in Argentinien, die für eine andere Wirtschaft kämpft. Die Piqueter@s organisieren Straßenblockaden (zortas de routa), um ihre Forderungen durchzudrücken. Sie besetzen strategisch wichtige metropolitane Einfahrtsstraßen, Brücken und Autobahnen, um den Wirtschaftsverkehr ins Landesinnere beziehungsweise zu den Häfen lahmzulegen. Sie verwenden bei ihren Blockaden brennende Reifen und bewaffnen sich mit Prügeln und anderen Dingen, um sich vor Polizeiübergriffen zu schützen. Sie planen ihre Aktionen sehr sorgfältig, sind dabei sehr diszipliniert und sehr friedlich. Die Piqueter@s können nicht streiken, weil sie ja nicht beschäftigt sind, aber sie haben ein schwaches Kettenglied in der Warenzirkulation beziehungsweise in der Zirkulation des Kapitals entdeckt.

In größeren Piqueter@gruppen ist natürlich auch eine gewisse Neigung zur Bürokratie feststellbar, ein Aufweichen ihrer Forderungen und gewisse Verbindungen mit den Machthabern. Der größte Teil der Piqueter@s aber sucht trotz allem nach alternativen Auswegen aus dem Elend für die ganze Gemeinschaft. Sie gründen mannigfaltige Formen gegenseitiger Hilfe und einer kollektiven Erneuerung der Gemeinschaft: Sie gründen Gesundheitszentren, besetzen Häuser, betreiben Biogärten, züchten Tiere, sie führen spezielle Programme für die Jugend durch, organisieren Feste und betreiben eine große Zahl von Volksküchen.

Die AkteurInnen der Massenbewegungen, der Proteste und der sozialen Foren sind vielfältig. Die Zurückweisung der neoliberalen Logik, die einzig den Profit auf Kosten von Mensch und Natur zum Maßstab hat, ist ihr gemeinsamer Nenner. Die bunte Schar der Ungehorsamen, der UmweltschützerInnen, der AnarchistInnen, der Lesben, der BiobäuerInnen, der KünstlerInnen, der illegalen MigrantInnen, der Minderheiten, der linken Parteien auf der Suche nach Identität, der BasisgewerkschafterInnen bildet jene Verbindung, das Rhizom ohne Zentrum und Peripherie, jene horizontale Vernetzung mit instabilen und provisorischen Kommunikationskanälen, in der der Konsens ungewiss und fluid ist, in der der gemeinsame Nenner durch Infektionen und nichtstringente, diskursive Praktiken ersetzt wird. Diese Vielfältigkeit ist leichter nach den Methoden des Kampfs zu identifizieren als durch ihre häufig wechselnden Identitäten. Die HausbesetzerInnen sowie die Menschen ohne Papiere wie die Sans Papiers in Frankreich oder die Isbrizani, die Ausgelöschten, in Slowenien, die Roma, die Adbuster und die KulturaktivistInnen, die Arbeitslosen und die in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen (Prekariat), die PunkerInnen, die AktivistInnen von sozialen Zentren, die No-Border-CamperInnen, die sich selbst organisierenden MigrantInnen und die antirassistischen Organisationen, die Reclaim-the-Streets-AktivistInnen, die Anti-Kriegs- und Anti-NATO-AktivistInnen, die SprayerInnen und die HackerInnen und die InternetaktivistInnen, die Open-Source-Leute und die VertreterInnen des Copyleft, antifaschistische Gruppierungen, die HerstellerInnen von gesunder Nahrung und die BewusstseinserweiterungsforscherInnen, sie alle sind Teil des gegenwärtigen Widerstands beziehungsweise der Renaissance der Gemeinschaften und werden von den Medien mit dem Mantel des Schweigens verdeckt oder voller Hysterie dämonisiert. Auch in diesem Bereich antwortet die Multitude nicht so sehr mit Kritik der Medien als damit, dass sie selber zu Medien werden: www.indymedia.org, www.dostje.org, VideoaktivistInnen etc. Sie werden auch von jenen altlinken Organisationen nicht gesehen, die sich aufs 19. Jahrhundert versteifen und so wie die Christen auf den



Jüngsten Tag auf die Revolution warten, die den Kommunismus oder den Anarchismus oder die ideale Gemeinschaft bringen wird, in der alles schön und recht sein wird, wie im Reich Gottes. Man wartet aber nicht auf die Revolution, denn die Revolution geht unter unseren Augen vor sich; und weil der Kapitalismus erneut seine Form verändert hat, ist es unsinnig gegen ihn mit den Methoden und dem Denken des letzten Jahrhunderts zu kämpfen. In diesem Sinne sind kommunistische oder anarchistische „Revolutionäre", die den heutigen Bewegungen Reformismus unterstellen und immer noch auf die Arbeiterzombies des 19. Jahrhunderts, warten in Wirklichkeit Konterrevolutionäre. Trotzdem haben sich ein paar Altlinke diesen Bewegungen angeschlossen. Einige von ihnen haben sich verändert und durchaus Anerkennenswertes zur Bewegung beigetragen. Einige von ihnen haben jedoch auch nur eine Taktik ähnlich der italienischen Rifondacione Communista verfolgt: „Manchmal sind wir zwar drinnen, wenn sich aber Wahlen ankündigen, sind wir wieder draußen." Wieder andere Altlinke ermüden ähnlich wie die Zeugen Jehovas mit ihren aufdringlichen, hochgeistigen Papieren und ihrem unermüdlichen Repetieren verstaubter Parolen. Wieder andere täuschen nur vor, dabei zu sein, um später alles in die „richtige Richtung" zu drängen, nämlich so, wie es ihnen ihr Glaube an die historische Wahrheit vorgibt, die sie zu besitzen vermeinen. So kam es in Genua 2001 beispielsweise zur spalterischen Haltung des „Schwarzen Blockes", der allen „reformistischen" Gruppen den Krieg erklärte und sich einer ziellosen Gewalt hingab, die auch noch von der Polizei gefördert wurde. Die ProtagonistInnen dieser anarchistischen Taktik, die in der Vergangenheit, vor allem in den USA zu einem Aufschwung der Bewegung beitrug, waren aber nach Genua nicht mehr imstande, Reflektionen anzustellen und eine Neuorientierung vorzunehmen, wie sie etwa die italienischen Tute Bianche zustande brachten. Sie versanken daher in Sektierertum und Selbstisolation. Besonders kam ihre spalterische Tendenz bei den Protesten 2003 in Solun zu Ausdruck, als dieser „Black Block" andere, nicht-autoritäre Gruppen angegriffen hat.

Die Anti-Macht ist keine homogene Einheit noch verkörpert sie das Gute. Am ehesten drückt sie sich im Bataillesche Verständnis des Heterogenen und Ekstatischen aus, und zwar so, dass auch unsere kritischen Einschätzungen keine feste Grundlage haben und es auch keinen von vornherein feststehenden Ausgang der Geschichte gibt, die eine endgültige Beurteilung der einzelnen AkteurInnen und Aktionen zulassen würde. Der Dialog mit Holloway (oder mit Negri oder einem anderen linken Theoretiker der Gegenwart) ist nicht möglich, ohne sich auf neue globale emanzipatorische Bewegungen einzulassen. Die derzeitigen Bewegungen in Slowenien konnten eigentlich erst in dem Moment entstehen, als sich der Mythos der Zivilgesellschaft verflüchtigt hatte, der von den AktivistInnen der 80er-Jahre geschaffen und repräsentiert worden war, von jenen also, die die Konstituierung eines kapitalistischen Nationalstaats vorbereitet haben. Der Hypertext des gegenwärtigen Widerstands kann durchaus in Verbindung gebracht werden mit den ÖkologInnen, den Feministinnen, den FriedensaktivistInnen der 80er oder auch den Hippies, den StudentInnen und anderen AktivistInnen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, dies ist jedoch in keiner Weise notwendig. Eine konkrete Verbindung wäre vielleicht wünschenswert gewesen, wenn die Zivilgesellschaft der 80er Jahre nicht die vollständige Hegemonie der Nation repräsentiert hätte. Sie hat sich als Staatsnation konstituiert und damit jegliche lebendige Praxis des Kampfes ausgelöscht. Als Ende der 90er Jahre die Kämpfe wieder aufgenommen wurden, waren daher alle historischen Verbindungen bis auf ein paar vereinzelte Myzelfäden gekappt.

Der Ausdruck Zivilgesellschaft selbst entstand in den Seminaren des Soziologieinstituts in der Cankarjeva ulica[2]. Der hegelmarxistische Begriff der Gesellschaft wurde dadurch ersetzt: Vorbild dabei war der polnische katholische Syndikalismus, der die Gegensätzlichkeit zwischen modernem Staat und Kirche in die Dichotomie von Zivilgesellschaft und Parteistaat rückübersetzt hat. Schon dieses Vorbild war in sich widersprüchlich, weil ideologisch einerseits ein Nachholen des modernen liberalen Rechtsstaats gefordert wurde, andererseits in dieser katholischen Ausprägung aber nur auf den Austausch der kommunistischen Vormoderne gegen eine klerikale Identität gesetzt wurde. Um diesem Widerspruch auszuweichen, wechselten die Intellektuellen aus der Cankarjeva von Hegel (und Marx) zu Kant (und Rawls). Sie glaubten an ein autopoetisches System des Rechtsstaats, in dem bürokratische Mechanismen die politische Freiheit der StaatsbürgerInnen auf regelmäßig repetierte, zeitlich beschränkte Wahlspektakel reduziert. In dem Zusammenhang war Fukuyama mit seiner Apotheose der liberalen Demokratie für sie die Absolution für ihr schlechtes intellektuelles Gewissen, das von der Erkenntnis herrührte, dass der neue Staat nur durch Restrukturierung eines Systems der Ausschließung als homogen darstellbar war. Die ethnische Säuberung, die in Slowenien per Software durchgeführt wurde, nämlich durch Löschung einiger zehntausend BürgerInnen (und der Einschüchterung und Marginalisierung anderer), wurde in den andern neu entstandenen Kleinstaaten gewissermaßen hardwaremäßig durchgeführt, auf der Ebene vorindustriell-blutiger

Methoden. Die ideologische Basis für die Säuberung hat in Slowenien der „Nova Revija“[3]- Nationalismus bereitet, welcher ein konstituierender Teil der „Zivilgesellschaft“ der 80er-Jahre war. Intellektuell noch wichtiger war jedoch jene theoretische Haltung, die die ArbeiterInnenklasse von der politischen Bühne verdrängte und durch „den Staatsbürger“ ersetzte.

Fundamental ging es um das Ende des Fordismus, die Transformation der Arbeit in Richtung immaterielle Produktion und den Hype der New Economy. Die Theorie war nicht imstande, diese Realität als Rekonstruktion des gleichen Systems zu verstehen. Die Philosophie hatte ihre zentrale Position zwar verloren, fand jedoch in den Konzepten des Dekonstruktivismus Befriedigung ihrer emanzipatorischen Ansprüche. Der vulgäre Postmodernismus entbindet die Intellektuellen von der historischen Last, ständig die „richtige Richtung“ zu legitimieren, gleichzeitig enthebt er sie aber auch jeglicher Verantwortung für die eigene Erzählung. Was ihnen bleibt ist die Freude am Sandkastenspiel der Ideen nach dem Vorbild von Slavoj Žižek, der innerhalb Sloweniens auf die Karte des neoliberalen Regimes setzt und außerhalb der nationalen Grenzen Sandburgen für linke NostalgikerInnen baut. Die „zivilgesellschaftlichen“ Intellektuellen der 80er-Jahre konnten sich den Sieg über das sozialistische Regime auf keine andere Art vorstellen, als mit Begehrlichkeit in die Triestiner oder Klagenfurter Auslagen zu glotzen. Das Begreifen des kapitalistischen Systems ging nicht über die naive Vorstellung eines Pyramidenspiels hinaus, bei dem angeblich alle reich werden würden.

Die ökologische Bewegung der 80er-Jahre hat sich nach der Unabhängigkeit in die Partei der Grünen verwandelt und trat in eine Koalition mit der rechtsnationalen DEMOS ein. Die Aufgabe, planetarische Aufgaben lokal umzusetzen, haben sie damit gegen Volkstümlichkeit eingetauscht und so politischen Selbstmord begangen. Die Bewegung für Staatsbürgerrechte der 80er mutet aus heutiger Sicht tragikomisch an. Der Kampf gegen den Artikel 33 des Strafgesetzes, einem Verbaldelikt[4], brachte uns damals dazu, Petitionen für spätere Extremisten zu unterschreiben: Šešelj, Paraga und Janša.

Es verblieb nur mehr ein Häuflein Identitätspolitik, angefangen von den Feministinnen bis hin zur Schwulen- und Lesbenbewegung und humanitären Gruppen, die am Rande des Balkankriegs dahinvegetierten. Wer nicht an die liberale Herrschaft angepasst war, hatte immer noch die Möglichkeit, innerhalb von NGOs zu überleben. Staat oder Onkel Soros boten genügend Mittel, einzelnen Arbeit zu verschaffen und den Ankauf von PCs, Büros samt Telefon zu ermöglichen; deren jährliche Aufgabe war, ein schönes Papier über die Menschenrechte zu verfassen, worin die hehren Ideale liberaldemokratischer Herrschaft nicht beschmutzt wurden. Nur ganz wenige innerhalb der besetzten Metelkova haben sich diesem humanitär-zivilgesellschaftlichem ABC widersetzt. Die Zivilgesellschaft hat sich also nicht entpolitisiert und in herrschaftliche Fauteuils begeben wie zum Beispiel Bavčar, Mitglied des Vorstandes der Vereinigung für Staatsbürgerrechte, sondern die Zivilgesellschaft war ihrem Wesen nach antipolitisch, weil sie in ihren Vorstellungen die Politik auf die Macht von Parteien reduzierte, statt sie aus der Logik ihrer eigenen Kämpfe heraus und über den Horizont des Neoliberalismus hinausgehend zu entwickeln.

Nur ganz wenige Gruppen wie zum Beispiele die YHD (Gruppe behinderter Jugendlicher) schafften Ende der 90er-Jahre den Übergang zu einer Politik von unten in einem sich öffnenden Raum der politischen Auseinandersetzung. Auch hierfür spielte Seattle eine wichtige symbolische Rolle: So demonstrierten 1999 auf den Straßen Ljubljanas zirka 10 Jugendliche, die Transparente mit der Aufschrift: „Wir sind die Kriminellen!“ mit sich trugen und mit erstaunten Passanten diskutierten. Eine Journalistin hat nämlich in der führenden slowenischen Zeitung geschrieben, dass die DemonstrantInnen in Seattle ganz gewöhnliche Kriminelle gewesen wären. Die Primitivität der Medienhetze verursachte ein ständiges Anwachsen der Bewegung. Bis Ende 2001 fiel diese Bewegung durch verschiedene kleinere Aktionen und Performances auf (so wurde zum Beispiel im Supermarkt Interspar ein neues Waschmittel, „Haidersil“, beworben, das mit Hilfe von „adolfophilen“ Flecken aus der Vergangenheit bereinigt), mit Solidaritätsaktionen, mit einem „Tag des autonomen Lebens Behinderter“, mit beständigem Widerstand gegen Polizeiaktionen in der besetzten Metelkova, mit der Teilnahme an den Protesten in Prag und dem ständigen Hinweis auf die Aktionen der Staatsgewalt gegen deren TeilnehmerInnen.

Von Anfang an waren alle Aktionen auf die Öffnung von politischen Räumen gerichtet, auf die Erneuerung von politischem Tun, das von den Partitokraten durch Spektakel in den Medien, durch Medienhetze und Konsum abgewürgt wird. Die Herrschaft hat sich dieser Bewegung mit dem ideologischen Konstrukt eines gefährlichen Antiglobalismus entgegengestellt, der aber ausschließlich eine Ausgeburt der mit der Macht kooperierenden Medien war. Die Repressionsorgane haben wie auch andere Institutionen der Oligarchie die entstehenden Bewegungen übersehen und missachtet, jeden-

falls so lange bis sie von außen anderslautende Anweisungen erhielten.

Das entstehende Netz der Bewegungen benötigte nur eine minimale Koordination, die das Büro für Intervention, UZI (Urad za interventije), leistete. Freilich gab es keinerlei Infrastruktur, nicht mal eine Organisation oder eine Führung, keine Mitgliedschaft oder Ähnliches, also nichts was die Einbildungen der paranoiden Spitzel anregen hätte können. Das UZI war vor allem eine Weiterführung verschiedener Plena, bei denen verschiedene AktivistInnen, Interessensgruppen und so gut wie nie VertreterInnen von irgendwelchen Organisationen mitarbeiteten, weil der Widerstand gegen parteipolitische und autoritäre Prinzipien dominierte. Allerdings musste auch das UZI bei diesen Treffen noch allerlei lernen, weswegen sie auch oft als chaotisch und anstrengend erlebt wurden. Der Konsens war nicht durch Abstimmung herbeizuführen, die TeilnehmerInnen kamen und gingen, es wurde durcheinandergesprochen, es war verraucht, die Atmosphäre emotionsgeladen, akademische Diskurse wechselten sich mit lyrischen ab. In den Diskussionen konnten sich Gruppen und ideologische Differenzen profilieren. Solche chaotischen Treffen waren später der Schlüssel zum Erfolg des UZI, denn der Horizontalismus stärkte die Eigeninitiative der Gruppen. Es entwickelten sich gut überlegte Formen der Informationsweitergabe (Mailinglists, Flugblätter, Graffiti, SMS), der Herstellung von Transparenten, es wurden Erfahrungen gesammelt mit Performances, der Veranstaltung Runder Tische und von Fachgesprächen, bei der Arbeit mit den Medien also insgesamt der Herstellung einer Gegenöffentlichkeit. 2001 war der Höhepunkt der Aktivitäten des UZI.

Am 21. Februar 2001 organisierte das UZI eine Demonstration der Solidarität mit Flüchtlingen und gegen Fremdenfeindlichkeit (gegen die „Diktatur des Krainerwürschtls“). Im zum Transitland gewordenen Slowenien nahm die „illegale“ Migration immer mehr zu, was scharfe Repressionsmaßnahmen auslöste (z.B. die Erschießung eines Flüchtlings aus dem Iran), die Jagd auf Flüchtlinge und die prinzipielle Verdächtigung aller, die nicht den üblichen lokalen „Rassenmerkmalen“ entsprechen. Diese Jagd wurde unterstützt durch eine rassistische Medienhetze, die für Flüchtlinge inhumane Bezeichnungen verwendete: Überschwemmung, Ungeziefer, Epidemie, hygienische Bedrohung und so weiter. In einem Land, in dem die Menschen auch deshalb überlebten, weil sie sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen emigriert waren, haben in dieser Frage nur ganz wenige ein Minimum an menschlicher Solidarität und Anständigkeit gezeigt. In Fällen von rassistischen Ausschreitungen dagegen waren Polizei und Justiz unglaublich geduldig (Nazi-Skins Aufmarsch auf der Trubarjeva). Dem UZI ist es mit öffentlichen Tribunalen und Mahnwachen unter dem Solidaritätstransparent vor dem Flüchtlingsheim in Šiška (Stadtteil von Ljubljana) und mit einer sorgfältigen Medienarbeit gelungen, eine breitere Öffentlichkeit für diese Demonstration zu gewinnen. Es gibt doch immerhin eine Handvoll JournalistInnen, die mit der Verbreitung einer xenophoben Hysterie nicht einverstanden

magazin für linke debatte und praxis



Prekarität:

- hinterm Verkaufstisch
- mit und ohne Greencard
- in linken und anderen Projekten
- in Serbien, Argentinien, Südafrika
- jenseits der Normalarbeit
- im Kampf um soziale Rechte
- am Rande ökonomischer Verwertung
- als Lebensentwurf

4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen

Bestellungen an:
fantomas@akweb.de
ak – analyse + kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175

sind. Um sich der medialen Produktion von einzelnen Führungspersönlichkeiten entgegenzustellen, hat das UZI seine Kommuniques immer mit „Nada Hass“ unterzeichnet. Nada heißt auf Spanisch nichts und ist zugleich in Slowenien ein beliebter weiblicher Vorname. Und Hass ist, nun ja ... Nada Hass hatte zwar zahlreiche Telefoninterviews, im Fernsehen trat sie jedoch nie auf. So manchen irritierte das Einbringen des Spielerischen, von Ironie und Performance in die Sphäre des Poltischen sehr. Die Vorwürfe waren zumeist moralischer Natur: Das UZI handle aus einer nebulosen Theorie des Vitalismus heraus, betreibe eine neue Form von Biopolitik oder stelle einer Ordnung des Todes simpel eine Ordnung des Lebens entgegen. Die Ursprünge der Aktionen des UZI sind jedoch im Situationismus zu erblicken, das heißt in der Spaßguerilla.

Die Demonstration zur Unterstützung der Flüchtlinge hat wider Erwarten Tausende mobilisiert. Es war eine der ersten Massendemonstrationen, die nicht vom nationalistischen Fieber befeuert, sondern solidarisch motiviert war. Außerdem scherte sie sich einen Dreck um irgendwelche Erlaubnisse der Behörden, auf den Straßen flanieren zu dürfen, und schon gar nicht um allfällige Sensibilitäten von UnterstützerInnen der Xenophobie. An der Demonstration nahmen zahlreiche Gruppen aus dem Ausland teil, deren größte wohl die italienischen Tute Bianche stellten. Bildende Künstler unterstützten die Demonstration genauso wie eine ganze Menge Straßentheatergruppen. Das Friedensinstitut initiierte die Aktion „Spielzeug für inhaftierte Kinder“ und kümmerte sich später um die Veröffentlichung verschiedener Artikel, welche sich der Analyse der medialen Ausländerhetze widmeten. Zum ersten Mal wurde in den Reden nicht nur der gesamte Horizont humanistischer Argumentationen formuliert, sondern auch eine Verbindung der rassistischen Gewalt mit dem neoliberalen Kapitalismus hergestellt. Innerhalb des UZI wurde danach noch lange darüber diskutiert, was diese Demonstration eigentlich bewirkt hat. Es herrschte die Meinung vor, dass sich zwar die Gewalt und die Politik gegen Flüchtlinge in Slowenien nicht (Slowenien war damals schon EU-Beitrittskandidat), allerdings die Medienberichterstattung sich etwas zum Besseren verändert hat. Die Mobilisierungsfähigkeit der AntiglobalistInnen überraschte die Machthaber dennoch und sie begannen eine Gegenoffensive vorzubereiten.

Das nächste größere Ereignis war das „Festival des Widerstandes“, das für den 16. Juni 2001 einberufen wurde und sich auf zwei Anlässe bezog: Der eine war die Volksabstimmung zur Abschaffung der Abtreibung, welche von der Rechten initiiert worden war. Die politische, mediale und kirchliche moralische Aufrüstung war in erster Linie gegen die lesbische Gemeinschaft gerichtet. Diese Abstimmung wurde für die Rechte zum Mobilisierungsmodell: Abstimmungen, die in der Geschichte des demokratischen Kampfes ein Instrumenten zur Behauptung unserer Rechte waren, pervertierten in Slowenien zum Mittel der Identifizierung und Ausgrenzung von Minderheiten und zur Beschränkung von deren Rechten. Die moralische Aufrüstung, die immer wieder neu angeschoben wurde, kam auch dem liberalen Block an der Macht zugute, der sich als Verteidiger der staatsbürgerlichen Freiheiten zu verkaufen versuchte.

Der zweite Anlass war das Treffen der Präsidenten Bush und Putin in Brdo bei Kranj. Die derzeitige Regierungspolitik ist inhaltsleer und versteht sich vor allem als politisches Marketing. Daher erstaunt es nicht, dass die lokale Oligarchie in diesem Präsidententreffen lediglich eine Gelegenheit zur Selbstpromotion erblickte. Die so genannte „Politik“ befand es nicht ein einziges Mal für wert, Einwände und Bedenken gegen die von diesen Gästen repräsentierten kriminellen Aktivitäten zu formulieren. Putin nahm den TschetschenInnen auf blutige Weise jenes Recht auf Selbstbestimmung, das den Hiesigen bei der Abspaltung von Jugoslawien als so selbstverständlich erschienen war. Bush wiederum kam auf Grund von Fälschungen an die Macht und steht für eine aggressive Politik, die zuletzt zur militärischen Okkupation des Irak führte.

Das idyllische Bild von Brdo wurde ordentlich angepatzt. Außerdem wurde in den internationalen Medien einzig und allein darüber berichtet, während die Eigenpromotion der lokalen Elite übersehen wurde. Obwohl kein Besuch der Präsidenten in der Hauptstadt vorgesehen war, das Festival aber im Tivolipark in Ljubljana stattfand, zernierten die Behörden die Stadt: Sie stellten Tretgitter und Barrikaden bereit, kauften „Robocop“-Kampfausrüstung, liehen sich von Kroatien Wasserwerfer, engagierten berittene Polizei und Hubschrauber und beriefen die Polizeireserve ein. Gleichzeitig belauschten und beschatteten sie ihnen verdächtige OrganisatorInnen, perlustrierten manche und übten Druck auf die Menschen aus. Die Grenzen wurden für mögliche DemonstrantInnen aus dem Ausland geschlossen. In der Stadt selber machten sie Jagd auf „verdächtige“ AusländerInnen und verhafteten sie (darunter auch so manche TouristIn). Ohne Schwierigkeiten setzten die Behörden den Rechtsstaat außer Kraft und führten den Ausnahmezustand ein. Die Straßen glichen denen in Chile oder Griechenland in der Zeit nach den Staatsstreichen. Ein absichtlich niedrig fliegender

Hubschrauber vertrieb mit seinem Krach und den aufgewirbelten Luftstößen Familien mit kleinen Kindern aus dem Tivoli, die mit der Teilnahme ihre Ablehnung des Treffens in Brdo zum Ausdruck bringen wollten. Italienischen DemonstrantInnen wurde der Grenzübertritt verweigert und die slowenische Polizei begeilte sich am Einsatz ihrer Gummiknüppel. Trotz all dem zog eine Gruppe Protestierender durch die Stadt. An der Zurschaustellung der Staatsgewalt und dem aggressiven Verhalten der Staatsorgane war zu ersehen, dass die Behörden auf einen Clash hinauswollten. Eine Fernsehjournalistin hat mit dem Demonstrationszug im Hintergrund live berichtet: „Wie sie sehen, es passiert noch nichts.“ Ohne Feuer und Blut keine Nachricht! Die Bedeutung von Ideen muss jedoch herabgemindert werden. Der Demonstration war es gelungen, jede Provokation zu vermeiden. Es wurde sogar eine Gruppe zur Beseitigung des zurückbleibenden Mülls organisiert. Die einzigen Opfer waren reihenweise kollabierende Polizisten, weil ihre Robocop-Ausrüstung für den heißen Sommertag vollkommen ungeeignet war.

Der Innenminister hat in den Wochen danach den faktischen Ausnahmezustand zu „überzogenen Sicherheitsmaßnahmen“ kleingeredet. Diese „überzogenen Sicherheitsmaßnahmen“ waren jedoch nicht nur ein lokaler Ausrutscher, sondern entsprachen einer geplanten Veränderung des Paradigmas im Kampf gegen die GlobalisierungsgegnerInnen, wie sie die Koordination der europäischen und amerikanischen Repressionsapparate und Geheimdienste entwickelt hatten. In Ljubljana ging es sozusagen nur um ein kleines Laborexperiment vor dem Julitreffen der G8 in Genua. Slowenien erhielt erhebliche technische Unterstützung für die Überwachung von Mobiltelefonaten und E-Mails. Diesem Treiben setzte das UZI wohl am effektivsten seinen Widerstand entgegen, da es ja keine Organisation ist, sondern die Vernetzung von Widerstandsideen und -methoden. Deshalb wurde die Überwachung von Seiten der Behörden auch zur Unterstützung der Verbreitung ihres burlesken Tuns genutzt: Obwohl das Festival des Widerstands auf Ljubljana konzentriert war, begann mensch damit, in E-Mails das Kennwort „Heidelbeere“ zu verbreiten und dieses mit erfundenen SyndikalistInnen zu verbinden, welche aus Jesenice (große BergarbeiterInnenstadt in Slowenien) durch die Wälder, die das Objekt Brdo umgeben, gegen Brdo marschieren würden. Alle Bäume wurden daraufhin sorgfältigst bewacht. Dieses Zum-Narren-Halten und Lächerlich-Machen der Behörden und der Polizei war (und ist) wohl die stärkste Waffe der Bewegung. Es geht dabei schlicht um die Tatsache, dass sie sich nicht in eine frontale Konfrontation ziehen lässt, welche dann nur die Herrschaft in ihrer Funktion, „Recht und Ordnung“ wieder herzustellen, legitimieren würde. Deshalb entstand innerhalb der Bewegung wieder die Praxis des Öffnens politischer Räume in den parallel und außerhalb des Systems stehenden Lebenszusammenhängen. Diese Räume, diese Formen, diese Methoden und Gruppen haben keine Dauer, mit den Worten von Hakim Bey: „Es sind temporäre autonome Zonen“. Die Antwort der Macht kann nur die totale Kontrolle des Lebens und seine Militarisierung sein beziehungsweise das, was wir nach den G8- und September 11-Ereignissen, den permanenten globalen Krieg oder den Vierten Weltkrieg nennen.

Die slowenische Staatsmacht ist hierbei operativ vollkommen den italienischen Behörden untergeordnet. In Italien kam es zu jener Zeit zu einem Machtwechsel, durch den sich die äußerste Rechte unter der Führung Berlusconis etablierte. Der Innenminister kam aus den Reihen der (reformierten) Faschisten. Interessant ist seine enge Verbindung zu seinem slowenischen Kollegen, der aus den Reihen der (reformierten) Kommunisten stammt. Der italienische Geheimdienst hat sich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei der Heraufbeschwörung des Klimas für den Ausnahmezustand zahlreicher Verbrechen schuldig gemacht: Wir erinnern uns der der Opposition unterschobenen Bombenattentate, denen hunderte ItalienerInnen zum Opfer fielen, wir erinnern uns an seltsame Verbindungen mit den Roten Brigaden und wir erinnern uns an den militärischen Geheimdienst Gladio, der unter anderem auch die slowenische Minderheit in Italien terrorisierte. Nichts davon trübte die brüderliche Zusammenarbeit zwischen den reformierten TotalitaristInnen aus Rom und Ljubljana. Guy Debord hat Recht: Das Vergessen ist ein Schlüsselmechanismus des Staatsspektakels.

Das nächste wichtige Ereignis war die Organisation des Tabor-brez-meja-Camps in Petišovcih in Prekmurje. Das internationale Netzwerk der sommerlichen No-Border-Camps soll jene Kultur verbreiten, die sich Grenzen widersetzt, die Hindernisse der freien Bewegung der Menschen darstellen (Kein Mensch ist illegal!). Diese Freiheit behält der globale Neoliberalismus nur den Waren und dem Kapital vor. Die Proteste in Genua waren auch für die Bewegungen in Slowenien ausschlaggebend: ein Teil verband sich eng mit antirassistischen Gruppen, ein anderer bewegte sich in der Nähe des Black Blocks. Diese Differenz hat später jedoch nicht die Zusammenarbeit verhindert. Die Repressionsmacht schloss sich der neuen militanten Politik gegen die Gegner des Neoliberalismus an. Deshalb haben sie gemeinsam mit den italienischen Repressionsapparaten die „Molotowaffäre“ ausge-

kocht. Exakt eine Woche nach der Ermordung von Carlo Guliani legten die TeilnehmerInnen an den Protesten in Genua vor der italienischen Botschaft in Ljubljana Blumen nieder und zündeten Kerzen an. Das war an einem Freitag. Am Sonntag, stürmten Polizisten in aller Früh meine Wohnung und führten mich ohne jede Erklärung in die Polizeizentrale ab. Dort sammelte sich eine Sondereinheit, mehr als 30 Polizisten, die ins AKC Metelkova abkommandiert wurde, um das Büro des UZI zu durchsuchen, denn auf die italienische Botschaft sei ein Molotowanschlag verübt worden. Da es den Sitz des UZI aber nicht gibt, haben die Polizisten dort eine Stunde herumgeschnüffelt und sind dann nach Hause gegangen. Die Polizei durchsuchte Wohnungen, verhörte AktivistInnen und zwang sie zum Test am Lügendetektor. Ein Polizeijournalist hatte eine Zeitungsente ausgebrütet. Auf diese Provokation hin hatten sich AktivistInnen und unabhängige Medien sehr schnell aktiviert, mobilisierten zahlreiche ExpertInnen, denn es war klar, dass die ganze Affäre zur Einschüchterung von neuen politischen AktivistInnen gedacht war. Die alten Methoden der UDPA (Geheimpolizei im alten Jugoslawien) einschließlich des Drucks auf den akademischen Bereich wegen der Anstellung von Aktivisten fruchteten jedoch nicht. Mehr noch, es bewahrheitete sich Hegels Aussage, dass sich in der Geschichte Tragödien als Farce wiederholen. Alle repressiven Maßnahmen und das Konstrukt der Polizei wurde zum Gegenstand öffentlichen Gelächters, wodurch die Einschüchterung ergebnislos blieb. Aus Polizeikreisen sickerte schließlich die kleine Nachricht durch, dass es den Molotowanschlag gar nicht gegeben hatte. Es sei nur etwas Kerzenwachs am inkriminierten Ort gefunden worden. Der reformierte Innenminister reformierte sich noch einmal und tagte gemeinsam mit beiden Staatssekretären und drei AktivistInnen des UZI und wollte eine gemeinsame Presseerklärung zustande bringen. Im Gefolge eines späteren Auftritts im Theater Gromki wurden ihm in einer Zeitung folgende Ideen zugeschrieben: Dem Minister stünden die Ideen der GlobalisierungsgegnerInnen sogar nahe. – Im AKC Metelkova steht heute ein Denkmal aus Granit, das einen Sessel darstellt, auf dem „Sitz des UZI“ steht. Zum Zeichen der Versöhnung und der Verbesserung der Beziehungen spielte einige Monate nach der erfolglosen „Molotowaffäre“ bei der Denkmalenthüllung sogar ein Bläserquintett der slowenischen Polizei.

Die letzte Aktion des UZI war die Quatarza, ein Antikriegs-Straßenfest. Dieses Fest verwies auf das Treffen der WTO in Quatar und brachte zugleich auch die Ablehnung der Agression gegen das afghanische Volk zum Ausdruck. Heute sehen wir, dass dieser so genannte „Krieg gegen den Terrorismus“ den Terrorismus auf beiden Seiten (Bush/Laden) nur verstärkte: Von Madrid über Bagdad bis Beslan starben über zehntausende Unschuldige. Die Quatarza folgte dem Muster von „Reclaim the Streets“: Das Straßenfest war die Wiedereroberung öffentlichen Raums, welcher ansonsten einzig und allein zur Werbefläche degradiert wird, um politischem Ausdruck und politischer Kommunikation wieder einen Ort zu geben. In Koordinationssitzungen des UZI war beschlossen worden, dass die Maria Saaler Straße besetzt wird, um dort den freitäglich-dichten Verkehr zu blockieren. Wie gewöhnlich wurde auf diesen Sitzungen die Medienarbeit, der Druck und die Verteilung von Flugblättern, das Kochen und die Ausgabe von Essen, die Beschallung und Ähnliches besprochen. An diesen Sitzungen hat sich der Anarchopunk-Block nicht beteiligt. Lediglich zwei „Vermittler“ waren anwesend, die sich aber nicht zu Wort meldeten. Die Proteste haben eine große Anzahl von Menschen versammelt, die ihre Ablehnung gegenüber der immer stärkeren Militarisierung zum Ausdruck bringen wollten. Die sich im Black Block formierenden Anarchisten erschienen in ihrer üblichen Ikonographie, um ihre subkulturelle Isolation noch zu verdeutlichen. Sie besetzten eine andere Straße, nämlich die Wiener Straße, und bezeichneten die Besetzung der Maria Saaler Straße als halbe Lösung und zu wenig radikal. Das Resultat ihrer Besetzung war jedoch lediglich eine Blockade von Autobussen, nicht jedoch des privaten Verkehrs.

Es handelt sich nicht nur um Differenzen bei der Durchführung von Straßenbesetzungen, sondern vor allem um das unterschiedliche Selbstverständnis politischen Tuns. Sollen Besetzungen bestimmter öffentlicher Räume deren Öffnung zur Ermöglichung der politischen Äußerung aller nützen, die das System in politischer Apathie abdrängen will, oder sollen sie der narzißtischen Zur-Schau-Stellung der Macht und der Blockade all jener dienen, die nicht Teil dieser subkulturellen Identität sind? Darüber entstand auch eine Auseinandersetzung zwischen den Besetzern und jenen Leuten, die in den blockierten Autobussen festsaßen. Zum Ausdruck kam dabei die identitären Muster einer solchen subkulturellen Politik: „Wir“ und „sie“, wobei sich das „Wir“ mit messianischen Avantgardismus paarte: Weil „sie“ halt nichts verstehen! „Sie“ sind unnötig, ihre Stimme unbrauchbar, sollen sie doch zu Hause oder in der Arbeit oder blockiert in den Autobussen sitzen, denn für „sie“ sprechen ohnehin „wir“. Der Anarchismus hat sich ähnlich dem Kommunismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgeformt und so manches hat sich über das Paradigma dieser identitär-avantgardistischen Politik ins 21. Jahrhundert hinübergerettet. Das bedeutete auch das Ende des UZI, das sich wohl auch deshalb auf-

lösen musste, weil es eine Umgruppierung der AktivistInnen gegeben hat. Besonders schädlich wirkte sich eine Medienkampagne aus, die das UZI als straffe Organisation mit Mitgliedern darstellte. Die Konsequenz davon war, dass einige, einschließlich so genannter Promis, denen der Aktivismus einen Imagevorteil zu ermöglichen schien, tatsächlich „beitreten“ wollten. – Das Jahr 2001 neigte sich dem Ende zu. Im Winter machten sich die ersten slowenischen AktivistInnen zu den ZapatistInnen in den Lakadonischen Urwald auf und arbeiten seither jährlich mit ihnen zusammen.

Im Jahr 2002 konzentrierten sich die Bewegungen darauf, den Eintritt Sloweniens in die NATO zu verhindern, denn der Beitritt bedeutete auf lokaler Ebene die Stärkung des Militarismus und insgesamt die Stärkung des globalen Krieges. Innerhalb eines Jahres ist es gelungen, ohne materielle Unterstützung, über 100 AktivistInnen, JournalistInnen, Intellektuelle, KünsterlerInnen und sogar einzelne Stimmen aus den Reihen des politischen Establishments zu vernetzen. Einfallsreichtum und Selbstorganisation der Leute dominierten die Arbeit in dieser Bewegung. Im Internet wuchsen die Anti-NATO-Seiten, auf privaten PCs wurden Flugblätter produziert, die sich heimlich verbreiteten und an unmöglichen Orten wieder auftauchten. In der öffentlich zugänglichen Bibliothek des Verteidigungsministeriums stand ein Gratisfotokopierer zur Verfügung: Auf diese Weise hat auch der Staat etwas zur antimilitaristischen Kampagne beigetragen. Den AktivistInnen kam der staatliche Diskurs über die NATO sehr gelegen, denn man konnte ihn leicht ins Lächerliche ziehen. Aus „Natopis“ (Natobeitritt) wurde zum Beispiel „Natopiss“, die lichtvollen Ausführungen des Außenministers Rupel waren eine unerschöpfliche Quelle der Belustigung. In den Räumen des AKC Metelkova und AC Molotov wurden nächtelang Transparente gemalt, weit über 100, die dann an Autobahnen, Unterführungen und anderen wichtigen Orten aufgehängt wurden.

Gleichzeitig kristallisierte sich eine Solidaritätsgruppe mit den *Flüchtlingen auf Zeit* aus Bosnien heraus, welche der Staat über Nacht hinauswerfen wollte, obwohl alle ihre Häuser, die meisten um Srebrenica, zerstört beziehungsweise besetzt waren. Zum ersten Mal haben sich Flüchtlinge im Stadtteil Vič selbst organisiert ohne Schirmherrschaft von NGO´s beziehungsweise „humanitärer“ Organisationen, die von ihrer Abhängigkeit leben würden. Im Mai wurde im Flüchtlingszentrum in Vič ein Fest organisiert: *I kapak*!, das wiederum erneut der Öffnung von politischen Räumen diente und so genannte Unsichtbare sichtbar machte. Die Verschwiegenen hatten das Wort und bewirkten so eine breitere Solidarität mit ihrem Kampf. Anstelle des Avantgardismus und Paternalismus traten die Menschen, die Politik zu machen lernten, selbst gegen die staatliche Bürokratie auf, die mit ihnen kurzen Prozess machen wollte. Trotz Einschüchterung und Manipulationen erkämpften die Flüchtlinge eine Kompromisslösung.

Die politische Aktivität und die Veranstaltungen der autonomen Anarchopunkszene Molotov sowie das Zur-Verfügung-Stellen der Räume, um Anti-Nato-Aktivitäten zu organisieren, und die damit im Zusammenhang stehende Medienaufmerksamkeit waren Anlässe, behördlich gegen die HausbesetzerInnen vorzugehen. Da sich das von ihnen besetzte Haus im Besitz der staatlichen Eisenbahnen befand, wurde auf sie nicht nur öffentlicher, sondern auch juristischer Druck seitens der Eisenbahndirektion ausgeübt. Polizeieinsätze, paramilitärisches Auftreten der Geheimdienste und diverse Inspektionen durch das Gesundheitsamt lösten einander in ununterbrochener Folge ab. Eine breite Solidaritätsbewegung verhinderte das Anrücken von Bulldozern. Am Dach des Gebäudes stellten die Aktivisten Zelte auf, in denen sie nicht nur schliefen, sondern auch mannigfaltige kulturelle Veranstaltungen organisierten: Konzerte, Filme, Lesungen etc. Eine breite juristische und mediale Unterstützung war die Folge, woraufhin die Stadtverwaltung das Überleben der Molotovs etwas verlängerte, indem ihnen ein Ersatzquartier angeboten wurde. Heute gibt es weder dieses Ersatzobjekt noch das besetzte Haus auf der Kurilni ka 2.

Mitte des Jahres 2002 wurde das zweite „no border“-Camp im Dreiländereck bei Gorica organisiert, das ein vielfältiges Programm bot. Das Kollektiv „Food not Bombs“ versorgte die zahlreichen TeilnehmerInnen. Eine große Anzahl von Workshops wechselten einander ab: Schnitttechnik für VideokünstlerInnen, Töpferei, Infopoints, Trommelkurse, Vorträge über Ökologie standen genauso am Programm wie zwei Symposien, das eine über NATO-Militarisierung das andere über globale Prozesse, an dem unter anderem der berühmte Soziologe, Theologe und Aktivist François Houtart teilnahm. Bewusst wurden Kontakte zur ansässigen Jugend hergestellt und Romakinder einbezogen. Am letzten Tag drangen AktivistInnen in das Flüchtlingslager in Vidoncih ein, indem auch sehr viele Kinder eingesperrt waren. Dadurch wurde die Öffentlichkeit erneut auf dieses Lager aufmerksam gemacht, wobei einige der dort Internierten im allgemeinen Chaos das Recht auf freie Bewegung zur Geltung brachten und vor allem die Kinder sich am ungewöhnlichen Besuch erfreuten. Die No-NATO-Kampagne ging von antimilitaristischen Positionen aus und war Teil einer umfassenderen Ablehnung

des Krieges der Ökonomie und einer Kultur der Angst. Die neuen politischen Bewegungen, die gegen den NATO-Beitritt Sloweniens agierten, betraten damit völlig neues Terrain. Diese Bewegungen haben keine nationale Identität und leben in internationalen Netzwerken. Sie sind das planetare Pendant zum globalen Neoliberalismus. Deshalb haben Standpunkte und Werthaltungen, die diese Bewegungen politisch lokalisieren und aktionistisch konkretisieren, zumeist universellen Charakter: Friede, eine Welt ohne Grenzen, kulturelle Pluralität, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit und Ähnliches. Die slowenische Anti-NATO-Kampagne konnte sich auf den ersten Blick mit diesen Zielvorstellungen nicht identifizieren, weil sie sich in sehr engem nationalistischen Kontext formulierte, in welchem sich so einige NATO-Skeptiker extrem nationalistischer Argumente bedienten, zum Beispiel des Mythos der nationalen Souveränität, der rassistischen Bedrohung durch amerikanische Stützpunkte und deren Soldaten oder einen nationalistischen Egoismus zur Grundlage hatten: Zahlt sich das aus? Ist der Beitritt nicht zu teuer? Darüber hinaus war die Bewegung häufig in einen zumeist unausgewogenen Mediendialog mit den Machthabern gezwungen. Das lässt sich mit der Idee, einer frontalen Konfrontation mit dem Staat auszuweichen, und dem Aufbau paralleler politischer Räume beziehungsweise dem Eröffnen neuer politischer Diskurse nicht gut vereinbaren. Dessen ungeachtet ist es der antimilitaristischen Bewegung gelungen, durchzusetzen, dass in der Kampagne eine universalistische und nicht eine nationalistische Motivation überwog. Das hat leider nicht zum Sieg bei der Abstimmung und zur Verhinderung des NATO-Beitritts geführt, was aber auch nicht das vordringlichste Ziel der Bewegung war. Das wichtigste Ziel war wie stets im Widerstand Gemeinschaft herzustellen. Wesentlichster Ausgangspunkt der Politik ist die menschliche Würde und diese ist nur im Widerstand gegen die Entmenschlichung in allen Lebensbereichen zu finden. Das ist die zentrale Idee, die Methoden und Anregungen, Einzelne und Gruppen bei ihren Auftritten gegen die NATO einte. Die Veranstaltungen, die am 7. November begannen, gipfelten in einer Demonstration unter dem Motto: „Gebt uns nicht die NATO, gebt uns Frieden!" am 9. November. Sie haben durch ihren fröhlichen Spektakelcharakter, durch Auftritte von Theater- und Musikgruppen, Speakers Points und Ähnliches urbanen öffentlichen Raum verändert und diesen der Apathie und Konsumgier entzogen. Zur gleichen Zeit hat ein neuer Teil der Bewegung das Europäische Sozialforum in Florenz mitgestaltet, dessen wichtigster Beschluss die Ablehnung und die Sabotage des Kriegs, insbesondere des geplanten Angriffs auf den Irak war.

Auf Anregung des Europäischen Sozialforums und des Weltsozialforums in Porto Alegre wurde weltweit für den 15. Februar zu einem Antikriegsaktionstag aufgerufen. In mehr als 1.000 Städten der Welt beteiligten sich Millionen Menschen an diesen Demonstrationen. In Ljubljana hat die Antikriegskoalition die Demonstration unter das Motto „Friedensmarsch der Kollateralschäden" gestellt. Das Wesentliche an dieser Demonstration in Slowenien war, dass die antimilitaristische Mobilisierung keinem plumpen Antiamerikanismus huldigte und nationalistischen Tendenzen auswich. Die OrganisatorInnen boten mit dieser Demonstration jedem/jeder die Möglichkeit, seinen/ihren Protest gegen die Aggression gegen den Irak Ausdruck zu verleihen und der offiziellen Unterstützung des Krieges entgegenzutreten. Die Slowenische Wirtschaftskammer zum Beispiel hat unter dem Vorwand des Wiederaufbaus bereits Gespräche über wirtschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten im Nachkriegs-Irak geführt. Andererseits hat sich aber auch eine Gruppe von AktivistInnen aus Slowenien in den Irak aufgemacht, um dort als lebende Schutzschilder zu fungieren. Gegen diese menschlichen Schutzschilder richtete sich in Slowenien eine der schlimmsten Medienkampagnen. Im Gefolge dieser Demonstration bildeten sich in Slowenien zwei antimilitaristische Zusammenhänge heraus: die aktive Friedenszone (AMO) und die aktive, mobile Friedenszone (AMMO). Beide verstanden sich als Antwort auf die militaristische Politik des Staates und organisierten vor allem an Mittelschulen, an den Fakultäten der Universität, aber auch in anderen Bereichen Anti-Kriegs-Veranstaltungen. Beide Aktionsallianzen verstanden sich als Raum, in dem jene, die ohne Stimme sind, zu Wort kommen können. Diese Diskurse haben verstärkt durch das Bewusstsein, damit in einem internationalen Zusammenhang zu stehen, vermehrt zu individuellen und organisierten direkten Aktionen ermuntert. So hat zum Beispiel AMMO die „mobilen Kollateralschäden" organisiert, indem sie den Verkehr mit Kriegsopferperformances blockierten. Für kurze Zeit wurde auch der Eingangsbereich der britischen Botschaft



besetzt. Genauso die US-Botschaft, indem deren gesamter Bereich zur aktiven Friedenszone erklärt wurde. Zwischen Februar und April kam es zu zahlreichen weiteren Aktionen und Treffen, bei denen unter anderem auch Redner aus den USA auftraten. Die entschlossenste Aktivität war die Aktion „Halten wir den Zug des Todes auf!", in deren Rahmen AktivistInnen nach Italien fuhren, um dort gemeinsam mit italienischen AntimilitaristInnen einen Mannschaftstransportzug aufzuhalten.

Ende 2002 sind neue politische ProtagonistInnen zur sozialen Bewegung in Slowenien gestoßen, und zwar die AktivistInnen der so genannten Ausgelöschten. Anders als in der *I kapak!*-Kampagne der bosnischen Flüchtlinge haben diesmal die politischen Aktivisten **nicht** im Namen der so genannten Ausgelöschten agiert und Schutzherrschaft über sie übernommen. Jetzt ging es um eine solidarische Vernetzung, bei der es um kollektive Arbeit und den Austausch von Erfahrungen ging. Hilfe wurde geboten bei der Öffnung von öffentlichen Räumen, bei Kontakten zu Medien und bei der Initiierung von akademischen Diskursen sowie auch technische Unterstützung. Weil die neuen politischen Bewegungen Teil des globalen Widerstandsnetzes sind, trugen sie viel zur Information der internationalen Öffentlichkeit bei. Über die so genannten Ausgelöschten wurden sowohl das ESF in Paris als auch die Gegner des WTO-Treffens in Cancún informiert. In Paris hat eine internationale AktivistInnengemeinschaft die Botschaft von Slowenien besetzt, um gegen das slowenische Vorgehen gegen die Ausgelöschten zu protestieren. Der politische Kampf der Ausgelöschten ist ein wesentlicher Teil der slowenischen sozialen Bewegungen und man kann sie mit den französischen Sans Papiers vergleichen. Sie ist nicht nur Ausdruck des beharrlichen Bestehens auf Würde in einer extrem nationalistischen Umgebung, sondern auch ein Beispiel dafür, wie politisches Arbeiten in einer extrem antipolitischen Umgebung möglich wird. Die Oligarchie nützt die Ausgelöschten aus, die politische Rechte benützt sie für ihre Hetzkampagnen, die Linke macht genau dieselbe Politik, wenn sie den Innenminister stellt und versucht durch rechtliche Diskriminierung der Ausgegrenzten bei den WählerInnen Punkte zu machen. Die „Auslöschung aus dem Melderegister" im Februar 1992, die zahlreiche persönliche Tragödien auslöste, war ihrem Wesen nach eine ethnische Säuberung und ein Verbrechen an zahlreichen Menschen, das noch auf entsprechende internationale Reaktionen wartet. Die politische Aktivität der Ausgelöschten ist nicht nur wegen des äußeren Drucks schwer, sie müssen sich auch intern mit einem antipolitischen Legalismus konfrontieren, der mit den Regierungsparteien und dem allgemeinen Wunsch in Verbindung steht, dass nach der Beseitigung dieses „Einzelproblems" sich alle wieder problemlos in das System integrieren.

Im Februar 2004 wurde wieder, wie schon im Jahr davor, eine Woche der Solidarität mit den Ausgelöschten organisiert. Öffentliche Tribunale, Berichte Betroffener und direkte Aktionen wie zum Beispiel das Abtragen der Mauer des Ausschlusses vor dem Haus der SDS (Slowenische Demokratische Partei) gipfelten in einer gemeinsamen Demonstration unter dem Motto „Freiheit ist Differenz". Ähnliche Aktivitäten löste das Referendum gegen die Ausgelöschten aus, das die extreme Rechte erzwungen hatte. Bei der Abschlusskundgebung am Prešern - Platz unter dem Motto „Wir sind die Ausgelöschten" traten zahlreiche slowenische LiteratInnen unter Federführung des Lyrikers Boris A. Novak auf und unterstützten die Anliegen der Ausgelöschten.

Die einen Monat später stattfindende Demonstration „Eure Kriege, unsre Toten" anlässlich des Bombenattentats, dem in Madrid über 190 Menschen zum Opfer fielen, aber auch anlässlich der einjährigen Besatzung des Irak, die über 10.000 Menschenleben gekostet hat, war als Unterstützung der spanischen Multitude gedacht. Diese Multitude, die sich auf Grundlage antimilitaristischer Prinzipien herausgebildet hatte, zeigte auf die wahren Schuldigen, die politische Elite, die sie wenige Tage später um die Macht brachte. In Spanien saßen sie nicht der nationalistischen und antiislamistischen Hysterie auf, sondern erkannten, dass es um einen permanenten Krieg mit zwei Fratzen (neoliberaler Militarismus und Terrorismus) geht, rückten ihre Aktion in den Bereich der Eröffnung politischer Räume, die die neue Regierung dem Grundsatz des gehorchenden Regierens unterwarf. Die Wirkungen der politischen Massenbewegungen sind nicht unmittelbar, sie bedeuten das Einschließen von immer mehr Individuen und Kollektiven in die politische Partizipation, die weit über die liberale Idee der repräsentativen Demokratie hinausgeht.



Diese Chronik des fröhlichen Widerstands ist keineswegs vollständig, sondern lässt einiges (un)bewusst aus. Sie zeigt wie mensch auf kleinem Raum, in dem das öffentliche Bewusstsein durch Paläokonzepte der 80er-Jahre und Klischees der korporatistischen Medien blockiert wird, dennoch etwas erreichen kann. Trotz einer begrenzten Anzahl von AktivistInnen und ohne materielle Unterstützung ist es gelungen, ein Netz des Widerstandes zu knüpfen, das Teil des europäischen und des globalen Widerstandes gegen das neoliberale Regime des permanenten Krieges ist. Die neuen Formen der Vernetzung und der politischen Subjektivität, die einer politischen Identität ausweichen, neue Methoden des politischen Tuns, das nicht auf die Machtmechanismen fokussiert, sondern auf die Reproduktion einer menschlicheren Welt, auf die Wiederherstellung der Gemeinschaft, die der moderne Kapitalismus entzweit und gespalten hat, verlangen ein anderes Selbstverständnis und eine neue Selbstreflexion der gesellschaftlichen Kämpfe und des Widerstands. Schon in der Zeit des UZI stellte sich das Problem der theoretischen Reflexion: Den AkteurInnen der Bewegungen war klar, dass die alten Begriffe nicht mehr greifen. In den Pausen des Aktivismus wurden Symposien abgehalten, in denen mensch auf die akademische Hierarchie verzichtete. Akademische Einschätzungsversuche hingegen wirkten danebengehend und skurril. So wurden oftmals Vergleiche mit der Vergangenheit (Studentenbewegung Ende der 60er-, Zivilgesellschaft Ende der 80er-Jahre), oftmals noch dazu in anekdotischer Form, herzustellen versucht. Anstelle die Logik des untersuchten Gegenstandes zu entwickeln, haben sie ihre Schemen auf ihn projiziert. Wenn du die Logik der Bewegungen entdecken willst, musst du sie aber auch tatsächlich mitgestalten. Studien über die Polizei, die Medien, das UZI und die WTC-Anschläge respektieren diesen Grundsatz nicht. Anstelle von Erkenntnis bieten sie Allgemeinplätze und deren „Analyse" unterstützt die Klischees der korporatistischen Medien. Die ideologischen Konstrukte wie Antiglobalismus werden für manchen Gesellschaftswissenschafter zu selbstverständlichen Kategorien, obwohl sie sie eigentlich dekonstruieren sollten. Insbesondere die semantischen „Verwirrungen", welche die AktivistInnen im Sprechen über ihr Tun verwendeten, schmerzten die GesellschaftswissenschafterInnen besonders. Es wird nicht über die Zivilgesellschaft gesprochen, nicht über StaatsbürgerInnen, nicht über die ArbeiterInnenschaft, nicht über das Volk, nicht über Parteidemokratie und nicht über NGOs. Stattdessen sprechen die AktivistInnen von Empire, Multitude, Rhizom, vom Vernetzen, von permanentem globalen Krieg, Neoliberalismus, der Ordnung des Lebens, vom Prekariat, dem universellen Staatsbürger, vom offenen Code, vom Grundeinkommen, vom Exodus, vom Nomandentum, von Copyleft und Ähnlichem. Die neuen globalen Bewegungen stellen einen solchen Bruch mit der Geschichte dar, dass die theoretische Interpretation ohne Reformulierung der theoretischen Tradition unmöglich ist. Ständiges Lesen ist angesagt: Debord, Deleuze, Foucault, Adorno, Bloch, Sohn-Rethel, Fanon, Said, Zibechi, Goldmann, Paglia, Haraway, Virno, Agamben, Negri. Ohne erneute Marxlektüre wird es jedoch nicht gehen, und genau dahin führt uns Holloways Buch.

Vielleicht gibt es auch andere Lesetraditionen, doch nur ein kleiner Teil der politischen AkteurInnen in den Bewegungen gehört ihnen an. Holloways Ablehnung des Kampfs um die Macht, des Avantgardismus und der politischen Identität geht an ihnen vorbei. Es handelt sich dabei um linke Sekten, die nach dem Muster von religiösen Sekten funktionieren. Sie haben ihre heiligen Schriften. Nicht dass diese Schriften (vorwiegend aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) gänzlich unbrauchbar wären, aber sie dürfen allein diese lesen. Sie verfügen über eine außergewöhnlich starke Identität. Als auserwähltes Volk sehen sie sich zwar noch nicht, aber sie verfügen über eine politische Identität, die ihnen eine vergleichbare moralische Aura verleiht (KommunistInnen, AnarchistInnen, linke Zeugen Jehovas aller Art). Die Geschichte stellt für sie eine lineare Entwicklung dar, die zur Erlösung führt, der Jüngste Tag ist für sie allerdings die Revolution und das Himmelreich der Kommunismus, der Anarchismus oder irgendeine andere ideale Gesellschaft. Diese Sekten mit ihren Untersekten hassen einander ganz im Einklang mit der Glaubenstradition tödlich. Der vulgärsoziologische Materialismus ist das Fundament ihres Engagements. Die ganze Zeit suchen sie das gesellschaftliche Subjekt, für das sie gerne kämpften und das sie gerne führen würden. Sie finden es meistens in der IndustriearbeiterInnenschaft, zu welcher sie ein ambivalentes Verhältnis haben: Sie ist eine Masse, die sich ihrer historischen Rolle nicht bewusst ist, gleichzeitig aber fällt ihnen die „Ehre" und die „Macht" zu, dass sie für sie kämpfen. Weit weg von Marx sehen sie das emanzipatorische Potential in der Arbeit und nicht jenseits davon. Den Klassenkampf und den Begriff Klasse verstehen sie als empirisches soziales Schichtenmodell und nicht als Methode des Kampfes, der diese Schichtung erst hervorbringt. An sich bedeutet das theoretisch nichts. Vielleicht ist es zu tolerieren, dass junge Leute auch in der Politik stark nach einer Identität suchen, dass ihnen die Subkultur Asyl vor ihren Eltern bietet, von denen sie enttäuscht wurden. So etwas kann aber nicht Grundlage des politischen Kampfes sein, weil sie auf (Selbst-)Ausschluss basiert. Damit meine ich nicht, dass jemand, der sich

der Subkultur angehörig fühlt, sich nicht über die Grenzen seiner Identität hinaus politisch engagieren könnte. Ich behaupte nur, dass die Zugehörigkeit zur Subkultur a priori kein „richtiges“ politisches Engagement generiert. Die Subkultur ist nicht das „auserwählte Volk“, genausowenig wie sie eine Avantgarde innerhalb der Bevölkerung bildet.

Ein solcher Avantgardismus und straffe politische Identität kommen auch an anderen Schnittpunkten der Bewegungen zum Ausdruck: Die Schließung großer Industriezweige, die Kündigung von ArbeiterInnen in der ersten Hälfte des Jahres 2004 sowie große Gewerkschaftskongresse haben eine Auseinandersetzung über die Frage der Arbeit ausgelöst. Auch in dieser Frage haben sich innerhalb der politischen Bewegungen zwei Standpunkte herausgebildet: der traditionalistische (anarchistische, sozialistische) und jener, der sich aus der postfordistischen Realität entwickelt hat. Der erste Standpunkt ist wegen seiner widersprüchlichen Dynamik interessant, weil er sich in die gegenwärtigen politischen Prozesse einklinkt, aber sie durch die doktrinäre Brille des 19. Jahrhunderts beurteilt. Nach dem Zerfall des Kommunismus in Osteuropa haben entstehende Gruppen in ihrem Widerstand gegen den Kapitalismus ihre manifeste Identifikation (unterstützt durch ein subkulturelles Image) im Anarchismus gefunden. Der autoritäre Sozialismus hat ihnen keine anziehende Alternative geboten. Allerdings ist das Anarchistische zumeist nur ein Oberflächenschein. Inhalte und Methoden sind jedoch bolschewistisch; der Antiautoritarismus bloße Phrase. In ihrem Tun ist die Ethik der Konspiration immer gegenwärtig. In diesem Sinne muss hier noch einmal auf die formelle Entsprechung zur Religion hingewiesen werden. Diese traditionalistischen Gruppen sind hermetische Gemeinschaften Gleichgesinnter, die auf Nuancen von Unterschieden bereits sehr empfindlich reagieren. Sie nutzen diese Differenzen zu gegenseitigen Anschuldigungen und Denunziationen, zu unendlichen Kämpfen um die Frage, wer die Richtigen sind und wer ein Reformist. Die Ähnlichkeit zum Bolschewismus ist auch in der internationalen kominternartigen Formierung gleichgesinnter Organisationen zu erkennen. Entscheidend ist aber die Apotheose der Arbeit in der Moderne, die übersieht, dass die Arbeit das Produkt und der Produzent des Kapitalismus ist, dass die Emanzipation der Arbeit vor allem ihr Aufhören ist. Sozialistische Ideen, welche das Proletariat beziehungsweise das Konzept der Formung des politischen Subjektes der Emanzipation im Kampf kurzschließen mit der empirischen (industriellen) Arbeiterschaft, werden unkritisch übernommen. Diese Arbeiterschaft war am Übergang von den 80ern in die 90er-Jahre das Opfer der Transformation des Kapitalismus in seine postindustrielle Form. In Slowenien kam es zu einer umfassenden Entstaatlichung und Privatisierung und einer Enteignung gesellschaftlicher Potentiale. Den Großteil der industriellen ArbeiterInnenschaft in Slowenien bildeten ZuwanderInnen aus anderen jugoslawischen Republiken. Die neuen slowenischen ökonomischen und politischen Eliten neutralisierten einen möglichen Widerstand mit Nationalismus. Nicht zuletzt kommen die so genannten Ausgelöschten zum Großteil aus dieser Arbeiterschaft, wobei sie von der Propaganda als Feinde und als Angehörige der JLA (Jugoslawische Volksarmee) bezeichnet wurden. Von den mindestens 20.000 Ausgelöschten waren jedoch nur vielleicht 500 wirklich Armeeangehörige. Gerade dieser nationalistische Konsens verhinderte einen effizienteren Widerstand und die Solidarität der gesamten ArbeiterInnenschaft.

Ein anderes Problem der ArbeiterInnenschaft ist, dass ihre Organisationen (Gewerkschaften) nicht von einer Analyse der globalen Zusammenhänge der Arbeit beziehungsweise von der Realität des Neoliberalismus und des Empire ausgehen. Auf das Schließen und Abwandern von Betrieben in die Dritte Welt antworten sie mit Xenophobie, beziehungsweise nationalen Protektionismus und nicht mit globaler Solidarität wie anderswo. Die Passivität und die Absenz von Widerstand wurden erreicht mittels ideologischer Abstumpfung, die eine Kontinuität vom sozialistischen bis hin zum katholischen Paternalismus aufweist, der ein frommes Volk hervorbringt. Nicht zu vernachlässigen ist die Tatsache, dass die hiesige Arbeiterschaft in großem Maße Nebenerwerbsbauern sind mit einem niedrigen ruralen Bedürfnisniveau, welche mit ein paar 1.000ern Abfertigung abzuspeisen und zum Schweigen zu bringen sind. Die Arbeiterschaft als solche ist a priori kein Widerstandssubjekt, keine Klasse, keine Multitude, ist höchstens Bevölkerung, die in ihrer Homogenität die Voraussetzung für einen Nationalstaat ist. Damit ist nicht gesagt, dass sie das nicht auch werden könnte, dies aber keinesfalls, indem sie lediglich innerhalb des Systems der Reproduktion des Kapitals kämpft.

Beginnend mit dem ESF in Paris, wo die europäische Vernetzung antirassistischer Organisationen gemeinsam mit Pariser Prekären Demonstrationen radikalisiert haben, haben auch hier Kollektive im Widerstand neben der Frage der Unsichtbarkeit im sich globalisierenden Europa die Frage der unsicheren und prekären Arbeit immer mehr thematisiert, einem Arbeitstyp, der vor allem im immateriellen Bereichen dominiert. Aber auch das bedeutet nicht, dass die Kognitariate oder die Prekariate das neue

Proletariat darstellten. Sie sind genausowenig wie die industrielle Industriearbeiterschaft der Ausgangspunkt der Kämpfe, dennoch kann mensch sie nicht abschreiben, genausowenig wie die verbliebene industrielle ArbeiterInnenschaft. Es ist jedoch der Wunsch entscheidend, aus dem Volk in die Multitude überzugehen oder, wenn mensch so will, in die kämpfende Klasse.

Das Ende der Chronik hat uns zum Thema Arbeit geführt, die ihren Sinn lediglich in der Anti-Arbeit als Kreativität hat. Die historische Erfahrung, welche in der Sprache und ihren Bedeutungen sedimentiert ist, kam den ÜbersetzerInnen dieses Buches nicht zu Hilfe. Eine Kultur, die ihre Kinder zum Bravsein (beziehungsweise zum Geduldigsein) erzieht, ist nicht viel wert. Die Menschen, die in diesem Winkel der Alpen beheimatet sind, schämen sich nicht, zuzugeben, dass sie brav und arbeitsam sind, aber sie sollten sich schämen, weil sie sich mit diesem Geständnis ihrer Würde entledigen. Der Nationalismus, die Fremdenfeindlichkeit, die Xenophobie, die Homophobie, die hier blühen, bekräftigen dies nur noch. Das unkritische Bestehen auf einer Welt der Arbeit (des Kapitals) verunmöglicht eine Auseinandersetzung und eine Veränderung des Zukunftshorizonts. Letztendlich haben wir nur ein Wort: „delo". Was ist „work" und was ist „labour", was ist „doing" und was ist „done". „Doing" übersetzten wir mit „delovanje" wir könnten auch „dejstvovanje" dazu sagen, aber am besten wäre es „početje" zu sagen. „Početje" bedeutet erschaffen, kreieren, der „početnik" ist ein unmittelbar theologischer Begriff, das Subjekt der ursprünglichen Kreation. „Počelo" deutet auf jenes Ursprüngliche hin, dass keinerlei Muster hat und ist kreativ an sich. Aber welche Konnotation hat „početje" in unseren Breiten: eine minderwertige. „Kaj pa počne?" (Was tut er?) sagt die aufgebrachte Stimme des Volkes, wenn sie künstlerisches Schaffen sieht. Soll er/sie doch „delat naj gre"(arbeiten gehen). Das was wertvoll ist, wird verächtlich gemacht und das, was tote Arbeit (beziehungsweise Geld) ist, ist ein angebeteter Fetisch. Jene, die die Welt verändern, die aktiv politisch tun, tun das außerhalb dieser Logik der Arbeit. So manchem ist das unverständlich und daher stellt sich die Frage: „Kdo vas plačuje?" (Wer bezahlt euch?). Der einzige Lohn für Freiheit und Menschlichkeit ist der fröhliche Widerstand selbst. Diese Chronik zählt die vielfältigen globalen Kämpfe in unserem lokalen Schnittpunkt auf; deren Reichhaltigkeit lässt es der „Absolvierung des ersten Fünfjahrplans" zum Trotz zu, mit Holloway in einen fruchtbaren Dialog zu treten.

e-mail: zalozba@kiss.si

Aus dem Slowenischen übersetzt und gekürzt von Bernd Maier & Nika Sommeregger.

Anmerkungen:

1 Nachwort eines der HerausgeberInnen und ÜbersetzerInnen der slowenischen Ausgabe von John Holloways Buch: „Change the World without Taking Power". Auf diesem „globalisierungskritischen" Umweg über Mexiko haben wir erstmals erfahren, welchen Umfang und welche Bandbreite emanzipatorische Bewegungen bei unserem zweiten südlichen Nachbarn, Slowenien, inzwischen erreicht haben. Die dabei zum Tragen kommenden theoretischen Auffassungen des Autors widersprechen vielen hierzulande gängigen Vorurteilen über die Bewegungen in den früher realsozialistischen Ländern und verdienen allein deswegen schon aus dem Schatten gerückt zu werden, in dem sie bisher verborgen lagen. Dass sie nicht in allem der „Redaktionsmeinung" der grundrisse entsprechen, die es im Übrigen selbst nicht gibt (ein paar entschiedene Distanzierungen aller derzeitigen Redakteure ausgenommen), soll hier nur der Vollständigkeit halber nochmals angemerkt werden.

2 Adresse der Universität in Ljubljana.

3 Monatlich erscheinende politisch-literarische Revue unter der Chefredaktion des Lyrikers und Kinderbuchautors Niko Grafenauer. Erscheint seit Mai 1981. Besonders wichtig das Supplement für politische und soziale Essayistik „Ampak" („Aber").

4 Die Angesprochenen waren vor der Aufspaltung Jugoslawiens wegen Verrats militärischer Geheimnisse inhaftiert.



7

Bernhard Dorfer

Ein paar Gedanken über Unverträglichkeiten zwischen ökologischem und link(sradikal)em Denken im Anschluss an die Lektüre von Saral Sakars und Bruno Kerns Manifest „Ökosozialismus oder Barbarei“[1]

Vorweg: Zur Charakterisierung der Lage des Ökosystems Erde, wie sie in diesem Manifest gegeben wird, kann ich nicht wirklich in eine substantielle Diskussion einsteigen. Dazu fehlen mir einfach die genauen Kenntnisse, die wie stets wohl nur in einer länger dauernden Auseinandersetzung mit der Materie erarbeitet werden können. Was ich hier bereits jetzt kritisch anzumerken habe, bewegt sich daher auf einer eher abstrakten, prinzipiellen Ebene, die, so hoffe ich, dennoch keineswegs bedeutungslos ist.

Nach meinem Eindruck besteht in diesem Manifest eine starke Tendenz, die Erde als geschlossenes Ökosystem mit begrenzten Ressourcen darzustellen.[2] Ich denke nicht, dass das zutrifft: Die Erde ist zum Universum hin offen und der gewichtigste Faktor dabei ist der Energieeintrag durch die Sonne. Bei allen Energieträgern, und zwar sowohl den fossilen als auch den regenerierbaren, handelt es sich in letzter Instanz um eine Formwandlung der Solarenergie. Daneben stellt auch das Erdinnere ein gewaltiges Energie- und Rohstoffreservoir dar. Meines Erachtens entspricht es den tatsächlichen Verhältnissen daher besser, konsequent von unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Entwicklung auszugehen, also beispielsweise davon, dass die fossilen Energieträger Jahrtausende zu ihrer Bildung benötigten und jetzt innerhalb von 150, 200 Jahren vernutzt werden. Dass „die Natur“ nicht statisch ist, sondern sich entwickelt und weiterhin entwickeln wird – ob jetzt dialektisch, wie Engels meinte, oder nicht –, ist mit dem Hinweis auf die modernistisch-kapitalistisch-industrialistische Ignoranz und Skrupellosigkeit („Nach uns die Sintflut!“) nicht aus der Welt zu dekretieren.

Die Natur entwickelt sich aber nicht nur gewissermaßen „an sich“, sondern ab einem gewissen Zeitpunkt, dem Übergang von der Jäger- und Sammlerkultur zu Ackerbau und Viehzucht, auch unter zunehmender Einflussnahme des Menschen. Auch darauf sollte mensch sich meiner Ansicht nach – trotz vieler Fehlentwicklungen und unleugbar nachhaltiger, großer, human verursachter Schäden – grundlegend positiv beziehen. Dass wir von einer gedeihlichen (zugegeben ein sehr vager Begriff!) Koevolution weit entfernt sind und uns derzeit im-

mer weiter davon entfernen, will ich im Gegensatz zur hemdsärmligen, modernisierungsfetischistischen Ignoranz („Die Menschheit hat noch alle Probleme gelöst!“, „Auf der Erde ist, solange wir uns nicht gegenseitig auf die Füße treten, genug Platz!“) gar nicht bestreiten. Auch nicht, dass dem Gesichtspunkt des Bewahrens und Erhaltens „der Umwelt“ ein viel größeres Gewicht eingeräumt werden muss, als unter kapitalistischen Bedingungen möglich. Sehr wohl bin ich jedoch gegen eine Verabsolutierung des Bewahrens und Erhaltens, die meines Erachtens in manchen Auffassungen von Nachhaltigkeit mitschwingt. Was Arbeitsinstumente und bearbeitete Materialien anlangt, befinden wir uns nach wie vor in der Eisenzeit, der sich in den letzten 150 Jahren eine Chemie- und Plastikzeit eingelagert hat, wenn man vom „blinden Fleck“ der Archäologie und in der Folge auch weiter Teile der Geschichtswissenschaft, der Verarbeitung regenerierbarer, also auch verrottender organischer Rohstoffe einmal absieht. Dass das das letzte Wort der Geschichte bleiben wird, ist damit aber auch nicht zwingend.

Trotz all dieser prinzipiellen, aber zugegebenermaßen vagen und etwas abgehobenen Einwände, will ich hier zur vorläufigen Vereinfachung der Debatte fürs Erste einmal konzedieren, dass die Quintessenz ökologischen Denkens zutrifft und mit dem Schrumpfungsimperativ eine allgemein richtige Anforderung erhoben wird. Von Sakar/Kern wird dieser allgemeine Imperativ jedoch unmittelbar in zwei spezifische Anforderungen differenziert: „dass zumindest die Wirtschaften der Industriegesellschaften schrumpfen müssen ... was die Länder des Südens inklusive der Schwellenländer betrifft, ist die wichtigere Voraussetzung für Nachhaltigkeit dort ein sofortiges Abbremsen und ein mittelfristiger Stopp des Bevölkerungswachstums.“ (Ökosozialismus, S. 29f.)

Hier fällt die souveräne Unbekümmertheit auf, mit der den verschiedenen Weltregionen, von deren streng geschiedener und unterscheidbarer Existenz Sakar/Kern im Unterschied etwa zu Negri/Hardt völlig unbeirrt ausgehen, spezifische Schrumpfungsaufgaben zugeteilt werden. Das Übervölkerungsproblem wird zielsicher im Süden lokalisiert und nicht etwa in New York, Tokyo oder in den österreichischen, im Sommer beziehungsweise Winter vor allem von Deutschen überfluteten Tourismusregionen Ktizbühel, Klopeiner See etc. Vor allem wird jedoch die mächtige Migrationsbewegung ignoriert, die die negative demographische Entwicklung in den Industriegesellschaften bislang allerdings nicht hat umdrehen können, jedenfalls aber auch eine denkbare Möglichkeit wäre, „Wirtschafts-Bevölkerungs-Ungleichgewichte“ auszugleichen.[3]

Unbekümmert ausgesprochene, unspezifisch-allgemeine Spar- und Konsumreduktionsappelle ordnen sich nur allzu fugenlos der neoliberalen Propaganda ein, dass „wir alle über unsere Verhältnisse gelebt hätten“ und „mit dem Anspruchsdenken Schluss gemacht werden müsse“. Es sollte also meines Erachtens vermieden werden, pauschal Einschränkungen, Spargesinnung und Verzichtsbereitschaft zu ventilieren, sondern stattdessen auf ganz konkrete Konsum- und Lebensänderung abgezielt werden. Und auch die Aufrufe zur Reduktion des Bevölkerungswachstums grenzen sich nicht ausreichend von isoliert auf die weibliche Reproduktionsfähigkeit ausgerichteten und patriarchalen Sterilisationskampagnen und Ein-Kind-Familien-Förderungspolitiken ab. Konkrete Konsumkritik und ein autonomer, jedenfalls nichtautoritärer und nicht-patriarchaler Umgang mit der menschlichen Fortpflanzung scheinen mir für jede auch nur einigermaßen ernst zu nehmende emanzipatorische Kraft unabdingbar.

Implementierungsproblematik

So sehr zu begrüßen ist, dass zu Beginn des neuen Jahrtausends auch aus Ökokreisen erneut die Systemfrage gestellt und die diesbezügliche Problemlösungskapazität des Kapitalismus grundsätzlich in Frage gestellt wird, so bedauerlich ist, dass beispielsweise Sakar/Kern bei ihrer Ausschau nach möglichen Allianzen ausgerechnet auf die grindigsten Formen des Sozialismus verfallen, die dessen mehr als zweihunderjährige Geschichte hervorgebracht hat: asketischer Armutssozialismus[4], Arbeitsplatzfetischismus[5] und autoritäres, aufgeklärt-absolutistisches[6] Staatsplansystem[7]. Dieser Fehlgriff ist jedoch, so steht jedenfalls zu befürchten, nicht bloß Willkür und Zufall der jeweiligen persönlichen Vorlieben, sondern hat möglicherweise tiefer liegende Ursachen in der Ökologiefrage selbst: Womöglich ist nämlich in der ökologischen Thematik ein Leninismus in der Organisationsfrage und im Modus der Gesellschaftsveränderung sachlich und strukturell angelegt, wie er in den sozialen und politischen Fragen, in deren Rahmen er ursprünglich entwickelt wurde, schon längst jede Berechtigung verloren hat.

Exkurs zur Entwicklung der Vorstellungen über die „Einführung“ des Sozialismus

Marx und Engels gehörten zu den (linken) Junghegelianern, die durch Kritik traditioneller, insbesondere religiöser Vorstellungen und Aufklärung zur Entwicklung des Selbstbewusstseins beitragen und so der revolutionären Umwälzung des Status quo den Weg frei machen wollten. Sie setzten sich von ihnen, vor allem von deren führenden Vertreter

und herausragenden philosophischen Kopf Feuerbach ab, indem sie die Kategorie der Praxis stark machten. („Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kömmt drauf an, sie zu *verändern*.“, 11. Feuerbachthese) Das soll natürlich nicht dahingehend aufgefasst werden, dass Kritik und Aufklärung von den „großen Geistern“ (wer immer denen dann auch konkret zugezählt wird) bereits geleistet worden sind, man davon nur mehr eine Katechismus-Version, der gegenüber sich sogar Engels „Anti-Dühring“ als wahre Enzyklopädie erweisen würde, verbreiten und propagieren und sich ansonsten in die Praxis der Organisierung (des „Klassenkampfes“) stürzen müsste. Marx und Engels wandten sich in der Folge praxisnäheren Gegenständen und aus den Erfahrungen emanzipatorischer Bewegungen resultierenden Fragen zu: Kritik der Politischen Ökonomie etc. Vor allem meinten sie jedoch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit eine Kraft ausfindig gemacht zu haben – das Proletariat –, das aufgrund seiner ganzen Lebenslage nicht anders könne, als zur revolutionären Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse zu drängen, in denen der Mensch ein geknechtetes, elendes und entrechtetes Wesen ist, und damit „naturwüchsiger“ Träger – der dazu noch den Vorteil hatte, mit der stürmischen industriellen Entwicklung zahlenmäßig rasch zuzunehmen und an Gewicht in der Gesellschaft zu gewinnen – der kommunistischen Idee zu sein („Kommunistisches Manifest“).

Die geschichtliche Entwicklung bis zur Pariser Commune 1870 stützte diese Ansichten auch. Doch nach deren Niederlage kam es zu einem Bruch in der Entwicklung. Nicht dass sich die industrielle Entwicklung nicht weiterhin stürmisch Bahn gebrochen hätte. Auch die diversen sozialdemokratischen Zirkel entwickelten sich verhältnismäßig flott zu Massenparteien, in denen ihrer Herkunft nach (klein-)bürgerliche Intellektuelle die ParteiführerInnen und PolitikerInnen stellten und aktive, rebellische ArbeiterInnen GewerkschaftsfunktionärInnen wurden. In engem Zusammenhang damit stand die Entfaltung breiter volksbildnerischer Aktivitäten. Gleichzeitig dynamisierte, intensivierte und systematisierte sich der traditionelle Kolonialismus der führenden Nationen der Welt. Dem Verständnis ihrer Rolle in der jeweiligen naturwüchsig-selbstverständlich und unreflektiert als national[8] aufgefassten Gesellschaft analog verklärten die allermeisten sozialdemokratischen Führer den Imperialismus „ihres“ jeweiligen Standorts als zivilisatorische Modernisierungsmission.

Es dauerte mehr als 30 Jahre, bis es wieder zu größeren Aufstandsbewegungen kam, diesmal aber an den Rändern: in Russland (1905), in der Türkei (1908, jungtürkische Juli-Erhebung) und in China (1911), bis dann die „Welt“ 1914 im I. Weltkrieg versank, in dem sich die allermeisten Führer der II. Internationale schön brav ihrer jeweiligen Nationalbourgeoisie und deren Propaganda unterordneten.

Vor diesem Hintergrund entwickelte Lenin mit „Was tun?“, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und „Staat und Revolution“ die bolschewistische Theorie. Schärfer noch als je zuvor betonte er, dass die ArbeiterInnenschaft auf sich allein gestellt nur ein gewerkschaftliches Bewusstsein entwickeln könne, also in den Systemgrenzen befangen bleibe (Was war dann die Pariser Commune?). Eine revolutionär-sozialistische Bewegung erfordere die Intervention einer intellektuellen Avantgarde, die sich mit Ökonomie (positiv als eigenständige Wissenschaft über einen autonom gedachten und alles andere „in letzter Instanz“ bestimmenden Wirtschaftsbereich verstanden) und Geschichte gründlich vertraut gemacht habe, den allseitigen politischen Kampf aufnähme und das in schroffer Frontstellung gegen die Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, der sozialen Basis reformistisch-sozialdemokratischer Politik. Sicherlich zum Teil auch der brutalen Repression der zaristischen Selbstherrschaft in Russland geschuldet (wurde von ihr doch auch sein revolutionär tätiger älterer Bruder ermordet), entwickelte Lenin das Konzept einer hochzentralisierten, stark hierarchisierten, aktivistischen, protostaatlichen Kaderorganisation gegen die locker organisierten, in vielfältigste Vereine verzweigten, parallelgesellschaftlich-pluralen Massenparteien/Wahlvereine der Sozialdemokratie. Eine solche Avantgardepartei sollte auch Verbot und Verfolgung möglichst unbeschadet überstehen können und in revolutionären Umbruchssituation in der Lage sein, die Staatsmacht zu ergreifen, den alten Staatsapparat zu zerbrechen, sich an die Stelle der alten Staatsmacht zu setzen/an die „Hebel“ der alten Staatsmacht zu gelangen beziehungsweise zum Teil auch einen neuen Staatsapparat aufzubauen, um gestützt auf diesen eine sozialistische Entwicklung der Gesellschaft einzuleiten und voranzutreiben.

Der Maoismus verschob die Akzente in der paradoxen, primär taktischen Überlegungen in der Debatte innerhalb der kommunistischen Weltbewegung geschuldeten Form des Pro-Stalinismus[9] deutlich nach links und zum Teil auch ins Antiautoritäre: Gemäß dem Marxschen Wort von der Notwendigkeit, die Erzieher, bevor sie andere erzögen, erst selbst zu erziehen, freilich nicht im Sinne einer ohnehin gängigen gestaffelten Kaderung, sondern als tendenzielle Überwindung des hierarchischen, monodirektionalen Erziehungsverhältnisses selbst verstanden, begleiteten den Maoismus von Beginn an mehr oder weniger pathetische, politisch-

moralische Mobilisierungen, „von den Massen zu lernen", eine „Massenlinie" zu verfolgen. Damit legte er den Finger genau auf den wunden Punkt des Leninschen Avantgardekonzepts, arbeitete den Unterschied zwischen proklamierter und faktischer Avantgarde heraus und rückte die folgende Problematik in den Vordergrund: In jedem historischen Moment, in jeder spezifischen Situation lässt sich wohl so etwas wie eine Avantgarde ausmachen. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass dieselben Personen in einem anderen Moment, in anderen historischen Konstellationen „automatisch" wieder als Avantgarde fungieren. Im Gegensatz dazu versucht die leninistische Kaderpartei die Avantgarderolle auf Dauer zu stellen, zu institutionalisieren, als Parteistatus zu konservieren. In einer Schlüsselrolle für die Etablierung einer solchen revolutionären Erbpacht wird stets „die Wissenschaft" positioniert. Entsprechend erfuhr auch die strenge Scheidung zwischen einer Elite, die sich qua „Wissenschaft" qualifiziert, und den „naturwüchsig" beschränkten Massen im Maoismus eine gewisse Relativierung.

Besonderes Gewicht gewinnen diese Auffassungsverschiebungen naturgemäß in der „postrevolutionären" Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus, die erst vom Maoismus wieder konsequent als *Übergangsperiode* und nicht in Fetischisierung des dominanten Staatseigentums als eigenständige sozialistische Formation gefasst wurde. Im Gefolge des Ungarnaufstandes 1956 und der Erfahrungen mit den sich in der kommunistischen Weltbewegung „nach Stalins Tod" entwickelnden Differenzen entwickelte der Maoismus so etwas wie eine Selbstkritik des Bolschewismus an der Macht, die allerdings innerhalb von dessen Grundannahmen verblieb und daher auch scheitern musste. Die Warenproduktion bestehe weiter und „bringe täglich, stündlich aufs Neue Kapitalismus hervor" und auch das „bürgerliche Recht" existiere fort und müsse überwunden werden. Daher müsse dem Klassenkampf weiterhin bevorzugtes Augenmerk gewidmet werden. Dieser erfahre seinen zugespitztesten Ausdruck in den politischen Linienkämpfen innerhalb der führenden Partei. Die Hauptgefahr einer bürgerlichen „Entartung" drohe nach einer ersten Phase der Konsolidierung nicht mehr durch eine Restauration der überkommenen Verhältnisse durch äußere Intervention und/oder Aktivitäten der entmachteten inneren Reaktion, sondern aus dem innersten Kern der „revolutionären" Partei- und Staatsführung selbst. „Bombardiert das bürgerliche Hauptquartier!" – unter dieser Parole begann 1966 die hauptsächlich von Jugendlichen, Studierenden und SchülerInnen getragene „Große Proletarische Kulturrevolution", die mit Sicherheit mehr war als bloß eine Extension innerparteilicher Fraktionskämpfe in die Gesellschaft. Es gelang in ihr allerdings auch nicht, Positionen der Gesellschaft gegen Partei und Staat auf Dauer zu festigen. Theorie und Praxis blieben letztendlich trotz link(sextremistisch)er Zuspitzung und kritischer Relativierung im leninistischen Paradigma befangen, bildeten lediglich eine äußerst linke Variante des Leninismus-Bolschewismus aus.

Die chinesische Kulturrevolution floss in der Folge mit einer anderen innerkommunistischen Reformbewegung (CSSR) und einer breiten, antifordistischen Rebellion im „Nord/Westen" zu dem zusammen, was bezeichnenderweise nicht mehr mit einem bestimmten Staat identifiziert, sondern am treffendsten mit einer Jahreszahl bezeichnet wird: 1968, die erste tatsächlich weltweite Emanzipationsbewegung. In Frankreich, Deutschland und Österreich zogen Studierende und SchülerInnen mit „Ho-Ho-Ho-Tschi-Minh"-Rufen und -Bildern, mit Vietcong-Fahnen durch die Straßen und begriffen das nicht nur als Ausdruck der Solidarität mit dem „vietnamesischen Volk", sondern auch als Expression ihrer eigenen Revolte. Die Black Panthers in New York schwenkten das kleine rote Buch, die so genannte Mao-Bibel. Das *Gefühl*, dass es sich um eine globale Revolte, eine transnationale Aufstandsbewegung gegen das kapitalistische Weltsystem handelte, war weit verbreitet und das Klassenunspezifische dieser Bewegung wurde zum Teil als *Jugend*bewegung ideologisiert. In unseren Breiten verstand sich die 68er-Bewegung als antiautoritär, antikonsumistisch und kommunitär gegen die bürgerliche Kleinfamilie als Reproduktionsform gerichtet und wandte sich speziell in Deutschland und Österreich auch gegen die mit dem Nachkriegswirtschaftswunder zugekleisterte gesellschaftliche Amnesie bezüglich der NS-Verbrechen. Als breite, lebensreformerisch-emanzipatorische Bewegung nahm sie viel vom ursprünglichen sozialdemokratischen Formenkanon wieder auf, unterschied sich von ihm jedoch durch eine dezidiert „kulturrevolutionäre", nicht- beziehungsweise antibürgerliche (also nicht primär eine als neutral verstandene, Bildung, Kultur und Wissenschaft nachholend an benachteiligte Schichten vermittelnde) und vor allem auch anti-beziehungsweise außerparlamentarische Haltung und die explizite Parteinahme für die kämpfenden „Völker" des Trikont. Spätestens seit 1989, als mit dem Untergang des „realsozialistischen" Lagers offenbar wurde, dass es sich beim bolschewistisch-sowjetischen Weg nicht nur um einen hochproblematischen und stark entgleisungsgefährdeten, sondern letzten Endes um gar keinen Weg zur Emanzipation handelte, gewinnt die theoretische Kritik und Überwindung der von Lenin entwickelten Paradigmen von einer revolutionären Position aus Substanz und Gewicht, wofür Autoren wie Negri/Hardt oder Holloway stehen.

Exkurs Ende



Der Höhepunkt der ersten Ökobewegungswelle ist längst vorbei. Sie wurde weitgehend zu Ökoschmäh und Biomascherl eingedampft, und dies nicht etwa deswegen, weil die von ihr aufgeworfenen Fragen an Dramatik und Dringlichkeit verloren hätten oder gar ihren wesentlichen Anliegen Rechnung getragen worden wäre. Das Gegenteil trifft zu! Trotzdem haben sich die Grünen, zumindest in Deutschland und Österreich, im parlamentarischen Sog zur Mitte (=dort, wo die entscheidenden Stimmzehntelprozente bei Wahlen zu holen sind!) nahezu bis zur Ununterscheidbarkeit stromlinienförmig normalisiert. Die ökologischen Kaderorganisationen wie „Greenpeace" oder „Global 2000" haben sich mit ihrer Nischenexistenz weitgehend abgefunden und spielen die ihnen zugedachte Rolle als „Kelomatpfeiferl"[10]. Der Rest ist ein bisschen Bioprodukte ab Hof kaufen, soweit mensch es sich leisten kann, ein bisschen Mülltrennen und Verbote gefährlicher Stoffe und Technologien fordern, deren „Glanzzeit" ohnehin bereits abgelaufen und deren Verlust für die Kapitalverwertung daher auch nicht besonders schmerzhaft ist[11].

Das sieht alles sehr danach aus, als habe sich auch in der Ökobewegung der sozialdemokratische Modus des Agierens erschöpft. Wenn mensch an historische Gesetzmäßigkeiten glaubt, die sich mit naturwissenschaftlicher Zwangsläufigkeit realisieren, dann stünde damit der Übergang zum leninistischen Modus auf der Tagesordnung.

Auch wenn mensch geschichtliche Abläufe nicht sklavisch wiederholen muss, gibt es wie bereits angedeutet in der Struktur ökologischer Problemstellungen ein starkes leninistisches Moment: Die ökologische Gesamtbilanz aller Tätigkeiten der Menschheit und deren Gefahrenpotential erschließt sich der unmittelbaren Erfahrung der Einzelnen nicht einmal partiell. Sie setzt gesonderte Untersuchungen, spezielle Methoden und Wissensformen voraus, die nicht Allgemeingut sind und sein können. Es gibt also zwangsläufig so etwas wie eine Ökoavantgarde. Wie mit diesem Sachverhalt in emanzipatorischer Art und Weise umzugehen ist, stellt den zweiten wesentlichen kritischen Punkt der Verbindung von Ökologie und Kommunismus dar.

Vor diesem Hintergrund sind vier Dimensionen des Agierens vorstellbar:

– der Staat als Instrument (Versuch per Lobbying Einfluss auf die Regierenden zu nehmen oder ein Kollektiv von unbestechlichen ÖkologInnen an die Macht zu bringen);

– utopistisches Austüfteln von ökologisch und sozial verträglichen Lebens- und Produktionsformen und der Versuch, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen;

– Entfaltung einer neofranziskanischen, der Entfaltung der Sinne und von Spiritualität/Bewusstseinserweiterung zugewandten Lebensreformbewegung der fröhlichen Armut, die sich durch diese ihre Orientierung nicht davon abhalten lässt, die kapitalistische Polarisierung in Reich und Arm zu skandalisieren;

– und schließlich das Anknüpfen an und Stärken von Bewegungen, die eine relevante ökologische Komponente aufweisen.

Die Zeit der ökologisch motivierten Massenbewegungen scheint vorbei: die Anti-AKW-Bewegung ist verebbt, die Besetzung der Hainburger Au war nur ein singuläres Aufflackern und die Anti-Gentechnik-„Bewegung" verlief zumindest bislang ausschließlich im formal-demokratischen und legalen Rahmen. Die radikale Tierschutzbewegung verblieb im Sektenmilieu. Wo also ansetzen?

Kursorische Aufzählung möglicher Kritik- und Handlungsfelder

Eine heiße Frage, die sofort die wildesten Emotionen aufrührt, ist die des Individualverkehrs. Seltsam, dass sie im Manifest „Ökosozialismus oder Barbarei" völlig unangesprochen bleibt. Beim Auto/Motorrad handelt es sich um **die** zentrale materielle Insitution des fordistischen Klassenkompromisses (nicht umsonst war der Chef einer Autofabrik Namensgeber dieses Akkumulationsregimes!), die auch im Postfordismus nichts an Bedeutung eingebüßt hat. Die offizielle Politik hütet sich peinlichst, dieses Thema anzugehen – mensch erinnere sich nur daran, wie die Austrogrüne Petrovic seinerzeit wegen ihres Vorschlags, den Benzinpreis auf 24 öS (1,75 Euro) zu erhöhen, niederkartätscht

worden ist. Abgesehen von vordergründigen und großteils illusionären Nützlichkeitsüberlegungen, handelt es sich bei Auto/Motorrad um ein zentrales Element viril-patriarchaler Selbstdarstellung , was gegenüber dem davor vorherrschenden Krieger-/Soldatentum immerhin eine gewisse Zivilisierung bedeutet, obwohl es ja immer noch genügend Opfer gibt. Mensch könnte in dem Zusammenhang beispielsweise fragen: „Wie sind GTI-Fahrer und sonstige Raser im Bett?" (etwa auch schnell im Kommen und Gehen), und eine andere, menschlichere Geschwindigkeit und Form von Mobilität propagieren. Wesentlich für den zentralen Stellenwert der individuellen Motorisierung ist wohl auch, die Umkehrung der im Kapitalismus sonst üblichen Verhältnisse: Wendet im Kapitalismus die Maschinerie die Menschen an, so kann er(sic!) sich hier im Gefühl wiegen, ihr Herr zu sein. Das Machtgefühl, das diese spezielle Mensch/Maschine-Kombination verleiht – Fußgänger laufen in aller Regel über die Zebrastreifen, um nicht erwischt zu werden, oder man kann sie auch gnädig über die Straße winken, was sie zumeist mit einem dankbaren Lächeln quittieren –, ist als Kompensation scheinbar nur schwer verzichtbar angesichts der Ohnmachtsgefühle, die in den meisten anderen gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen dominieren.

Eine weitere zentrale Institution der Verschwendungsgesellschaft und des fordistischen Konsummusters ist das Eigenheim und die damit aufs Engste verbundene Kleinfamilienreproduktion samt dem ganzen Rattenschwanz an Haushaltsmechanisierung und -elektronifizierung. Zuspitzen wird sich auch die Wasserfrage; in benachteiligten Regionen werden darum bereits heute bewaffnete Kämpfe ausgetragen (Darfur). Kämpfe um Boden zum Anbau von Lebens-, Subsistenzmitteln sind weit verbreitet und richten sich nicht nur gegen vernachlässigte „feudale" Ländereien, sondern auch gegen Exportmonokulturen.

In den Industriegesellschaften hat die demographische Entwicklung längst eine negative Tendenz, was verschiedenerseits aus rassistisch/chauvinistischen und patriarchalen Motiven heraus beklagt wird. Die Frauen der breiten Mitte dieser Gesellschaften bekommen wegen der relativ preisgünstigen Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln und den pluraleren Lebensmöglichkeiten, aber auch wegen beengter materieller Verhältnisse weniger Kinder. Vielkindfamilien gibt es nur mehr ganz oben (in Monogamie oder [serieller] Polygamie siehe Khol, Bartenstein, Prinzhorn[12] etc.) oder ganz unten im sozialen Spektrum. Ganz anders sieht es noch im Trikont aus, wo viele Kinder nach wie vor als nichtmonetäre Sozialversicherung fungieren und ungebrochen traditionelle Patriarchate die Frauen per Serienschwangerschaften an ihre Rolle als Hausfrauen und Mütter ketten und das zusätzlich als Stärkung der jeweiligen Ethnie im Überlebenskampf propagieren. Erfolge antipatriarchaler Frauenbewegungen könnten hier sicherlich eine Änderung einleiten.

Das wären also die Ansatzpunkte, an denen meiner Ansicht nach emanzipatorische Bedürfnisse und ökologische Anforderungen nicht zwangsläufig miteinander in Konflikt geraten müssten. Unerlässlich scheint mir auch die stete und aufmerksame Abwehr faschistoider (marginal auch „stalinistischer") Tendenzen, die in einigen Elementen ökologischen Denkens angelegt erscheinen. Wenn von Naturgesetzen und zu Ende gehenden Vorräten die Rede ist und dazu noch massiv apokalyptische Visionen („Kippen des Golfstroms") beschworen werden, liegt der Autoritarismus (Wer kann denn schon und mit welchem Recht gegen Naturgesetze und deren qualifizierte und befugte Exekutoren rebellieren, wenn nicht Feinde der Menschheit?) und der Herrenmenschenzynismus (Die Natur wird sowieso einen Großteil der Menschheit liquidieren und da ist es wohl besser, es kommen andere, also „minderwertige Völker und Rassen" dran als „wir".) leider nicht weit. Sakar/Kern zeigen in dieser Hinsicht Problembewusstsein, wenn auch ihre Antworten (Partizipation und Kleinräumigkeit, vgl. S. 33) wohl zu kurz greifen und eher der Selbstberuhigung dienen.

e-mail: bernhard_dorfer_at@yahoo.de

Anmerkungen:

1 Zusammen mit dem Wälzer von Saral Sakar: Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen. Zürich: Rotpunktverlag 2004 diente die manifestartige Schrift Saral Sakar/Bruno Kern: Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik. Herausgegeben von der Initiative Ökosozialismus, c/o Bruno Kern, Mombacher Straße 75 A, 55122 Mainz, Tel.: 0049/06131/236461, E-Mail: fakelkraus@gmx.de (http://www.vau-heute.at/images/live/pdf/Oekosozialismus.pdf) dem Referenten Ernst Schriefl auf dem grundrisse-Sommerseminar 2004 „the next great transformation" als kritischer Problemaufriss vor seiner Vorstellung der utopischen Entwürfe des Schweizer Autors P.M.

2 „Jedes physikalische Subsystem einer begrenzten und nicht wachsenden Erde muss letztendlich auch selbst nicht wachsend werden", schreiben beispielsweise Daly und Cobb jr. (vgl. Ökosozialismus, S. 28).

3 Daran mag auch das pflanzenmetaphorische Wurzelgerede, das außer in größeren Teilen der Ökobewegung auch bei allerhand Nationalchauvinisten und Rassisten gepflogen wird, seinen Anteil haben. Aber Menschen sind nun einmal keine Steckrüben, und selbst bei den Pflanzen stimmt die postulierte Ortsfestigkeit ja nur in gewissen Grenzen: siehe Flugsamen, Baumschulen etc.

4 „Zusätzlich wird eine ungefähre Gleichheit bei der Verteilung der Produkte der Arbeit und der notwendigen Konsumeinschränkungen notwendig sein, damit der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 33)

5 „Eine nachhaltige Steady-state-Wirtschaft wird arbeitsintensive Technologien bevorzugen. Das wird erstens deshalb notwendig sein, weil die zur Verfügung stehende Menge an erneuerbaren Ressourcen das heutige Niveau von Mechanisierung und Automatisierung nicht zulassen. Zweitens ist dies aber auch wünschenswert, weil damit Arbeit für alle geschaffen werden kann.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 29) – Die Thematik Energieeinsatz, Mechanisierung, Automatisierung versus Arbeitskrafteinsatz ist wohl einer der, wenn nicht der wesentliche(n) Knackpunkt(e) zwischen Ökobewusstsein und einem emanzipatorischem Sozialismusverständnis. Die Befreiung vom Zwang zur Lohnarbeit und wohl auch möglichst weitgehend von der von der Notwendigkeit diktierten Arbeit überhaupt, die nun einmal überwiegend Plackerei ist und in ihren übelsten Formen zumeist Frauen zugeschoben wird, gehört nun einmal zu den Essentials der meisten Sozialismus-/Kommunismuskonzeptionen und kann im emanzipatorischen Sinn zweifellos nicht durch die Propagierung der Verwandlung der Welt in ein einziges, wenn auch die Arbeit gerecht verteilendes Arbeitshaus und die Feier arbeitsintensiver Technologien ersetzt werden, wiewohl anzuerkennen bleibt, dass der Arbeit einsparende technische Fortschritt auch zu einer epidemischen Verbreitung von primär dem Bewegungsmangel geschuldeten so genannten Zivilisationskrankheiten geführt hat (Herz-Kreislauf, Stoffwechsel, psychische Erkrankungen).

6 „Um sicherzustellen, dass eine ökosozialistische Gesellschaft nicht autoritär wird, sind geeignete Formen der Partizipation und aktiven Teilnahme der Menschen auf allen Ebenen zu schaffen.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 33) – Und die Auswahl der Entscheidungen, an denen „partizipiert“ und „aktiv teilgenommen“ werden darf, trifft dann ein Generalsekretär des ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees des ökosozialistischen Weisenrates oder was?

7 „Es muss ein geplanter Rückzug sein, um schreckliches Chaos und Unheil zu vermeiden. Der Staat muss den Primat des Profits und den Wachstumszwang außer Kraft setzen. Das heißt, an die Stelle des Chaos der freien Marktwirtschaft muss eine wirtschaftliche Rahmenplanung treten.“ (Ökosozialismus oder Barbarei, S. 33)

8 In diesem Punkt gibt es überhaupt keinen Bruch mit den Auffassungen von Marx und Engels, die in ihren Schriften völlig ungehemmt und weitgestreut die primitivsten Klischees einer so genannten Völkerpsychologie, Volkscharakterkunde wiederkäuen. Bei aller Anerkennung antifeudaler Rebellionsbedürfnisse: Schauerlich! Da wird einem schon deutlich, dass es so etwas wie eine „Gnade der späten Geburt“ tatsächlich gibt. Vor allem auch dann, wenn einem bzw. einer bewusst wird, dass von den bekannteren ExponentInnen dieser ganzen Strömung eigentlich nur Rosa Luxemburg prononciert gegen die Weitertradierung dieses dumpfen Nationalstandpunktes Stellung bezogen hat, wonach dann auch prompt alle anderen prominenten linken Zeitgenossen über sie hergefallen sind, wobei die Tatsache, dass sie Frau und Jüdin war deren Beißhemmung sicherlich nicht verstärkt hat.

9 Die weit überwiegende Mehrheit der kommunistischen Weltbewegung hat sich nach der Durchsetzung von Chrustschow in der KPdSU ohne viel nachzudenken und in diensteifrigem Apologetentum, das, wie sich jetzt beispielsweise an der KPÖ gezeigt hat, keine unbedeutende „materielle Basis“ hatte, den „stärkeren Bataillonen“ (Stalin), dem neuen Führer angeschlossen und das zum wenigsten wegen dessen minimal-emanzipatorischer Kritik am „Personenkult“, der ja dann mehr oder weniger auch als persönlich-paranoide Marotte dieser „großen aber bösen Persönlichkeit“ aufgefasst und dargestellt wurde (in diesem Punkt in völliger Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der TrotzkistInnenen). Die überwiegend reaktionären, ultrastalinistischen „Bedenkenträger“ gegen diesen plötzlichen Auffassungs- und Führerwechsel gerieten in den allermeisten Parteien rasch in die Minderheitenposition, wurden ausgeschlossen oder verließen von sich aus den Organisationszusammenhang.

Die KPCh begann sich als Gegenpol zur KPdSU zu positionieren. In diesem Zusammenhang wird Mao das unerträglich hemdsärmlige und letztlich alles offen lassende Diktum zugeschrieben, Stalin sei zu 70 % gut und zu 30 % schlecht gewesen.

10 Eine bestimmte, in Österreich weit verbreitete Druckkochtopfmarke, die so zur Sachbezeichnung wurde.

11 Nicht selten ergibt sich zusätzlich auch noch ein Protektionismusgewinn für die ohnehin bereits Privilegierten, die die mit rückständigen Methoden produzierende Konkurrenz im Trikont mit ökologischer Argumentation ausbremsen.

12 Führende Politiker der konservativ-rechten Regierungskoalition in Österreich.

wert
abspaltung
fetisch

krise und kritik der bürgerlichen warenförmigen geselligkeit
die kommunikationsplattform der wert- und abspaltungskritik lädt zum besuch ein

http://members.chello.at/waswertistundwasnicht/

Angelika Ebbinghaus, Karl-Heinz Roth (Hg.)

Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen

Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945

Hmburg: VSA-Verlag 2004, 296 Seiten, 19,80 Euro

Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus als die HerausgeberInnen und MitautorInnen des Buches zeigen wie vermittels der SfS (Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts) bisher verfemte Bereiche des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ins Licht der Aufmerksamkeit gerückt werden können. Auch werden Teile des so genannten bürgerlichen Widerstandes, d.h. vor allem auch desjenigen der akademisch-administrativen und der militärischen Funktionseliten aus neueren wissenschaftlichen Gründen heraus relativiert, so dass ihrer Instrumentalisierung für die Konstruktion und vor allem Legitimation nationaler Geschichtsmythen entgegengewirkt werden kann.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Schon der Untertitel des ersten Teiles **„Der lange Weg zum bürgerlichen Widerstand“** weist auf die Friktionen in der Konstitution des Widerstandes der so genannten „Schwarzen Kapellen“ hin. Karl Heinz Roth expliziert hier in einem durchaus lesenswerten und allgemeinverständlichen Schreibstil die langsame Entfremdung wichtiger militärischer und ziviler Funktionsträger des NS-Regimes von Hitlers Plan der Eroberung von „Lebensraum“ im Osten. Gab es von der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 bis 1937 in weiten Teilen Übereinstimmung der politischen Zielsetzungen (Revitalisierung der nationalen Ehre durch die Revision der Versailler Verträge und Eroberung von „Lebensraum“ im Osten d.h. Aufrüstung der Reichswehr – später Wehrmacht – als außenpolitische Ziele sowie die Eliminierung der jüdischen Bevölkerung aus sämtlichen Bereichen gesellschaftlichen Lebens, die Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Organisationen und die Zerschlagung aller linken Parteien zur Eindämmung der Gefahr klassenkämpferischer Auseinandersetzungen als primär innenpolitische Ziele) zwischen dem NS Regime und den bestehenden Funktionsträgern des Staates, so kam es in den Jahren 1937/38 zum strategischen Dissens. Nach dem ersten Kriegsjahr bildeten sich die ersten konspirativen Treffen, welche allerdings trotz unterschiedlicher Meinungen der einzelnen Kreise – wie der Popitz-Hassell Kreis und später die Gruppe um Goerdeler – entschieden autoritär verfasst blieben, d.h. die Selbst- und Mitbestimmung der BürgerInnen verhindern wollten. Ein eigenes Kapitel widmet Roth der Entwicklung „der Offiziersopposition zur Aktionsgruppe des 20. Juli 1944“ um Stauffenberg, während Angelika Ebbinghaus die Widerstandsbewegung des „Kreisauer Kreises“ um Helmuth und Freya von Moltke untersucht. Im Gegensatz zur inneren Opposition der Funktionsträger arbeiteten hier prinzipiell regimekritische Menschen, teils der zerschlagenen Sozialdemokratie verbunden, gegen die Zielsetzungen der nationalsozialistischen Diktatur. So gelang es ihnen beispielsweise durch Kontakte zum dänischen Untergrund die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Dänemark weitgehend zu verhindern.

Teil zwei, **„die Geschichte des Widerstands als Erinnerung: Angehörige und Zeitzeugen“**, beinhaltet Interviews mit Hartmut Schulze-Boysen, dem Bruder von Harro Schulze-Boysen sowie Freya von Moltke. Die so genannten „roten Kapellen“ um Schulze-Boysen, welche 1942 von den Nazis zerschlagen wurden, kamen aus unterschiedlichen Milieus und hingen verschiedenen Weltanschauungen an; so arbeiteten hier KommunistInnen, ChristInnen und PazifistInnen gegen das Naziregime zusammen und nützten ihre Positionen im Wirtschafts- bzw. Wehrmachtsapparat für Sabotage und Spionagetätigkeit. So wurde beispielsweise Stalin vom Angriffsplan Hitlers auf die Sowjetunion bereits im Vorhinein durch Widerständige der „roten Kapellen“ informiert. Stefan Roloffs Verdienst ist es, die vielfältigen Formen und unterschiedlichen Netzwerke des „roten“ Widerstandes zu beleuchten und den Nachweis zu führen, dass die „rote Kapelle“ – als einheitliche und von Stalin geführte Organisation – ein Konstrukt der NS-Geheimdienste war, welches ins öffentliche Bewusstsein Nachkriegsdeutschlands übernommen wurde und dazu führte, dass das offizielle Deutschland sich bis zum heutigen Tage weigert, den Widerstand des „roten Kreises“ anzuerkennen.

Der dritte und letzte Teil **„Der Widerstand von unten“**, geschrieben von dem Historiker Ludwig

Eiber setzt sich mit dem am wenigsten bekannten und erforschten Teil der Widerständigkeit gegen das NS-Regime auseinander. Eiber beschreibt den kommunistisch-aktivistischen Widerstand aus dem ArbeiterInnenmilieu, welcher noch vor Kriegsbeginn durch die Knechte des Regimes in seinen Strukturen zerschlagen wurde, die innere Emigration der Sozialdemokratie, wodurch deren formelle Strukturen großteils außer kraft gesetzt und nach dem Krieg reaktiviert werden konnten sowie die individuellen Verweigerungshaltungen wie Desertion und Kriegsdienstverweigerung oder die misslungenen Attentate des Georg Elser. Nicht zu vergessen ist das Kapitel über die Widerstandsmöglichkeiten von Frauen, welche sich den Zumutungen des NS-Frauenbildes zu widersetzten versuchten, der Jugendwiderstand sowie der Widerstand von Jüdinnen und Juden vor allem kommunistischer Gesinnung, welche z.B. einen Brandanschlag gegen die NS-Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ durchführten. Auch die Zeugen Jehovas, welche aus Glaubensgründen den Kriegsdienst verweigerten, finden hier Erwähnung.

Ausgeklammert bleibt allein eine Dimension, die darzustellen wohl noch weiteren Forschungsprojekten verbleibt: Formen und Möglichkeiten von Widerständigkeit in polnischen Ghettos und in den Konzentrationslagern, eingerichtet von der selbsternannten „Herrenrasse“ für die Segregation der jüdischen Bevölkerung, welche letztlich in der „Endlösung“ der Vernichtung des europäischen Judentums endete. Diese Dimension betreffend bleibt auch das Thema Widerstand gegen die zur Vernichtung bestimmten Roma und Sinti offen. Dies allerdings tut der Brauchbarkeit und Wichtigkeit des vorliegenden Buches keinen Abbruch.

Klaus Zoister

Alain Badiou: Über Metapolitik

Zürich-Berlin: diaphanes 2003, 193 Seiten, 19,90 Euro

Systematischer Ausgangspunkt der Metapolitik ist eine Kritik der politischen Philosophie Hannah Arendts, die als symptomatische Theorie für die politische Philosophie nach Kant gelesen wird. Das politische Geschehen werde von ihr als objektive Gegebenheit aufgefasst, die Philosophie habe diese Gegebenheiten nur mehr in ihr Denken zu integrieren. Folge man einer solchen Analyseart, unterwerfe sich die Philosophie automatisch der herrschenden politischen und ethischen Ordnung. „Handeln“ können wir in dieser Zuschauerrolle nur noch, indem wir das Dogma der Konsensdemokratie akzeptieren, denn das Politische sei die Diskussion im Unterschied zur Wahrheit, die autoritär funktioniere, da sie keine Alternativen zuließe. Die politische Philosophie Arendts sei also von Beginn an dem Ziel verschrieben, ein bestimmtes politisches System, nämlich das der Massenkonsensdemokratie, zu rechtfertigen.

Badiou mag den entgegengesetzten Weg gehen: von einer Politik des Beobachters zu einer Politik der Praxis, von einer Politik der staatlichen Festschreibung zu einer Politik des Prozesses, kurz zu einer Politik als Selbstzweck. Die Politik, wie sie hier skizziert wird, ist reines Denken; die politische Philosophie diejenige, die dieses Denken denkt, somit zur Metapolitik wird.

Mit Althussers Philosophie der Praxis wird uns der Weg zur Prozesshaftigkeit eröffnet: bei den Begriffen „Subjekt“ und „Objekt“ handle es sich um inhaltslose Festschreibungen von Prozessen in Form von Namen; es gibt weder Subjekt noch Objekt, sondern nur diesen Begriffen zugrundeliegende Prozesse. „Der subjektlose Prozeß läuft nicht weniger auch als Prozeß ohne Objekt ab.“ (72) Diese Prozesse gilt es den Praktikern der Politik, den Teilnehmern am revolutionären Klassenkampf, intellektuell zu erfassen indem sie sich den Begriffen entziehen und „das Neue“ denken.

Masse und Partei

Diese zwei bestimmenden Faktoren vergangener emanzipatorischer Politik greift Badiou auf, um die Position seiner Metapolitik genauer zu bestimmen: befreie man Masse und Partei von der „etatistischen Last“, an der vergangene revolutionäre Systeme letztendlich gescheitert sind, blieben zwei Funktionseinheiten, die sich in der entstaatlichten Form als Grundlage emanzipatorischer Politik zei-

gen könnten. Die Masse nimmt sich der „Massenprozedur Politik“ an (und wird somit zur Masse von Individuen, die jeweils allein und auf sich gestellt im Angesicht der Situation entscheiden), die Partei wird wieder zur eigentlich wahren Partei Marxens und Lenins, in den Worten Badious „mannigfaltig, weil sie sich aus den radikalsten Singularitäten aus allen Arbeiterparteien zusammensetzt“, geschmeidig und dem Ereignis gegenüber offen, „eine nicht fixierbare Omnipräsenz“.(87)

Dem Staat wird seine gottgleiche Rolle (zumindest theoretisch) genommen, im Sinne einer gesellschaftlichen Singularisierung löst sich die politische Bindung zugunsten der individuellen Entscheidung in der Masse auf; Massenpolitik untergräbt durch ihre gesellschaftliche Breite notwendigerweise den Staat, der als Verwaltungsinstrument immer nur Teile derselben anspricht. Idealtypisch verbindet sich in der Masse das Denken aller und unterbricht die Staatsmacht. „Die egalitäre Maxime nämlich ist mit dem Irren des staatlichen Exzesses inkompatibel.“ (158)

Hier liegt allerdings ein Problem begraben: Badiou geht davon aus, daß die Politik als kollektive Wahrheitsprozedur „allen gehöre“, was in Form der Phrase „Die Leute denken“ auch immer wieder erwähnt wird. Ich sehe allerdings die Gefahr, daß von noch nicht erreichten gesellschaftlichen Zuständen ausgegangen wird und im Moment noch, also zu Lebzeiten des „Gottes“ Staat, funktionierende Kontroll- und Disziplinarmechanismen übersehen werden, die eine einfache Partizipation am wahren Politikprozess vielleicht gar nicht ermöglichen. Die Darstellung des Staats als leere Verwaltungsorganisation, dem die lebendige Masse entgegensteht, halte ich für etwas zu einfach, die Thematisierung der Massenbildung fehlt jedenfalls. Taktisch richtige Entscheidungen Einzelner, denen ein übermächtiger, alles andere als rein formaler Repressionsapparat gegenübersteht, werden wohl weiterhin wenig Wirkung zeigen. Da ich Badiou als Kenner Althussers einen solchen Staatsbegriff nicht unterstellen möchte, sehe ich die Ursache des Problems an anderer Stelle, und zwar im Begriff der Masse selbst, die nach dem Muster der klassischen Arbeitermassen Lenins gedacht wird. Was hier fehlt und eindeutig nachzuholen wäre, ist eine Einarbeitung der ökonomischen und gesellschaftlichen Brüche im 20. Jahrhundert; diese sind unumgänglich, wenn man heute mit marxistischem Erbe arbeiten möchte.

Demokratie

Weiters klar antietatistisch geht es dem Demokratiebegriff an den Kragen: Er wird als „wichtigste[r] Organisator des Konsenses“ erkannt, der über den Weg der zu erwartenden Bloßstellung als ethische Norm funktioniert. Demokratie bezeichnet derart eine bestimmte Staatsform, einen bestimmten politischen Modus, und ist somit nicht als philosophische Kategorie zu verwenden. Nachdem Badiou wiederholt Klarheit über die Bindung Demokratie-Staat verschafft hat, beginnen allerdings eigenartige Pirouetten, um die Demokratie doch noch für die Philosophie urbar zu machen. Es wird aus der Norm „Demokratie“ ein Prozeß konstruiert, der letztendlich die Freiheit und Gleichheit aller zur Grundlage haben soll. Aus der Demokratie, die als Funktionsweise des Staats nur partikular auf die Gesellschaft zugreift, wird durch einige Wendungen ein egalitäres Massenphänomen zur Schaffung kollektiver Freiheit und Gleichheit. In den Worten Badious: „Man könnte auch sagen, daß die Demokratie als philosophische Kategorie das ist, was die Gleichheit präsentiert.“ Ob Badiou den von ihm selbst als hochspekulativ bezeichneten Abschnitt nur als Überleitung zur Gerechtigkeit als masseninterne/gesellschaftliche Verfasstheit verwendet oder damit auch andere Ziele verfolgt, ist unklar. Im ersteren Fall wäre es wohl unmissverständlicher gewesen, den mit staatlichen Konnotationen überladenen Begriff im Sinne i eks „dem Feind [zu] überlassen“.

Auf den Punkt gebracht ist Politik als Wahrheitsprozedur dann wirkmächtig, wenn „die Leute denken“, wenn in einer Situation dem Denken aller entsprechend gehandelt wird, ein kollektiver Prozess stattfindet, der den inegalitären Weg des Staats durchkreuzt. Die Treue zur Wahrheit, die ausführlicher in der „Ethik“ behandelt wird, spielt hier eine zentrale Rolle.

Bei der gesamten Lektüre bleibt ein schaler Nachgeschmack in Bezug auf den badiouschen Staat, der durchwegs als leere Hülle erscheint, sei es in obiger formaler Verwaltungsorganisation oder z.B. im Kontrast zur Masse: „Der Staat denkt nicht.“ (99) Abstrahierte Figuren denken nicht, real wirksame Institutionen und deren ideologische Arme passieren jedoch zumindest nicht zufällig. Klärung über das sonderbare Verhältnis Badious zum Staat sucht man in der „Metapolitik“ jedoch vergeblich, was eine sonst durchwegs interessante Konzeption politischer Praxis leider etwas unvollständig bleiben lässt.

Bewusst offen bleibt auch die Frage ob die eindämmende Reaktion des Staats notwendigerweise auf die seltenen echten massenpolitischen Momente folgte. Wollen wir einfach das Beste hoffen!

Michael Motal



Abb.5 Geheimnisse des Kapitalismus (Detail)